

15. August 1921

BRUNO BORCHARDT . PRINZIPIELLES ZU DEN STADTVERORDNETENWAHLEN IN GROSS BERLIN

OM preußischen Oberverwaltungsgericht sind die am 20. Juni 1920 gemäß dem Gesetz zur Bildung der Stadtgemeinde Berlin vollzogenen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung der Stadtgemeinde Berlin für ungültig erklärt worden. Auf die juristische Begründung und die politische Bedeutung dieses Urteils soll

jetzt und hier nicht eingegangen werden. Durch das Urteil ist jedenfalls eine neue Lage geschaffen worden, die Tätigkeit der Stadtverordneten ist jäh und plötzlich abgebrochen, die Vorbereitungen zu den neuen Wahlen, die vermutlich Mitte Oktober stattfinden werden, ist in den Vordergrund des Interesses getreten. Im Wahlkampf wird das, was die Stadtverordnetenversammlung und ihre sozialistische Mehrheit geleistet oder auch nicht geleistet hat, sicherlich eine Rolle spielen. Die Mehrheit wurde von den Mitgliedern der 3 sozialistischen Fraktionen gebildet, und gegen diese wurde von bürgerlicher Seite der Vorwurf völliger Unfruchtbarkeit erhoben, der wähend des Wahlkampfes sicherlich in der verschiedensten Weise variiert werden wird. Begründet wird dieser Vorwurf in doppelter Weise. Einmal soll das Gesetz über die Bildung Groß Berlins daran schuld sein, denn das durch dieses Gesetz geschaffene Gebilde sei an sich eine Unmöglichkeit, so daß ein fruchtbares Arbeiten von vornherein nicht erwartet werden durfte. Ferner aber hätten sich die 3 sozialistischen Parteien in ganz besonderer Weise unfähig gezeigt die Verwaltung dieses neuen ihnen anvertrauten Komplexes auch nur einigermaßen in Gang zu setzen und zu halten.

Es war zu erwarten, daß die Gegner der Vereinigung der Großberliner Gemeinden die Nöte und Leiden Berlins zum großen Teil auf eben diese Vereinigung schieben würden. Und doch müssen diejenigen, die solche Anklage erheben, wissen, daß die wirtschaftlichen Nöte, die sie anführen, gar keinen spezifisch berlinischen Charakter tragen, daß sie in gleicher Weise in anderen großen und kleinen Städten, im ganzen Land, im ganzen Reich auftreten, eben als Folgen unseres wirtschaftlichen Zusammenbruchs nach dem militärischen Verlust des Krieges. Diese Leiden in Berlin als besonders verderbliche Folgen gerade des Zusammenschlusses der vielen Gemeinden hinzustellen, die ohnehin eine wirtschaftliche Einheit bildeten, ist daher völlig verfehlt. Damit will ich aber keineswegs bestreiten, daß das Gesetz über Großberlin einen Teil der Schuld an der Unfruchtbarkeit der Großberliner

Verwaltung, wie sie sich bis jetzt gezeigt hat, trägt. Ich habe den Gedanken Groß Berlin in der Weise zusammenzuschmelzen, wie es das genannte Gesetz tut, lange Zeit bekämpft, ich hätte es lieber gesehen, wenn die an sich notwendige Vereinheitlichung auf einem andern Weg versucht worden wäre, vielleicht nach dem Muster des aus 29 selbständigen Gemeinden bestehenden London, vielleicht auch auf noch andere, neuartige Weise. Nachdem aber die Zusammenschmelzung Berlins in der von jenem Gesetz bestimmten Form Tatsache geworden ist. kann sie nicht wieder ungeschehen gemacht werden. Eine Rückwärtsrevidierung ist, abgesehen von allem andern, schon deshalb nicht möglich, weil ja gleichzeitig das Problem der Beseitigung der Zerrissenheit des einheitlichen Großberliner Wirtschaftsgebiets sofort und gebieterisch auftreten müßte. Es galt also und gilt für die sozialistischen Parteien die einmal geschaffene Einheitsgemeinde so gesund wie möglich auszubauen. Hier kann man freilich den Vorwurf, daß die Unfruchtbarkeit des vergangenen Jahres zu einem Teil Schuld des Gesetzes ist, nicht völlig von der Hand weisen. Bei der Schaffung des Gesetzes war die Frage zu entscheiden: Einheitsgemeinde oder nicht Einheitsgemeinde? Statt eine klare Entscheidung zu fällen, gab man den starken Widerständen, die sich gegen den Grundgedanken des Gesetzes erhoben, so weit nach, daß man sich auf eine Kompromißformel zurückzog: Einheitsgemeinde und zugleich nicht Einheitsgemeinde. Das sollte so verstanden werden: Einheitsgemeinde, daneben aber durch Gesetz bestimmte Verwaltungsbezirke mit gesetzlich festgesetzten Grenzen und möglichster Selbständigkeit. Dieser Theorie zuliebe zerschlug man das alte Berlin in 6 solcher selbständigen Verwaltungsbezirke mit voll besetzten Bezirksämtern, die zunächst gar nichts zu tun hatten, nur den Haushalt belasteten und zugleich Arbeitszeit und Arbeitskraft, die nützlicher hätten verwendet werden können, in Anspruch nahmen, um ihnen allmählich Verwaltungsaufgaben zuzuweisen. In den anderen Verwaltungsbezirken wurden zunächst die Geschäfte in der herkömmlichen Weise weiter geführt, natürlich unter ständigen Reibungen mit der Berliner Zentrale, die doch letzten Endes allein die Verantwortung trägt. Nur auf dem überaus wichtigen Schulgebiet ließ man das alte Berlin einheitlich zusammen, schaltete also die neu gebackenen Bezirke aus, während man den anderen Bezirken im Gesetz ausdrücklich eine besondere Selbständigkeit und Unabhängigkeit von Berlin ausbedang: ein seltsamer Widerspruch. Freilich ist diese gesetzlich garantierte Selbständigkeit der Bezirke auf dem Gebiet des Schulwesens nur Schein. Denn eine wirkliche kommunale Selbständigkeit ist ohne freie Verfügung über Geldmittel undenkbar. Diese aber haben die Bezirke nicht und können sie nicht haben, wenn die Einheitsgemeinde überhaupt noch irgendwelchen Sinn und Bedeutung haben soll. Hier setzen denn auch die Bestrebungen zur Aushöhlung des Gesetzes ein. Dem preußischen Landtag liegen bereits mehrere Anträge von deutschnationaler und volksparteilicher Seite vor, die zur Verbesserung des Gesetzes über Groß Berlin die nominelle Selbständigkeit der Bezirke zu einer wirklichen machen wollen, indem sie den Bezirken das Recht zur selbständigen Erhebung und Verwendung gewisser Steuern geben. Der Landtag hat diese Anträge einem Ausschuß überwiesen. Sollte er ihnen nach seinem Wiederzusammentritt im Herbst auch nur zu einem Teil Rechnung tragen, so wäre der Einheitsgedanke für Groß Berlin völlig zertrümmert, von einer einheitlichen Gemeinde bliebe dann kaum etwas mehr als der Name übrig. Daß in einem solchen Gebilde

keine fruchtbare Arbeit geleistet werden könnte, liegt auf der Hand. Nicht Auflösung sondern straffere Durchführung des Grundgedankens des Gesetzes kann daher jetzt allein unsere Losung sein. Nur in einer wirklichen Einheitsgemeinde wird sich fruchtbare Arbeit leisten lassen. In der ersten Zeit der revolutionären Begeisterung, bald nach dem 9. November 1918, wäre es möglich gewesen wesentliche Schritte nach vorwärts zu tun. Kaum jemals ist das Wesen einer wahren Revolution im Gegensatz zur Revolution im Heugabelsinn so treffend gekennzeichnet worden wie von Lassalle in seinem Arbeiterprogramm. Und doch hebt gerade Lassalle auch mit Nachdruck hervor, wie in der Zeit eines revolutionären Übergangs in einer Woche mehr für den Fortschritt erreicht werden kann als bei ruhiger, gleichmäßiger Entwickelung in Jahrzehnten, ja selbst in einem Jahrhundert. Was man in Deutschland in jener Zeit versäumt hat, muß jetzt erst wieder in langsamem Aufbau nachgeholt werden. Die Überzeugung von der Halbheit des Gesetzes über Groß Berlin und von den Schäden, die ihm darum anhaften, muß der Öffentlichkeit deutlich zum Bewußtsein gebracht werden.

Nun wird der sozialistischen Mehrheit vorgeworfen, sie habe ihre Unfähigkeit durch die Wahl ungeeigneter Personen zum Magistrat erwiesen und dadurch die Unfruchtbarkeit der Großberliner Verwaltung im wesentlichen verschuldet. Zugegeben, daß fruchtbare Arbeit kaum geleistet worden ist. Müssen wir aber nicht bedenken, daß Groß Berlin erst seit dem 1. Oktober 1920 besteht, daß also irgendwelche Zeit die Verwaltung dieses neuen, komplizierten Gemeinwesens in Gang zu setzen in keiner Weise gegeben war? Es soll nun keineswegs bestritten werden, daß einzelne Stellen anders und besser hätten besetzt werden können. Doch ist es auch an der Zeit, daß man die Schätzung der Fachleute, die bei uns in Deutschland ohnehin überwertig ist, und jetzt als Waffe gegen die Politisierung des deutschen Volkes benutzt wird, auf das richtige Maß reduziert. Eine geschulte Bureaukratie aus Fachleuten ist sehr wohl imstande unter normalen Verhältnissen einen gut laufenden Verwaltungsapparat in herkömmlicher Weise zu handhaben. Wo es sich aber um die Lösung neuer, großer Aufgaben handelt, pflegt sie zu versagen. Die entscheidenden Anregungen sind in der Regel nicht von Fachleuten ausgegangen, diese haben vielmehr allem Neuen immer langen und zähen Widerstand entgegengesetzt und sind schuld daran gewesen, daß sich Gutes immer nur so langsam durchzusetzen vermochte. Gerade für die Lösung der im neuen Berlin auftretenden Aufgaben wüßte ich unter den kommunalen Größen des alten Berlins und seiner alten Vororte nur sehr wenige zu nennen, die bessere Leistungen zu vollbringen imstande wären als die jungen Kräfte der Arbeiterbewegung, die sich mit frischer Begeisterung den neuen Aufgaben widmen. Und sollte man etwa Fachleute für das neue Berlin berufen, die mit innerer Unlust an ihre Aufgabe hätten herantreten müssen, weil sie das neue Gebilde an sich für lebensunfähig hielten? Wenn man von bürgerlicher Seite gegen die sozialistische Mehrheit den Vorwurf erhebt, sie habe das sozialistische Element im Magistrat zur Vorherrschaft gebracht, so ist zu erwidern, daß das gar kein Vorwurf sein kann. Sollte denn die sozialistische Mehrheit bei der Besetzung irgendwelcher wichtigen Stellen auf die politische Einstellung der betreffenden Persönlichkeiten nicht achten? Es ist doch ganz selbstverständlich, daß politische Parteien wichtige Posten der Verwaltung, über die sie zu entscheiden haben, mit Männern ihrer Weltanschauung zu besetzen suchen. Täten sie es nicht,

692

so nähmen sie es mit ihrer eigenen Überzeugung ja gar nicht ernst. Denn die Einstellung, mit der ein Mann an die verschiedenen Aufgaben herantritt, beeinflußt doch sehr wesentlich seine ganze Betrachtungsweise. Sowenig wir zum Beispiel einem Anhänger des Zentrums zumuten dürfen, daß er etwa mit der Verwaltung der Schulangelegenheiten einen Atheisten betraut. und wäre er ein noch so verdienter und anerkannter Pädagoge, so wenig werden wir von einem Sozialisten erwarten dürfen, daß er diese Verwaltung in die Hände eines noch so sehr gerühmten Fachmanns legt, der monarchistisch oder nationalistisch befangen ist. Als einen Vorwurf würden wir es also nicht anerkennen können, wenn in den Magistrat, soweit seine Besetzung von der sozialistischen Mehrheit abhing, vorwiegend Sozialisten oder doch Persönlichkeiten mit einer der sozialistischen überaus nahestehenden Weltanschauung entsandt worden wären, und für ganz selbstverständlich müssen wir es erklären, daß mit dem Willen der sozialistischen Mehrheit niemand in den Magistrat kommen konnte, dessen gesamte politische Gesinnung ihn zu einem Gegner der bestehenden republikanisch-demokratischen Staatsverfassung und zu einem Feind des Ausbaus und des Durchdringens unseres gesamten öffentlichen Lebens mit sozialem und sozialistischem Geist macht. Doch kann man den Sozialisten Berlins nicht vorwerfen, sie hätten in engherziger Weise nur Parteigenossen in den Magistrat entsandt. Weder der zuerst gewählte Oberbürgermeister Wermuth noch sein Nachfolger Boeß sind Mitglieder einer der sozialistischen Parteien. Und für den so überaus wichtigen Posten des Kämmerers verhandelte man, weil die Ausschau nach gerade hierfür besonders geeigneten Sozialisten vergeblich war, in ernsthafter Weise mit dem frühern Charlottenburger Kämmerer Scholtz, obwohl man wußte, daß er der Deutschen Volkspartei angehört; und als die Verhandlungen scheiterten (keineswegs wegen seiner Parteizugehörigkeit), wurde der ebenfalls zur Deutschen Volkspartei zählende Flensburger Stadtrat und Kämmerer Karding gewählt. Also, wo es nottat ausschließlich nach der besondern Eignung zu entscheiden, hat die sozialistische Mehrheit nicht versagt, und sie ist sicherlich bereit auch weitere Fachleute, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit, zu bestellen, wenn sie solche von gleicher Qualität findet wie die Genannten, von deren reiner Sachlichkeit sie überzeugt sein kann. Mit einer zu starken Bevorzugung der Sozialisten hat also die behauptete Unfruchtbarkeit der Berliner Verwaltung auch nicht das allermindeste zu tun. Soweit diese Unfruchtbarkeit überhaupt besteht, ist ihre wesentlichste Ursache der Mangel an Zeit: In 6 bis 9 Monaten kann eine Verwaltung von solcher Dimension und Verästelung nicht so weit eingerichtet sein, daß sie, zumal in unserer Zeit, reibungslos funktioniert.

UR die Berliner Verwaltung handelte es sich in den abgelaufenen 9 Monaten ihres Bestehens vor allem um die Lösung des Problems, das voraussichtlich auch in den nächsten Jahren noch die erste Stelle einnehmen wird: Wie sind die städtischen Ausgaben mit den Einnahmen der Stadt ins Gleichgewicht zu brin-

gen? Gelingt dies nicht, so ist ein Sinken des Kredits und der Bankrott mit seinen nicht schlimm genug auszudenkenden Konsequenzen die unausbleibliche Folge. Bei dieser schwierigsten und undankbarsten, weil unpopulärsten Aufgabe hat die Sozialdemokratie keineswegs versagt, obwohl sie mit einem schweren Vorurteil auch in den Reihen der eigenen Parteigenossen zu kämpfen hatte. Ist doch sogar im Entwurf zu einem Programm der Partei, der

am 17. Juli dieses Jahres veröffentlicht wurde, dieses Vorurteil zum Ausdruck gekommen; es heißt dort bei den wirtschaftspolitischen Forderungen: »Bei allen Maßnahmen der Gemeinwirtschaft soll die möglichst hohe Ergiebigkeit in der Produktion und die soziale Besserstellung der Arbeiter und Angestellten gewährleistet werden.« Der Satz ist nicht ganz klar. Was heißt denn »soziale Besserstellung«? Besserstellung enthält einen Komparativ, es müßte also das Vergleichsmoment im Satz enthalten sein, wenn man ihn verstehen soll. Die Arbeiter und Angestellten sollen besser gestellt werden als, ja als wer? Ist gemeint: besser als sie vorher standen? Oder besser als die Arbeiter und Angestellten in entsprechenden Beirieben der Privatwirtschaft? Beides wäre gleich verkehrt. Die gemeinwirtschaftlichen Betriebe sollen keineswegs Betriebe sein, an deren Erträgen die darin beschäftigten Arbeiter und Angestellten einen besondern Anteil und Vorteil haben, vielmehr soll der Vorteil der Allgemeinheit zugute kommen, während die Angestellten und Arbeiter nur Anspruch auf diejenige Entlohnung haben. die der allgemeinen Kulturhöhe und Zeitlage entspricht. Durch den gewerkschaftlichen Kampf, den die Arbeiter in den letzten beiden Menschenaltern geführt haben, sind ja die allgemeinen Kulturansprüche erheblich gestiegen, durch die unglücklichen Kriegsfolgen sind sie wieder stark gesenkt worden, so daß der andauernde Kampf der Arbeiter um die Verbesserung ihrer Lage trotz der allgemeinen traurigen Finanzlage nicht nur verständlich sondern geradezu unvermeidlich ist. Das darf aber noch nicht besagen, daß die Lage der städtischen Arbeiter und Angestellten aus der bloßen Tatsache heraus, daß es sich um städtische Betriebe handelt, besser sein muß als die der Arbeiter und Angestellten überhaupt. Leider ist eine solche grundfalsche Auffassung in den Reihen der städtischen Arbeiter und Angestellten weit verbreitet, sie hat auch auf die Arbeiter und Parteigenossen überhaupt übergegriffen, sie wird von den sogenannten Kommunisten noch genährt, die, wie sie offen erklären, der Bankrotterklärung der Stadt Berlin mit großer Seelenruhe entgegensehen, weil sie sich dem Wahn hingeben, daß sie, je eher und vollständiger dieser Bankrott eintritt, um so schneller und besser die kommunistische Herrschaft zu errichten und aufzubauen imstande seien. Die Unabhängigen sehen sehr wohl das Törichte dieses kommunistischen Treibens ein, geben aber dem genannten Vorurteil viel zu sehr nach, immer aus Furcht, sie könnten sonst einen großen Teil ihrer Anhänger an die Kommunisten verlieren. Mit der wünschenswerten Klarheit ist jenes Vorurteil auch von der sozialdemokratischen Fraktion nicht als solches gekennzeichnet worden, wenn sie es auch niemals ausdrücklich anerkannt und ihm nachgegeben hat. Freilich ist es in der gegenwärtigen Zeit des gesunkenen und sinkenden Geldwerts überaus schwer sich Forderungen auf Lohnerhöhung zu widersetzen. Trotzdem hat die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung daran festgehalten, daß man die Auswirkung der einzelnen Forderungen auf die gesamte Finanzlage der Stadt in Betracht zu ziehen habe und diese unter allen Umständen einer Gesundung entgegenführen müsse. In dieser Richtung hat aber, das muß ohne weiteres zugegeben werden, die sozialistische Mehrheit der Versammlung insgesamt faktisch versagt. Das hat die Verabschiedung des Haushalts für das Steuerjahr 1921 deutlich bewiesen. Die Kommunisten lehnten ihn grundsätzlich ab, um die Stadt bewußt zum Bankrott zu treiben. Aber auch die Unabhängigen taten dies, und zwar deshalb, weil er unpopuläre Belastun-

gen enthielt und enthalten mußte. Dem immer stärker werdenden Verlangen bürgerlicher Gruppen die wichtigsten städtischen Betriebe wieder dem Privatkapital zu übergeben wird man nur dann wirksam begegnen können, wenn man beweist, daß die Stadt durchaus nicht mit Defizit zu arbeiten braucht, wie dies jetzt zum Beispiel bei der Berliner kommunalisierten Straßenbahn der Fall ist, daß sie vielmehr, rationell verwaltet, ebenso Überschüsse erzielen kann wie das Privatkapital. Freilich darf sie dann sich nicht scheuen die Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter mit den allgemeinen Betriebsverhältnissen in der selben Weise in Einklang zu bringen wie es bei dem Privatbetrieb der Fall ist. Wenn zum Beispiel ohne Rücksicht auf die besondere Lage des Verkehrsbetriebs gesagt wird, auch der Verkehrsarbeiter müsse für Sonntags- und Feiertagsarbeit besonders entlohnt werden, während doch für ihn gerade diese Arbeit etwas Regelmäßiges ist. und ähnliches mehr, dann wird ein kommunalisierter Verkehrsbetrieb die Konkurrenz mit Privatbetrieben nicht aushalten können und statt zu einer dauernden Einnahmequelle zu einer dauernden Last für die Stadt werden. Dann erleben wir es, daß die Kommune, die doch gerade gemeinnützig zu denken die Pflicht hat, siedelungspolitisch wichtige Linien wegen Mangels an Rentabilität eingehen läßt: ein Verfahren, das sie früher beim Privatbetrieb nie geduldet hätte. Solcher Praxis muß schleunigst ein Ende gemacht werden. Vorläufig hat es da allzusehr an Energie gefehlt, wenn man auch feststellen kann, daß, gerade unter der tätigen Mitwirkung der sozialdemokratischen Mitglieder des Magistrats, immerhin ein Schritt nach vorwärts getan ist, der ein gutes Zeichen für die beginnende Gesundung nicht nur der Verkehrsverhältnisse sondern der gesamten Berliner Finanzverhältnisse ist.



SITIVE Leistungen nennenswerten Kalibers sind indessen, darüber wollen wir uns klar sein, bis jetzt in Berlin nicht vollbracht worden. Dazu reichte, wie schon mehrfach hervorgehoben wurde, die kurze Zeit des Bestehens der Berliner Stadtverordnetenversammlung gar nicht aus. Freilich wird dies auch bei

der jetzt neu zu wählenden Versammlung der Fall sein, die voraussichtlich Ende Oktober zusammentreten wird. Denn die bevorstehende neue Städteordnung wird uns bald auch wieder neue Wahlen bringen. Die Grundlagen der neuen Städteordnung gehen daher gerade die Berliner Bevölkerung besonders an, und es ist angebracht ihr Interesse dafür, das sich bis jetzt auf dem Nullpunkt befindet, anzuregen.

Der oben erwähnte Programmentwurf verlangt unter Kommunalpolitik gleich als erste grundlegende Forderung »Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertreterkörpers für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten«. Hier sind in einem Satz 2 Forderungen mit einander verknüpft, die nichts mit einander zu tun haben. Über die erste, allzu schematische Forderung, daß die Gemeindeordnung für ländliche Gemeinden die selbe sein solle wie für städtische, sei in diesem Zusammenhang nicht gesprochen. Aber gegen die zweite seien doch einige grundsätzliche Bedenken geltend gemacht. Ich will nicht etwa gegenüber der Bürgermeistereiverfassung in den westlichen Provinzen Preußens, die ja ein Einkammersystem darstellt, die Magistratsverfassung der östlichen Provinzen hervorheben, wo der von den Stadtverordneten gewählte Magistrat als selbständige verwaltende Körperschaft

neben der Stadtverordnetenversammlung steht, die die Geschäftsführung zu überwachen hat, während zu einem gültigen Beschluß der Stadt die Übereinstimmung beider Körperschaften erforderlich ist. Ich denke vielmehr an die Forderung eines Wirtschaftsparlaments, die, seit langem hier in den Sozialistischen Monatsheften erhoben, in der Sozialdemokratie (die darin, wie in manchem, am altliberalen Schema hängt) zwar erheblicher Verständnislosigkeit begegnet, sonst in der Welt aber sich machtvoll durchzusetzen beginnt: man denke an die neueste Entwickelung in England, an die Vorschläge zur Umbildung des Senats in Frankreich, aber auch in Deutschland an den Beschluß des 2. Rätekongresses, den man zwar in Vergessenheit zu bringen sich erfolgreich bemüht hat, der aber im Lauf einer nahen Entwickelung wieder zum Vorschein kommen muß, da er den immer dringlicher werdenden wirtschaftlich-politischen Notwendigkeiten entspricht.

Auf jenem Kongreß wurde für das Reich ein Zweikammersystem gefordert. indem neben das politische Parlament gleichberechtigt eine Kammer der Arbeit treten sollte. Die Kammer der Arbeit entstünde also auf folgende Art: In jedem Betrieb wird aus dem schon bestehenden Betriebs- oder Arbeiterrat in Gemeinschaft mit den Betriebsleitern ein Produktionsrat gebildet; diese Produktionsräte treten zum Produktionsrat des betreffenden Gewerbes zusammen. Daß in diesem Produktionsrat reine Unternehmerinteressen ausschlaggebend sein könnten, erscheint ausgeschlossen, denn die Betriebsleiter, die bei den Wahlen zum Produktionsrat beteiligt sind, sind ja keineswegs immer oder auch nur meistens zugleich Unternehmer, in der Regel vielmehr eben auch Angestellte des Unternehmens; wohl aber ist durch einen so gebildeten Produktionsrat die Gewähr dafür gegeben, daß die fachlichen Interessen des betreffenden Gewerbes in sachgemäßer Weise wahrgenommen werden. Die Produktionsräte hätten dann Delegierte in die Kammer der Arbeit zu entsenden, in der also sämtliche Gewerbe, ebenso Landwirtschaft und Handel, vertreten wären, wozu noch eine Vertretung der freien Berufe käme. In einer so gebildeten Kammer würde das Bestreben eines einzelnen Berufs gerade ihn auf Kosten anderer zur Entfaltung zu bringen zu verständigem Ausgleich gebracht werden, und es würde die in unserer schweren Zeit so notwendige Umschichtung der Bevölkerung in die Wege geleitet und zur Durchführung gebracht werden können. In gewerkschaftlichen Kreisen ist der Gedanke weit verbreitet, daß jedermann das Recht auf Arbeit in seinem eigenen Beruf haben müsse. Unzweifelhaft steckt darin ein durchaus gesunder Kern; denn in seinem eigenen Beruf wird jeder das Beste leisten, das er überhaupt zu leisten vermag, und in normalen Zeiten ist also das Natürliche und Zweckmäßige jedermann so zu beschäftigen, wie er es gelernt hat und gewöhnt ist, weil so auch für die Gesamtheit das Beste und Nützlichste geleistet wird. Aber bei unseren gegenwärtigen ganz anormalen Verhältnissen sollte es sich jeder gefallen lassen dorthin gesetzt zu werden, wo er gerade gebraucht wird. So mußte eine recht erhebliche Anzahl städtischer Verkehrsarbeiter aufs Land übergeführt werden, und es ist nur ein kläglicher Notbehelf, daß das nur in der Weise geschehen konnte, daß man denen, die sich zu freiwilligem Ausscheiden und gleichzeitigem Wegzug aufs Land bereit erklärten, eine größere Summe als Abkehrgeld zahlte. Eine aus den Produktionsräten hervorgehende Kammer der Arbeit würde eine solche Aufgabe in systematischer, dadurch zweckmäßigerer Weise und mit geringeren Widerständen lösen

können als es ietzt der Fall ist. Der Hauptvorteil einer Kammer der Arbeit neben dem aus allgemeinen Wahlen gebildeten Parlament wäre, daß durch sie eine Verwaltung nach rein sachlich-fachlichen Gesichtspunkten gewährleistet wird, die das traditionelle Parlament des allgemeinen Wahlrechts nie in dem Maß gewährleisten kann. Denn die Parteien, die bei den Wahlen mit einander ringen, sind zwar im allgemeinen Vertretungen bestimmter wirtschaftlich bedingter Klassen der Bevölkerung, aber doch keineswegs Vertretungen bestimmter Wirtschaftskörper; sie können daher im Wahlkampf gewisser agitatorischer Elemente gar nicht entbehren und sehen sich zu Versprechungen auf wirtschaftlichem Gebiet genötigt, die keineswegs immer vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft zu rechtfertigen sind; während bei der Kammer der Arbeit der Ausgleich der verschiedenen Interessen zum Nutzen der Gesamtheit von vornherein gewährleistet erscheint. Das Gebiet des allgemeinen Parlaments wäre alles, was wir als geistiges Leben zu bezeichnen pflegen, das Gebiet der Kammer der Arbeit alles, was sich auf das Wirtschaftsleben bezieht. Das darf aber nicht so verstanden werden, als sollten diese Kammern ein vollständig getrenntes Dasein mit vollständig getrennten Funktionen führen; sie müssen vielmehr gleichberechtigt neben einander stehen, und nichts sollte Gesetz werden als durch den übereinstimmenden Willen beider Kammern. Auch das gesamte geistige Leben hat doch seine Grundlage im Ökonomischen, wirkt ebenso umgekehrt auf dieses ein. So ist, um nur ein Beispiel zu nennen, die Gestaltung des Schulwesens mit ausschlaggebend für die Produktion; denn von der Arbeitsethik, von der gesamten geistigen Einstellung, die der Arbeiter zu seinem Schaffen hat. ist die Art und damit der Erfolg seines Arbeitens abhängig; andrerseits kann das Schulwesen, kann überhaupt die Ausgestaltung der Volksbildung nicht unabhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen nur nach den Postulaten dieser oder jener pädagogischen Anschauung gestaltet werden. Freilich wird die Einigung zwischen den beiden Kammern nicht immer leicht sein, aber beide repräsentieren doch schließlich die Volksgesamtheit, und wie jeder einzelne für sich den innern Kampf als geistiger Mensch und als wirtschaftlicher Mensch aussechten muß, so muß es eben auch das Volksganze tun. Wenn Beschlüsse und Gesetze dann nicht so schnell zustandekommen wie es in letzter Zeit mehrfach geschehen ist, so wäre das sicherlich nicht zu bedauern.

Einen Einwand kann man gegen den Gedanken einer Kammer der Arbeit erheben: den nämlich, daß er eine schon weitgehend organisierte Wirtschaft voraussetze. Vorläufig sei unsere kapitalistische Wirtschaft noch in weitgehendem Maß unorganisiert, und es werde bei uns außerordentlich viel Arbeit geleistet, die volkswirtschaftlich überflüssig und nutzlos, ja letzten Endes schädlich ist, weil sie Verschwendung von Arbeitskraft bedeutet. Jedes, auch das volkswirtschaftlich überflüssigste und geradezu schädliche Gewerbe müßte nun in der Kammer der Arbeit vertreten sein und könnte dadurch einen starken Halt gewinnen, um sich und seine Dauer durchzusetzen. Diesen Einwand kann man verstehen. Gleichwohl geht er an dem entscheidenden Kern jenes Gedankens vorbei. Die Rationalisierung der Arbeit wäre ja gerade die wichtigste Konsequenz des Bestehens eines solchen Wirtschaftsparlaments. Die Kammer der Arbeit schüfe sich leicht die Möglichkeit einem volkswirtschaftlich überflüssigen Gewerbe zu Leibe zu gehen, sie wird dadurch zu einem Mittel die notwendige Organisierung der Wirtselber wird den Wirtschaftsparlaments wirtschaftlich überflüssigen Gewerbe zu Leibe zu gehen, sie wird dadurch zu einem Mittel die notwendige Organisierung der Wirtschaftsparlaments wirtschaftlich überflüssigen Gewerbe zu Leibe zu gehen, sie wird dadurch zu einem Mittel die notwendige Organisierung der Wirtschaftsparlaments.

schaft leichter und planmäßiger herbeizuführen. Sie bedeutet also eine Sozialisierung der Wirtschaft, von anderer Art und Mächtigkeit als die Projekte von Sozialisierungskommissionen oder die stetig wiederholten Parteiforderungen, die ernsthaft durchzuführen man ja doch nicht Miene macht.

Der Gedanke der Kammer der Arbeit, der auf dem 2. deutschen Rätekongreß begeisterte Anhänger warb und dann die Mehrheit gewann, hat bei der Beratung der Reichsverfassung in Weimar keinen Widerhall gefunden. Vielleicht ist der Grund der, daß ein solches Gebilde für das Reich erst populär werden kann, wenn es in den einzelnen Zellen des Reiches, eben in den Kommunen, erwachsen und groß geworden ist. Deswegen sollten alle Freunde dieses Gedankens sich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß er bei der Schaffung der neuen Städteordnung ins Leben tritt. In den einzelnen Kommunen würden dann die Kammern der Arbeit neben den Stadtverordnetenversammlungen stehen, und das fruchtbare Arbeiten beider würde dahin führen können, daß schließlich auch der gänzlich unzulängliche Reichswirtschaftsrat durch eine solche allgemeine Kammer der Arbeit ersetzt wird.

MAX SCHIPPEL · SIDNEY WEBB UND DIE FRAGE DES WIRTSCHAFTSPARLAMENTS IN ENGLAND

WEI Vorgänge lenken neuerdings wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die in England wie auf dem europäischen Festland zusehends anschwellende Strömung: den wirtschaftlich-sozialen Interessen eine besondere Vertretung und Organisation neben den Parlamenten und Parteien alten Schlages zu verschaffen. Die

vorläufige Zentralarbeitsgemeinschaft der großen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen, die bei ihrer Gründung im Februar 1919 sich zu einem förmlichen Wirtschaftsparlament mit der Zeit zu entfalten versprach, hat gegen
Ende Juli dem Premierminister die Einstellung ihrer Tätigkeit angezeigt.
Und andrerseits hat kein geringerer als Sidney Webb im Verein mit seiner
Gattin Beatrice ein größeres Werk über den Auf- und Ausbau einer sozialistischen Verfassung erscheinen lassen, in dessen Mittelpunkt die Auseinandersetzung mit dem überlieferten mehr formalpolitischen Parlamentarismus
und die Forderung eines gleichgeordneten, in Wirklichkeit jedoch überragenden Social Parliament steht.

Über die sensationellen Anfänge des Provisional Joint Comitee of the Industrial Council wurde an dieser Stelle im März 1919 ausführlich berichtet. Unter hervorragender Mitwirkung Lloyd Georges selber hatten damals 500 beziehungsweise 300 Delegierte von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden nahezu aller Produktionsgebiete sich für die planmäßig allgemeine Errichtung von paritätischen Arbeitsgemeinschaften ausgesprochen (anders sollte man, um die Übereinstimmung mit unseren deutschen Einrichtungen klar hervorzuheben, die Bezeichnung Joint Industrial Councils nicht übersetzen) und schließlich für eine gemeinsame Zusammenfassung dieser Vertretungen von Produktions- und Berufszweigen in einer krönenden Spitze, also in einer Vertretung der Produktion als Einheit und Ganzes. In ihrer

¹⁾ Siehe Schippel Gewerkschaften. Betriebsräte und Arbeitsgemeinschaften in England und ergänzend dazu Das Sozialprogramm der englischen Arbeitsgemeinschaften, in den Sozialistischen Monatsheften, 1919 I Seite 236 ff. und Seite 318 ff.

Vollversammlung hätte diese Spitzenzusammenfassung ein förmliches Wirtschaftsparlament dargestellt, das gleichartiger aus den Berufsverbänden der Unternehmer und Arbeiter herausgewachsen und deshalb ohne die regellose Buntscheckigkeit unseres vorläufigen Reichswirtschaftsrats geblieben wäre. In ihrem Ausschuß ähnelte sie unserer deutschen Zentralarbeitsgemeinschaft. Und von vornherein war man einig in der Erwartung und Forderung, daß den sozial- und wirtschaftspolitischen Beschlüssen dieser Zentrale durchschlagende Bedeutung für die Gesetzgebung zuzukommen habe, selbst wenn das letzte, entscheidende Wort nach wie vor dem alten Parlament und der Regierungsleitung zu verbleiben hätte. Nach englischer Art legte man zwar nicht sosort neue rechtliche Befugnisabgrenzungen fest, aber man vertraute dem natürlichen Schwergewicht der neuartig sich durchsetzenden Tatsachen und sah in Zukunft das Parlament einfach sich den Willenskundgebungen der Zentralarbeitsgemeinschaft anschließen. Wenn Unternehmer und Arbeiter über die Fragen nicht bloß des Arbeitsvertrags sondern auch der Sozial- und Wirtschaftspolitik, der allgemeinen und besondern Industrie- und Produktionsentwickelung in paritätischer Beratung sich verständigt haben, wer hätte dann unter normalen Verhältnissen noch Anlaß das Ergebnis dieser Verständigung nicht anzuerkennen oder gar wieder umzuwerfen?

Es ist jedoch bisher wesentlich anders gekommen: ähnlich wie mit unseren Arbeitsgemeinschaften, deren Vereinbarungen durch Artikel 165 der Reichsverfassung ausdrücklich »anerkannt werden«, und weiter ähnlich wie mit unserm Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, der gleichfalls durch die Reichsverfassung mit der Vorberatung »aller sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung« und mit dem Recht der von der Reichsregierung unabhängigen Antragstellung und Antragsbegründung vor dem Reichstag förmlich betraut war. Der noch immer überwiegende bedauerliche Indifferentismus, fast noch mehr der Arbeiter als der Unternehmer, gegen die einzelindustriellen Arbeitsgemeinschaften schwächte naturgemäß auch in England die öffentliche Bedeutung des krönenden Zentralausschusses, dem die feste Grundlage und der nährende Boden entzogen blieb. Seine Beschlüsse galten infolgedessen wohl als beachtliches Material neben so vielem andern, aber keineswegs als maßgebende Anweisungen. Die Vorschläge über den Achtstundentag und die Festsetzung von Mindestlöhnen blieben zuletzt ohne Eindruck und Folgen. Darauf teilte sowohl die Arbeiter- wie die Unternehmervertretung dem Vorsitzenden mit, daß sie auf die Fortsetzung ihrer Tätigkeit verzichteten, und Sir Thomas Munro blieb unter solchen Umständen weiter nichts übrig als seinerseits Lloyd George von dem Scheitern dieses ersten Anlaufs zur Erringung eines Produktions- und Sozialparlaments in Kenntnis zu setzen.

Manche Gegner des Arbeitsgemeinschaftsgedankens in Deutschland werden frohlocken. Aber gerade der englische Vorgang sollte sie stutzig machen. Denn die berufsständische Körperschaft, wie unser festländischer Liberalismus gern sagt, stand auch hier den Arbeiterwünschen näher oder konnte sich doch, mit dem Produktionsleben und den in Frage kommenden Interessen enger verwachsen, eher zu einer bestimmten Stellungnahme aufraffen als das politische Parlament und die daraus hervorgegangene Regierung. Es ist schwer einzusehen, weshalb dies gegen den Gedanken der paritätischen Einzelindustrie- und Gesamtproduktionsausschüsse sprechen soll.



AST gleichzeitig haben aber die beiden Webbs, durch ein ganzes Menschenleben hindurch mit den beiden großen wirtschaftlichen Flügeln der englischen Arbeiterklasse, der Gewerkschafts- und der Genossenschaftsbewegung, auf das unlösbarste verbunden, ein größeres wichtiges Werk veröffentlicht über die wahrschein-

liche und zweckentsprechendste Verfassung Englands während der Übergangszeit zum Sozialismus und, soweit sich Vermutungen äußern lassen, innerhalb der kommenden sozialistischen Zeitstufe.2 Die alten Fabier, die mit ihren Gesinnungsgenossen die Vertiefung des Staats- und Gemeindelebens durch Übernahme wichtigster Wirtschaftsfunktionen auf den alten, wenn auch demokratisch reformierten Staats- und Gemeindeapparat verkündeten, sagen sich hier in gründlichster Kritik und Selbstkritik von der alten unterschiedslosen Staatsbegeisterung des überlieferten Staatssozialismus los und plädieren mit ungewöhnlichem Weitblick und mit einer bestechenden Dialektik für eine tiefe Umgestaltung der ganzen englischen Verfassungsstruktur, vor allem in Anknüpfung an die außerstaatlichen und außerparlamentarischen lebendigen sozialen Kräfte, die sich längst im Wirtschaftsdasein regten und vielfach bereits zum Durchbruch gelangten. Was dem englischen Gildensozialismus zugrunde liegt, hat offenbar auf die Webbs einen starken Eindruck ausgeübt. Die gezogenen Folgerungen sind jedoch durchaus originell und bei aller Zuspitzung auf England auch für andere Länder und Arbeiterparteien überaus beachtenswert.

Wahlen und Parlamente, Parteien und Regierungen tragen nach den Webbs noch immer zu sehr den Zuschnitt der altliberalen (wie man in England gern sagt: der victorianischen) Ära: als die Staatsverwaltung und die Gesetzgebung nur einen kleinen engbemessenen Aufgabenkreis vor sich hatten, und als sie vor allem mit der Wirtschaftsentwickelung nur locker zusammenhingen und nach der manchesterlichen Auffassung sogar hoffen konnten sich jedem engern Zusammenhang mit der sich selbst zu überlassenden Produktion in voller Absichtlichkeit dauernd entziehen zu können. Jedoch die tatsächliche Entwickelung wälzte umgekehrt, zuletzt mit geradezu rasender Beschleunigung, der Gesetzgebung und der Verwaltung eine Fülle von wirtschaftlich-sozialen Aufgaben zu, unter der sie schon seit geraumer Zeit katastrophal zusammenzubrechen oder doch kläglich hilflos zu versagen drohen. Die ungeahnte Mannigfaltigkeit und die verwirrende Heterogenität der gegenwärtigen und künftigen Staatsaufgaben rückt nachgerade in schreienden Widerspruch zu der bei aller Vergrößerung und Ausweitung simplistisch gebliebenen Staats- und Parlamentsstruktur.

Um so mehr hat sich unter der morschen alten politischen Hülle das Wirtschaftsleben selber gewaltige Organisationen und Organisationskräfte errungen: Organisationen der Produktion in den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, dazu für die Hervorbringung und Sicherung von Leistungen kulturell höherer Art die einflußreichen Fach- und Sachverständigenverbände; daneben freiwillige und Zwangsorganisationen des Konsums (der Bedarfsdeckung, würden wir in Deutschland sagen) in den Genossenschaften und den von modernem Geist erfüllten Gemeindeverwaltungen.³ Diese macht-

Siehe Webb A Constitution for the Socialist Commonwealth of Great Britain /London 1920/
 Die Gemeinden, indem sie die Bedarfsdeckung (distributiv und produktiv) für Licht, Kraft, Verkehr Unterricht, Heilwesen usw. übernehmen, sind nach den Webbs obligatory associations of consumers.

vollen Organisationen haben nicht nur große unmittelbare Erfolge auf ihren eigentlichen Wirkungsgebieten erzielt sondern noch weit darüber hinaus das ganze öffentliche Leben, mit Einschluß der Gesetzgebung und Verwaltung, zunehmend beeinflußt. Diese Wirksamkeit gilt es nunmehr förmlich anzuerkennen und planmäßig fortzubilden. Für diesen neuen Wein sind jedoch die alten Formen der politischen Parteien, des politischen Parlaments und der aus diesem abgeleiteten Regierung nicht mehr die geeigneten Schläuche.

Aus den großen Wirtschaftsorganisationen spricht mit zunehmender Deutlichkeit ein einheitlicher oder doch überwiegender Massenwille, sei es der Produzenten oder der Konsumenten. Dieser Massenwille ist zweifellos etwas ganz anderes als die Strömungen verfassungs- und rüstungspolitischer oder ähnlicher Art, die bei politischen Wahlen hervortreten und zum Sieg gelangen. Es ist vollends ein Widersinn parteipolitische Mehrheiten, die durch eine zufällig im Vordergrund stehende Tagesfrage (wie Rechte des Oberhauses, Rüstungen, allgemeine Wehrpflicht) ans Ruder gekommen sind, auf Jahre hinaus wirtschaftlich-soziale Entscheidungen fällen zu lassen, für die sie weder nach dem überlieferten Parteienzuschnitt noch nach dem vorangegangenen rein politischen Wahlausfall berufen sind.

Man empfiehlt in England, wenn man die parlamentarische Überlastung und schöpferische Unfähigkeit nicht länger leugnen kann, viel die Devolution, die Übertragung zentraler Entscheidungen auf mehr regionale Selbstverwaltungs-Gegen die wirkliche Krankheitsursache hilft sie jedoch nichts, sie wiederholt nur die alten Widersprüche und Unzulänglichkeiten an neuen Stellen und schafft vielleicht noch neue Reibungen zwischen Zentrum und Gliedern. Ebenso verbietet es sich ganz von selber alle Fragen, für die die Hauptwahl bei ihrer Beschränkung auf einzelne Gegensätze und Gegenstände keine bestimmten Richtlinien festzusetzen vermochte, einer besondern Urabstimmung zu unterwerfen und in solcher Weise ihre Behandlung in Einklang mit dem wirtschaftlich-sozialen Massenwillen zu bringen, dem die parteipolitischen Wahlen durchaus nicht zu entsprechen brauchen, weil bei diesen jeder Teilnehmer als gleicher Bürger und Staatsangehöriger auftrat und in konkreten verfassungs-, rüstungs- oder finanzpolitischen Streitfragen sich zu dieser oder jener politischen Parteigruppe bekannte. Der wirtschaftlich-soziale Massenwille bedarf zu seiner Feststellung und Geltendmachung auch eines neuen Organs. Neben dem politischen Parlament ist ein Wirtschaftsparlament (nach der Webbschen Sprechweise das Social Parliament) zu errichten:

»Konzentrieren und verselbständigen sich die wesentlich politischen Funktionen des Staates in dem politischen Parlament und dessen Exekutive, so lassen sich alle übrigen Funktionen des heutigen Parlaments einer besondern zentralen (national) Vertretungskörperschaft zuweisen, die ihrerseits über besondere ihrem Wirkungskreis eigens angepaßte Exekutivorgane zu verfügen hätte... Wir betrachten die Trennung der beiden nationalen Vertretungen als grundlegend. Beide sollen für die Gesellschaft als Gesamtheit die Interessen ausdrücken und den Willen bestimmen. Aber sie haben unterschiedene Wirkungskreise, die nach Ausdehnung und Wichtigkeit sich abweichend erweitern oder verengern werden. Die Zielsetzungen, auf Grund deren sie gewählt werden, heben sich von Anfang an scharf von einander ab, und nach der Natur der Verhältnisse können sie gar nicht zusammenfallen... Die beiderseitigen Kandidierenden wie die Gewählten haben ganz verschiedene Aufgaben vor sich und werden deshalb sehr verschiedene Befähigungen und Neigungen verkörpern... Beide zentrale Vertretungen, das politische Parlament und das So-

cial Parliament, sollen wie die von ihnen geschaffenen und aufrechterhaltenen Zentralexekutiven gleichberechtigt neben einander wirken: jede in ihrer Sondersphäre überragend. Aber zugleich muß vorgesehen sein, wie es gehalten werden soll, falls, wie dies mitunter unvermeidlich sein wird, ein Teil in die Sphäre des andern übergreifen wird... Trotz aller Selbständigkeit beider Zentralvertretungen werden sie in vielen Fragen zusammen zu beraten und sich zu verständigen haben, etwa durch gemeinsame Ausschüsse oder Sitzungen... Heute brechen Parlament und Regierung unter ihrer Geschäftslast zusammen. Nur wenn man diese sachgemäß teilt und jedem Teil seine eigene Zentralvertretung mit seinen Sondervollstreckungsorganen zuweist, kann die Last für Parlamentarier und Staatsmänner tragbar werden. Kein anderes Teilungsverfahren kann die wirklichen Ursachen des heutigen Zusammenbruchs beseitigen, die nicht nur in dem Umfang der Aufgaben, sondern ebenso in dem un-möglichen Willensausdruck [bei ausschließlich politischen Wahlen] liegen. Die [politisch und wirtschaftlich] abweichenden Willensrichtungen müssen von der Wäh-Mandat für alle nationalen Aufgaben der einen Art und ein anderes Mandat für die Behandlung der Aufgaben anderer Art erteilt. Nur so können wir der Lähmung entgehen. Nur bei solcher Differenzierung der Aufgaben können die Mitglieder der Volksvertretung Denken und Wollen auf eine gleichartige Reihe von Angelegenheiten richten. Nur bei Schaffung von gesonderten Exekutiven, deren jede ihre Aufmerksamkeit ihren Sonderpflichten zuwendet, ... können die gemeinsamen Interessen des Volkes sachgemäß gewahrt werden.«

Es ist bedauerlich, daß die den englischen Verhältnissen angepaßten Einzelausführungen der Webbs kaum eine Übersetzung des ganzen hervorragenden Werks in das Deutsche gestatten werden. Aber schon die hier gemachten Hinweise reichen aus, um den Standpunkt der Verfasser und die Bedeutung der erörterten Fragen zu kennzeichnen. Und sie werden hoffentlich manchem Leser nahelegen, daß die Frage des Wirtschaftsparlaments noch lange nicht abgetan ist mit dem heutigen deutschen Reichswirtschaftsrat, der weder leben noch sterben kann, auch nicht mit den wechselnden vergänglichen Schicksalen der bisherigen Arbeitsgemeinschaften, und noch weniger mit den ziemlich unverständigen Schlagworten gegen das Wiederaufleben des berufsständischen Gedankens.

Rätesystem, Arbeitsgemeinschaften, Wirtschaftsrat, Social Parliament: sie alle stellen vielleicht noch keine konkrete Lösung dar. Aber sie beweisen, daß ein wichtiges seiner Lösung harrendes Problem sich stärker denn je regt und von keiner Arbeiterbewegung mehr ignoriert werden kann. ♦♦♦♦♦♦♦♦♦♦

HERMANN MATTUTAT • NEUORIENTIERUNG DER SOZIALPOLITIK



ANGSAM und zögernd nur arbeitete in der Vorkriegszeit die Maschine der sozialen Gesetzgebung, oft so stockend, daß man ihr völliges Stillstehen befürchten mußte. In desto schnellere Gangart ist sie seit dem November 1918 geraten. Das von ihr angenommene Tempo ist schließlich so verwirrend hastig geworden,

daß der gewöhnliche Sterbliche die Fülle der von ihr produzierten Gesetze, Verordnungen, Verfügungen, Ausführungsbestimmungen und Bekanntmachungen nicht mehr zu übersehen vermag. Es gibt kein sozialpolitisches Gebiet, das hiervon unberührt geblieben wäre. Allein schon die Anführung der hauptsächlichsten Gesetze und Verordnungen läßt erkennen, welch gewaltige Arbeit geleistet wurde. Erwähnt seien nur: die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und Angestellten sowie in Bäckereien und Konditoreien, die Landarbeitsordnung, die Regelung des Tarifvertragswesens und der Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten, die Freimachung von Arbeitsstellen, die Errichtung von Arbeitskammern im Bergbau, von Fachausschüssen für die Hausarbeit, die Regelung der Sonntagsruhe, der Arbeitsnachweise, der Erwerbslosenfürsorge, der Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft, die Beschäftigung der Schwerverletzten, die Kriegsinvaliden- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, das Verfahren in Militärversorgungssachen, die Ausdehnung der Kranken-, Invaliden-, Unfall- und Angestelltenversicherung sowie die Erhöhung ihrer Beiträge und Leistungen, die Neuregelung der Wochenhilfe, die Schlichtungsordnung, die Schaffung des Betriebsrätegesetzes, die Bekämpfung der Wohnungsnot und die Förderung des Wohnungsbaus, Siedelungswesens usw. Außerdem liegen dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat der Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes und eines Gesetzes betreffend die Mitgliedschaft der Betriebsräte im Aufsichtsrat vor. Weiter befinden sich in Vorbereitung der Entwurf eines Hausgehilfengesetzes, einer vorläufigen Arbeitslosenversicherung und eines Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit. Dem Reichstag sind vorgelegt und von ihm bereits teilweise erledigt die Novellen zur Reichsversicherungsordnung und Angestelltenversicherung, mit Vorschlägen zur Versicherung der Hausgewerbetreibenden, desgleichen über die Gleichstellung der Landarbeiter mit den gewerblichen Arbeitern, über die Wählbarkeit der Frauen zu den Versicherungsbehörden, über Beihilfen für die Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung, über Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Wie angestrengt der gesetzgeberische Apparat auf den einzelnen Gebieten tätig ist, beweist die Tatsache, daß allein zur Reichsversicherungsordnung und Angestelltenversicherung von 1913 bis Anfang 1921 nicht weniger als 102 verschiedene Gesetze, Verordnungen usw. erschienen sind. Auf anderen Gebieten sind die Leistungen nicht geringer. Und dazu kommen noch die landesgesetzlichen Vollzugsverfügungen und Bekanntmachungen. Es ist deshalb keine Übertreibung, wenn man sagt, daß nur noch der Spezialist imstande ist sich in dieser gesetzgeberischen Hochflut einigermaßen zurechtzufinden. Nicht zuletzt sind es die Unterlassungen des alten Systems, die dazu zwingen vieles nachzuholen, was unter seinem Walten von den Arbeitern vergeblich angestrebt wurde. Besonders aber fordern die Auswirkungen des Kriegs, die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse fortgesetzt Maßnahmen, die ohne schwere Schädigung der Kriegsopfer wie auch unseres Wirtschaftslebens trotz der ungünstigen Finanzlage des Reichs nicht aufgeschoben werden können. Diese Verhältnisse in Verbindung mit den sich immer von neuem wiederholenden politischen und wirtschaftlichen Störungen machen es erklärlich, daß die soziale Gesetzgebung sich in wenig zweckmäßiger Weise zersplitterte und in einer ganzen Reihe von Fällen mit einer Hast arbeiten mußte, die der Sache selbst wenig dienlich war, so daß weniger oft mehr gewesen wäre. Das geht deutlich aus den zahlreichen Klagen über die Unklarheit und Unbestimmtheit der neuen Gesetze hervor, von denen manche wohl übertrieben, andere dagegen nur zu berechtigt sind. Daran ist der Gesetzgeber nicht allein schuld. Die Schuld trifft auch die Kreise, die ohne Rücksicht auf die Unsicherheit und Ungeklärtheit der Lage mit ihren Forderungen auf die gesetzgebenden Körperschaften eindrängten und in mitunter sehr kategorischer Weise eine baldige Befriedigung ihrer

Wünsche verlangten. Es hat sich eben mancherlei geändert. Das alte Regime war gegen soziale Forderungen, soweit sie nur von den unteren Volksschichten erhoben wurden, sehr unempfindlich und ließ sich dadurch nicht so leicht aus der Fassung bringen. Erwägungen folgten auf Erwägungen, und schließlich dauerte es Jahre, bis diese sich zu gesetzgeberischer Form verdichteten. Die gegenwärtige Zeit stellt für die Befriedigung ihrer Anforderungen oft nur so viele Wochen, in nicht seltenen Fällen nur so viele Tage zur Verfügung wie früher Monate und Jahre gebraucht wurden.

Es ist kein Schade, daß mit dem alten Schlendrian aufgeräumt wurde. In der seither betriebenen Weise kann es aber auch nicht weiter gehen, wenn nicht daraus am Ende ein unentwirrbares Chaos entstehen soll. Der Glaube weiter Kreise, daß es lediglich gesetzlicher Vorschriften bedürfe, um die vorhandene Not und die bestehenden wirtschaftlichen Mißstände zu beseitigen, ist verhängnisvoll. Gewiß, die grundlegenden Gesetze, deren wir für die Regelung der Volkswirtschaft bedürfen, müssen vorhanden sein. Ist das der Fall, so müssen sie durchgeführt, und es muß ihnen die notwendige Geltung verschafft werden. Das kann aber nur geschehen, wenn das Volk und dessen Vertreter diese Gesetze kennen und ihre Durchführung zu überwachen vermögen. Davon ist zurzeit wenig zu bemerken, wie die Verständnislosigkeit beweist, mit der ein nur zu großer Teil der Arbeiterschaft den zu ihrem Schutz und Vorteil geschaffenen Gesetzen gegenübersteht, von deren Dasein und Inhalt er oft keine Ahnung hat. Diese Sachlage macht es mit erklärlich, wenn die Behauptungen demagogischer Elemente, daß für die Arbeiter in sozialer Hinsicht nichts geschehe, in Arbeiterkreisen in so weitem Umfang Glauben finden. Jeder objektiv Urteilende muß zugeben, daß auf sozialem Gebiet seit der Revolution getan wurde, was nur geschehen konnte, respektive was von den sozialdemokratischen Vertretern im Reichstag durchzusetzen war. Wenn nicht mehr erreicht wurde, und den für die besitzlosen Klassen geschaffenen sozialen Gesetzen nach den verschiedensten Richtungen Mängel anhaften, so trägt hieran die Arbeiterklasse durch ihre Uneinigkeit und politische Zersplitterung selbst einen großen Teil der Schuld. Sie hat es auf Grund der Reichsverfassung und der Verfassungen der Länder in der Hand sich den Einfluß zu verschaffen, der zur Berücksichtigung ihrer sozialen Bedürfnisse zwingt. Vermochte sie diesen Einfluß nicht geltend zu machen, so liegt das an der bedauerlichen politischen Unreife weiter Arbeiterkreise, für die die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften nicht verantwortlich gemacht werden können. Wie wenig mit Gesetzen zu erreichen ist, die nicht von dem Verständnis der Volksmassen getragen werden, haben die unzähligen Verordnungen der Ernährungszwangswirtschaft bewiesen, deren Ende ein unverhüllter Zusammenbruch war.

Was wir brauchen, ist eine sozialpolitische Gesetzgebung, die durch Zusammenfassung der zusammengehörigen Gebiete, durch Einfachheit und Übersichtlichkeit Aussicht bietet Gemeingut des Volks, mindestens aber derjenigen Schichten zu werden, die mit ihr in Berührung kommen. Das erfordert eine gewisse Stetigkeit, möglichste Vermeidung der häufigen, sich mitunter geradezu überstürzenden Änderungen. Ohne eine solche Stetigkeit ist ein Einleben in die immer spröde Gesetzesmaterie nicht denkbar. Damit aber nicht genug. Die Sozialgesetzgebung muß auch in weit höherm Maß als bisher auf die Bedürfnisse unserer Wirtschaft eingestellt werden, so daß sie nicht

produktiv hemmend sondern fördernd wirkt. Das bedeutet kein Aufhalten des sozialen Fortschritts. Es ist aber zu verlangen, daß die bestehenden sozialpolitischen Gesetze wie alle neu auftretenden Forderungen sozialer Art in ihrer gesetzgeberischen Formulierung genau zu prüfen und so zu gestalten sind, daß sie ohne Beeinträchtigung ihres Zwecks dem Wiederaufbau und der Weiterentwickelung unserer Volkswirtschaft dienen. Nach dieser Richtung ist bis jetzt vieles versäumt worden.

Die von dem deutschen Volk anerkannte Verpflichtung zur Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung bedeutet eine Last, von der wir noch nicht wissen, ob sie auf die Dauer ertragen werden kann. Wir haben diese Verpflichtung mit der ehrlichen Absicht übernommen sie zu erfüllen, soweit unsere Kräfte dazu ausreichen. Das deutsche Volk und damit die Arbeiterschaft werden deshalb versuchen müssen Anstrengungen zu machen, die ein Höchstmaß von Leistungsfähigkeit für den einzelnen wie für die Gesamtheit darstellen. Sparsamkeit im Reichs-, Staats- und Gemeindehaushalt wie in der Einzelwirtschaft allein genügt nicht. Dennoch muß sie angewendet werden, wo immer sich dazu Gelegenheit bietet. Man darf aber nur am rechten Ort sparen; jede falsche Sparsamkeit wäre ein Fehler. Unsere öffentliche Wirtschaft läßt ein Sparen zu, ja macht sie sogar zur dringenden Notwendigkeit. Eine durchgreifende Reorganisation ist hier unabweisbares Bedürfnis. Der Verwaltungsapparat in Reich, Staat und Gemeinde ist viel zu groß. Ebenso bedürfen die öffentlichen Betriebe, wie Eisenbahnen, Post und dergleichen, einer Umwandlung in der Richtung auf produktivere Betriebsformen. Es ist nur zum Teil richtig, wenn man für das Defizit der öffentlichen Betriebe die Steigerung der Unkosten: für Materialien, Rohstoffe, Maschinenbeschaffung usw., veranwortlich zu machen sucht. Ein nicht geringer Teil dieses Minderertrags ist zweifellos auch darauf zurückzuführen, daß ein Heer von unproduktiv arbeitenden Angestellten den Betrieb belastet. Daneben erfordern die Reparationsverpflichtungen eine gewaltige Steigerung unserer Produktion und damit eine Gütervermehrung, von der ein Teil den eigenen Bedürfnissen, der größere aber der Ausfuhr und dem Austausch dienen muß. Soweit die Reparationszahlungen in Gold oder Devisen zu leisten sind, können sie in der Hauptsache nur durch die Ausfuhr bestritten werden. Es gilt daher den Überschuß über die Einfuhr mit allen Mitteln zu steigern. Das läßt sich nur durch Einschränkung der Einfuhr und Erhöhung der eigenen Produktion mittels technischer Vervollkommnung des Produktionsprozesses und Steigerung der Arbeitsleistung ermöglichen. Die Notwendigkeit sie zu erreichen besteht nicht nur für die Industrie, in der sich bereits eine Umwälzung in dieser Richtung vollzieht, sondern auch für die Landwirtschaft. Unsere weltwirtschaftlichen Verbindungen sind gestört. Die Bodenfläche des Reichs hat sich um 14% verkleinert, und zwar gerade um die Teile, von denen wir Erz und Kohlen, die unentbehrlichen Grundstoffe der Industrie, bezogen, sowie im Osten um die Bezirke, die wir als landwirtschaftliche Überschußgebiete betrachteten. Zugleich ist die Bevölkerungsdichtigkeit von 120 auf 130 gestiegen. Das nötigt uns unserer eigenen Rohstofferzeugung und ihrer Intensivierung erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Nach durchaus glaubwürdigen Feststellungen besteht die Möglichkeit mit den heutigen technischen Mitteln ohne wesentlich erhöhte Kosten den Nahrungsmittelbedarf des deutschen Volkes aus dem eigenen landwirtschaftlichen Ertrag in der

Weise zu decken, wie wir es vor dem Krieg gewöhnt waren. Wir müssen suchen dies Ziel zu erreichen. Voraussetzungen dafür sind die Dezentralisation der Wohn- und Wirtschaftsstätten, intensive Bodenkultur im Kleinbetrieb und verstärkte Viehzucht. Aufgabe der Siedlungspolitik muß es sein die dazu erforderlichen Bedingungen zu schaffen.

Eines der schwierigsten Probleme bildet die Erwerbslosenfrage. Die von den Erwerbslosen geforderten und unter dem Druck der fortschreitenden Teuerung bewilligten Erhöhungen der Erwerbslosenunterstützung bedeuten keine Lösung. Sie verursachen nur eine nutzlose Erhöhung der unproduktiven Ausgaben des Staats, wirken volkswirtschaftlich nachteilig und befriedigen nach keiner Seite, Auch den Erwerbslosen ist damit wenig geholfen, weil die ihnen gebotene Unterstützung immer erheblich hinter den Kosten des notwendigen Lebensunterhalts zurückbleibt, ihre Lage zwar vorübergehend erleichtern, den auf ihnen lastenden wirtschaftlichen Druck aber nicht aufheben kann. Auch die Erwerbslosenversicherung kann der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit gegenüber nicht viel ausrichten, wie das Beispiel Englands beweist, wo eine erhebliche Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützungen vorgenommen werden mußte, weil eine Erschöpfung der vorhandenen Mittel Von besserer sozialer Wirkung ist die produktive Erwerbslosenfürsorge; nur sind ihr zu enge Grenzen gezogen. Als verfehlt müssen die Vorschläge bezeichnet werden, die durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung Arbeitsgelegenheit für die Erwerbslosen schaffen wollen. Der einzige Erfolg dieser Vorschläge würde in einer vorübergehenden moralischen Aufrichtung der Erwerbslosen bestehen, der indes schließlich eine allgemeine Unzufriedenheit über das durch die Verkürzung der Arbeitszeit verminderte Einkommen folgen müßte. Volkswirtschaftlich wären mit einem solchen Vorgehen nur Nachteile verbunden. Den Erwerbslosen ist wirksam nur durch Arbeit zu helfen, und ihre Arbeitskraft nutzbar zu machen liegt im allgemeinen Interesse. Können die privaten industriellen und gewerblichen Unternehmungen den Erwerbslosen keine produktive Arbeitsgelegenheit bieten, so ist diese durch die Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten zu beschaffen. Es bestehen in dieser Richtung bereits verschiedene Projekte wie der Bau von Kanälen und sonstiger Verkehrswege. Auch Pläne sind schon ausgearbeitet, so daß man nur in großzügiger Weise an deren Verwirklichung heranzugehen brauchte. Ihre Beschleunigung ist dringend geboten. Weitere, und zwar ausgiebigste Arbeitsgelegenheit ist durch eine intensivere Förderung des unbedingt notwendigen Wohnungsbaus zu erreichen. Die bis jetzt für diesen Zweck bewilligten Mittel reichen selbst für die dringendsten Bedürfnisse bei weitem nicht aus. Weitere Mittel sind nötig, so hestigen Widerstand auch die Mieter dagegen leisten mögen zu ihrer Aufbringung beitragen zu müssen. Ohne die nötigen Mittel keine Beseitigung der Wohnungsnot. Verhältnismäßig wenig geschehen ist bisher für die Umstellung der Erwerbslosen auf einen andern Beruf. Man ist dabei über Anfänge nicht hinausgekommen. Dabei lassen die Berichte der Arbeitsämter erkennen, daß es in verschiedenen Berufen an Arbeitskräften fehlt. Am härtesten werden die Arbeiter ohne jede fachliche Ausbildung von der Erwerbslosigkeit betroffen. Es muß deshalb darauf hingewirkt werden diesen Arbeitern durch entsprechende Ausbildung eine größere Verwendungsfähigkeit zu geben, soweit eine Eignung dazu bei ihnen vorliegt.

Ebenfalls dringend erscheint eine umfassende Umgestaltung unserer Versicherungsgesetzgebung. In ihrer heutigen Form hat sie unter der Wirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse beträchtlich an Bedeutung verloren. Recht weist der Professor Walter Kaskel in einem Aufsatz über die Wandlungen des sozialen Versicherungswesens seit seiner Kodifikation im Jahrbuch des öffentlichen Rechts darauf hin, daß der Grund dafür in der vorwiegenden Einstellung der Sozialversicherung auf Rentenzahlung suchen ist. Diese sollte ein Ersatz für den entgangenen Arbeitsverdienst sein und wenigstens eine notdürftige Existenz sicherstellen. Daneben wurden noch Sachleistungen gewährt, und die Praxis ging dazu über sich nicht nur mit der Schadenvergütung sondern auch mit der Schadenverhütung zu befassen. Der Mittelpunkt der Sozialversicherung ist aber doch die Rente geblieben, und der überwiegende Teil der versicherungsgesetzlichen Vorschriften beschäftigt sich nur mit ihr und ihrer Sicherung. Gegenüber den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen können die Renten ihre frühere Funktion nicht mehr erfüllen. Ihre Spannung gegenüber dem Arbeitsverdienst wird immer größer, ihre Kaufkraft immer geringer, so daß sie zum Beispiel bei der Hinterbliebenen- und Angestelltenversicherung zu einem Gegenstand des Spottes geworden sind. Daran vermögen die fortgesetzten Versuche durch Heraufsetzungen, Zulagen und Beihilfen Abhilfe zu schaffen nichts zu ändern, weil sie hinter dem wirklichen Bedarf doch zurückbleiben müssen und nur geeignet sind die ohnehin komplizierte Rentenberechnung noch mehr zu verwirren sowie die bisher soliden Grundlagen der Versicherungsträger vollends zu zerstören. Der Rente durch entsprechende Erhöhung wieder ihre frühere Bedeutung zu verschaffen ist schlechterdings unmöglich, denn die hierzu erforderlichen Beiträge würden von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern gleichmäßig als unerschwinglich abgelehnt werden. Eine Abhilfe durch Ergänzung der Rente aus Reichsmitteln verbietet sich, abgesehen von der schlechten Finanzlage des Reichs, schon deshalb, weil, wie Kaskel (hierin wohl fehlgreifend) meint, die Entente, in deren Ländern eine ähnliche Fürsorge nicht besteht, hiergegen sicherlich Einspruch erheben würde. Kaskel schlägt deshalb als einzig übrigbleibenden Ausweg vor die Rente aus ihrer beherrschenden Stellung zu verdrängen und sie durch Sachleistungen (ärztliche Behandlung, Arznei, freie Kost) und Schadenverhütung zu ersetzen, vielleicht auch die kleinen Renten bei verhältnismäßig geringfügigen Körperschäden zugunsten der Rentenerhöhung bei schweren Schädigungen ganz zu beseitigen. Dazu würde die Arbeitsbeschaffung zu treten haben, das heißt die Anlernung oder Umschulung der vermindert Erwerbsfähigen. hat hierbei vornehmlich die Unfallversicherung im Auge. Seine Vorschläge sind beachtenswert. Bedenken sind im wesentlichen nur gegen die Beseitigung der kleinen Renten zu erheben, die von den Verletzten als Unrecht empfunden werden müßte. Dagegen ließe sich wohl über eine erweiterte Abfindung bei leichteren Körperverletzungen reden, wenn keine Verschlimmerung des körperlichen Zustands der Verletzten zu befürchten ist. Die heute von den Berufsgenossenschaften geübte Schadenverhütung ist noch sehr mangelhaft. Durch die Reichsversicherungsordnung ist ihnen zwar die Möglichkeit dazu gegeben; sie machen von ihrem Recht aber nur einen sehr beschränkten Gebrauch. Was durch eine entsprechende Schadenbehandlung geleistet werden kann, hat die Fürsorge für die Kriegsverletzten bewiesen. Tausende dieser Kriegsverletzten sind durch geeignete Maßnahmen wie Anlernung, Umstellung des Berufs usw. wieder ihrem frühern oder einem andern Beruf zugeführt worden. Der größte Teil der Unfallverletzten dagegen wird von den Berufsgenossenschaften einfach seinem Schicksal überlassen, weil sie die Rentenzahlung als ausreichende Entschädigung betrachten und sich zu weiteren Anstrengungen nicht bewogen fühlen.

Die Kaskelschen Vorschläge reichen indessen zur Ausgestaltung der Sozialversicherung nicht aus. Hinzutreten muß endlich die schon lange von der Arbeiter- und Angestelltenschaft sowie von namhaften Soziologen geforderte Vereinheitlichung und Vereinfachung der dazu geeigneten Versicherungszweige, insbesondere die Zusammenlegung der Invaliden- und Angestelltenversicherung. Diese muß und wird kommen; sie ist unaufschiebbar geworden.

Ebenfalls der Vereinheitlichung und Vereinfachung bedarf das heute ungemein komplizierte und unübersichtliche Arbeitsrecht. Die Anfänge dazu sind bereits vorhanden, und nach den wiederholten Versicherungen der Regierung darf man darauf rechnen, daß das neue Arbeitsrecht im Werden ist. Notwendig ist dabei, daß den Gewerkschaften die ihnen gebührende Stellung eingeräumt wird, wie sie sie zur intensiven Mitarbeit bei der Lösung dieser Aufgabe brauchen. Die Gewerkschaften sind für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft unentbehrlich und können nicht beiseite geschoben werden. Ihre Bedeutung wird in Zukunft noch wachsen, inbesondere dann, wenn sie die Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter nicht nur durch Führung von Lohnbewegungen zu erreichen suchen sondern sich weiteren, nöheren Aufgaben zuwenden. Die Unfruchtbarkeit der Bemühungen den Arbeitern einen Ausgleich für die Steigerung der Lebenskosten lediglich durch Lohnerhöhungen zu verschaffen tritt bei jeder neuen Lohnbewegung deutlicher zutage; hier wird tatsächlich Sisyphosarbeit im vollen Sinn des Worts geleistet. Die Unternehmer wissen sich mit den Lohnerhöhungen abzufinden, indem sie die ihnen daraus erwachsenden Lasten einfach auf den Verbraucher abwälzen. Ihr Gewinn erleidet so nicht die geringste Schmälerung sondern steigt, wie die Dividenden der großen Aktienunternehmungen erkennen lassen, zu immer aufreizenderer Höhe. Eine Änderung kann hierin nur eintreten, wenn es den Gewerkschaften gelingt bestimmenden Einfluß auf die Preisbildung zu erlangen, die Ergiebigkeit der Arbeit zu steigern und so die Grundlage dafür zu schaffen, daß die notwendigen Bedürfnisse des Volks ihre normale Befriedigung finden. **♦**♦♦♦♦♦♦♦♦♦

ALFRED MARCUS · PRODUKTIVE OSTJUDENFÜRSORGE



ÜRZLICH wurde hier ein Überblick über die Organisation und Tätigkeit derjenigen Institutionen gegeben, die sich in Deutschland mit der Ostjudenfürsorge überhaupt befassen. Im nachstehenden sollen die Grundlagen für das grundsätzlich wesentlichste Gebiet der Fürsorgetätigkeit für Ostjuden, nämlich für

die produktive Hilfe, kurz dargestellt werden. Unter produktiver Fürsorge ist hier die Hilfstätigkeit zu verstehen, deren Ziel es ist ihren Objekten eine

irgendwie geartete wirtschaftliche Selbständigkeit zu verschaffen, um sie von der schnellen Hilfe der sozialen Fürsorge unabhängig zu machen. Sowohl die Beschaffung von Arbeitsplätzen in einem Lohnverhältnis als auch die wirtschaftliche Selbständigmachung im Handwerk, Gewerbe und dergleichen fallen in dieses Gebiet.

Das Hauptkontingent derer, für die eine produktive Fürsorgetätigkeit ausgeübt werden kann, stellen naturgemäß diejenigen, die für die Unterbringung in irgendeinem Angestellten- respektive Lohnarbeitsverhältnis in deutschen Betrieben in Frage kommen. Die Schwierigkeiten, die der Ausdehnung solcher Tätigkeit auf Ostjuden entgegenstanden, waren sehr groß. Ist es doch eine bekannte Tatsache, daß über die Berufsschichtung der Ostjuden im allgemeinen und über die nach Deutschland einwandernden im besondern in der öffentlichen Meinung die bedauerlichsten Irrtümer verbreitet und so fest eingewurzelt sind, daß es mühseliger Aufklärungsarbeit bedurfte hierin Wandel zu schaffen. Man neigte in Deutschland zu der Annahme, daß fast sämtliche Ostjuden in Handelsberufen tätig seien, daß sie nichts anderes könnten als handeln, vermitteln oder schieben, und daß sie eine starke Abneigung gegen jede irgendwie geartete körperliche Arbeit hätten. Es war zu zeigen, daß diese Ansicht ebenso fehlgeht wie sie bei den Durchschnittseuropäern verbreitet ist. Wir könnten heute sagen, daß man der Lösung dieser Aufgabe in den letzten 2 Jahren bis zu einem gewissen Grad nähergekommen ist. Namentlich in der Berufsgruppe, für die man in Deutschland dem Ostjuden die Eignung von vornherein abzusprechen pflegt, nämlich in der landwirtschaftlichen Arbeit jeder Art, sind erfreuliche Erfolge erzielt worden. Eine große Anzahl ostjüdischer Landarbeiter ist heute auf deutschen Gütern beschäftigt, und zwar zum überwiegenden Teil durchaus zur Zufriedenheit ihrer Arbeitgeber. Das Ansteigen der Tätigkeitsziffer für die Berufsgruppe Landwirtschaft vom Jahr 1919 bis zum Jahr 1920 um über 20 % ist zum guten Teil auf die Tatsache zurückzuführen, daß Leute, die im Sommer 1919 zum erstenmal auf deutschen Gütern gearbeitet hatten, auch im Jahr 1920 wieder auf diese zurückgingen und neue Leute nach sich zogen.

Damit kommen wir auf einen sehr wesentlichen Faktor in der Arbeitsbeschaffung für Ostjuden, der diese in ganz grundsätzlicher Weise von der durch die deutschen Arbeitsnachweise und Landesarbeitsämter geübten Methode unterscheidet. Während sich nämlich die deutschen Institutionen im allgemeinen darauf beschränken dem einzelnen Mann, der sich bei ihnen meldet, eine Stelle zu beschaffen, um ihn dann so lange vollkommen aus den Augen zu verlieren, bis er sich wiederum um eine Stelle bewirbt, hat sich in der jüdischen Praxis eine Form der Arbeitsvermittlung herausgebildet, die der besonders exponierten Stellung des ostjüdischen Arbeiters in Deutschland Rechnung trägt. Wenn nämlich einem solchen irgendeine Stellung verschafft werden konnte, ging er dadurch für die Nachweismöglichkeiten des Amtes nicht verloren. Er suchte stets am selben Platz Möglichkeiten für andere ostjüdische Arbeiter, die er entweder dem Arbeitsamt selbst oder seinen Arbeitskollegen, die keine Beschäftigung hatten, direkt mitteilte. Da der Ostjude für die wirtschaftliche Situation des Augenblicks und für die Lage des Arbeitsmarkts an seinem Ort im allgemeinen einen guten Blick hatte, wurde durch dieses Verfahren erreicht, daß überall da, wo tatsächlich Lücken im Arbeiterbestand des deutschen Markts vorhanden und auszu-

füllen waren, ostjüdische Arbeiter in der erforderlichen Anzahl untergebracht werden konnten. Daß solche Lücken trotz der anderweitig herrschenden Arbeitslosigkeit vorhanden waren und sind, beweisen die Berichte des Nachrichtenblatts des Reichsamts für Arbeitsvermittelung. Diese Form der Vermittlung hatte aber auch vor allem den Vorzug, daß durch sie ein rein schematisches Verschieben von Leuten an Arbeitsplätze, an denen kein genügender Arbeiterbedarf vorlag, so gut wie ganz fortfiel. Differenzen mit den Landesarbeitsämtern und den Demobilmachungsstellen konnten aus dem selben Grund fast völlig vermieden werden, denn es wurde an der Hand dieser sehr elastischen und sich den Tagesbedürfnissen schnell anpassenden Methode stets einer Überfüllung irgendwelcher Landesteile respektive Betriebszweige mit ostjüdischen Arbeitern vorgebeugt. Es ist selbstverständlich, daß dieses System einen gut funktionierenden Austausch der erforderlichen Informationen aus den einzelnen Teilen Deutschlands voraussetzt. Dieser wird dadurch erreicht. daß die Provinzstellen des Jüdischen Arbeitsamts, die mit den Fürsorgestellen des Arbeiterfürsorgeamts der jüdischen Organisationen Deutschlands verbunden sind, alle notwendigen Materialien, die Bedarfsverhältnisse ihrer Landesteile und eventuelle Veränderungen der politischen Situation in kurzen Abständen nach Berlin mitteilen, von wo aus das gesamte Material gemeinsam mit dem Arbeiterfürsorgeamt in Form eines Informationsblatts den einzelnen Stellen wieder zugänglich gemacht wird.

Besonders bewährt hat sich die oben kurz dargestellte Methode der Arbeitsbeschaffung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Den Bedürfnissen der dortigen hochentwickelten Industrie konnte nicht immer durch ein mehr oder minder schematisches Vorgehen der Landesarbeitsämter genügt werden. Ein großer Teil der Zechen und Hüttenbetriebe sucht dort stets seinen Arbeiterbedarf ohne die Vermittlung der behördlichen Instanzen, sei es durch Inserate sei es durch andere Arten der Bekanntgabe, zu decken. Dem ist durch die deutsche Arbeitsgesetzgebung insofern Rechnung getragen worden, als das Berg- und Hüttenwesen längere Zeit den Beschränkungen der Demobilmachungsverordnungen nicht unterworfen war. Infolgedessen gelang es in Rheinland-Westfalen Tausende ostjüdischer Arbeiter unterzubringen, die dort teils qualifizierte teils ungelernte Arbeit leisten, und die jedenfalls hiermit erwiesen haben, daß sie auch für die Berufe der Schwerarbeit in einem weit höhern Maß geeignet sind als man dies im allgemeinen anzunehmen pflegt. Allein im Bergbau sind über 4000 ostjüdische Arbeiter beschäftigt, die zum größten Teil unter Tag arbeiten und als vollwertige Arbeitskräfte von ihren Arbeitgebern geschätzt werden. Wenn jedoch in der weiter unten folgenden Zusammenstellung die Prozentziffer für Bergbau sich nur auf 0,21 beläuft, so liegt das daran, daß nur die Leute statistisch erfaßt wurden, die schon in ihrer Heimat als Bergarbeiter tätig waren.

Das Bestreben des Jüdischen Arbeitsamts möglichst viele Leute von der sozialen Fürsorge dadurch unabhängig zu machen, daß man ihnen auf irgendeinem Weg die Möglichkeit gibt sich selbst zu ernähren, hat fernerhin zu dem Versuch geführt ostjüdische Handwerker zu Handwerkerproduktivgenossenschaften zusammenzuschließen. Maßgebend war hierfür einmal der Gesichtspunkt, daß bei einem genossenschaftlichen Zusammenschluß mehrerer gelernter Handwerker das Anlagekapital für den einzelnen weitaus geringe:

ist als bei einer selbständigen Etablierung. Es kam ferner hinzu, daß ein Weg gesucht werden mußte Leute zu beschäftigen, die in einem Angestelltenverhältnis wegen Überfüllung ihres Berufs nicht untergebracht werden konnten. Über die Genossenschaften selbst kann man heute noch nichts Abschließendes sagen. Es scheint jedoch, als ob sie sich zum größten Teil gut entwickeln werden. Die Schwierigkeiten, die bei ihrer Führung zu überwinden sind, liegen einmal in rein psychischen Momenten, die ja auch bei deutschen Produktivgenossenschaften eine große Rolle gespielt haben, außerdem jedoch darin, daß die Kapitalien, die bei der Gründung zur Verfügung standen, zu gering waren. Diesem Übelstand konnte man jedoch fast völlig abhelfen. Es handelt sich, wie schon gesagt, hierbei zunächst nur um einen Versuch, und noch dazu in kleinem Maßstab; bei seiner Durchführung sind zirka 60 Leute beschäftigt.

Besonderer Wert wurde den immer deutlicher hervortretenden Tendenzen beigemessen, die auf eine Berufsumschichtung der Juden hinzielen. Will man diese Tendenzen fördern, so muß man naturgemäß zunächst bei ganz jungen Leuten vor der Berufswahl beginnen. Daher wurde die Lehrstellenvermittlung sehr intensiv betrieben. Es handelte sich in der Hauptsache um die Beschaffung von landwirtschaftlichen Lehrstellen für solche jungen Leute, die als Landwirte nach Palästina zu gehen beabsichtigten, ferner um die Unterbringung in handwerklichen Lehrstellen, endlich um die Ausbildung junger Mädchen in der Hauswirtschaft. Um besonders für die letztgenannten beiden Tätigkeitsgebiete die notwendige Unterstützung deutschjüdischer Handwerker und Familien zu erhalten, wird die Arbeitsbeschaffung in Gemeinschaft mit dem Arbeitsnachweis der jüdischen Logen des Unabhängigen Ordens Bne Brith in die Wege geleitet.

Von den 5665 Arbeitsuchenden, die sich im Jahr 1920 an das Jüdische Arbeitsamt in Berlin gewandt haben, waren tätig in der Landwirtschaft 5,55 %, im Bergbau 0,21 %, als Stein- und Erdarbeiter 0,09 %, als Goldarbeiter 1,11 %, als Uhrmacher 1,34 %, in der Metallverarbeitung und der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate 0,92 %, in der chemischen Industrie 0,59 %, im Spinnstoffgewerbe 1,78 %, im Buchbinder- und Papiergewerbe 2,12 %, in der Lederindustrie 2,48 %, als Tischler, Drechsler und Böttcher 3,19 %, als Bürsten- und Korbmacher 0,51 %, als Müller 0,24 %, als Bäcker 3,28 %, als Fleischer 2,14 %, als Zigarren- und Tabakarbeiter 0,17 %, als Schneider 13,04 %, als Schuh- und Schäftemacher 8,33 %, als Barbiere 1,62 %, als Kürschner, Mützen- und Hutmacher 3,20 %, als Maurer und Zimmerer 0,16 %, als Anstreicher 1,44 %, Glaser 0,35 %, als Dachdecker 0,08 %, im Vervielfältigungsgewerbe 1,74 %, als Maschinisten und Maschinenarbeiter ohne nähere Bezeichnung 12,80 %, im Handelsgewerbe 13,15 %, in der Gast- und Schankwirtschaft 0,77 %, in häuslichen Diensten 2,20 %, als Tagelöhner aller Art (besonders landwirtschaftlicher) 9,19 %, in den freien Berufen 5,12 %, als Lehrlinge 1,09 %. Bei diesen Zahlen ist zu beachten, daß sie nur die Berufe angeben, in denen die Leute in ihren Heimatländern bereits gearbeitet hatten. Die Berufe, in die hier die Arbeitsuchenden vermittelt wurden, werden also durch sie nicht erfaßt. Bemerkenswert ist ferner, daß von den gemeldeten Leuten nur 13,15 % dem Handelsgewerbe angehören. Vergleicht man hiermit die aus den Ergebnissen der russischen Volkszählung von 1897 stammenden Angaben, wonach damals im Handeisgewerbe 38,65 % der gesamten jüdischen Bevölkerung Rußlands tätig gewesen sind, so wird man schon hieran allein erkennen können, mit welcher Schnelligkeit die jüdischen Massen des Ostens aus den Vermittlerberufen in die produktiven Berufe des Handwerks und der Industriearbeit übergehen, sobald ihnen einmal hierzu die Möglichkeit geboten ist. Die nachstehende Tabelle, die die Angaben der schon erwähnten russischen Volkszählung von 1897 den aus den Meldungen beim Jüdischen Arbeitsamt im Jahr 1920 sich ergebenden Zahlen gegenüberstellt, macht diese Tendenz besonders deutlich:

| Berufsgruppe | Anteil in % | |
|------------------------------|-------------|-------|
| | 1897 | 1920 |
| andwirtschaft | 3,55 | 5,55 |
| ndustriearbeiter, Handwerker | 35,43 | 62,93 |
| /erkehrswesen | 3,98 | - |
| landel | 38,65 | 13,15 |
| lienstboten, Tagelöhner | 6,61 | 12,16 |
| reie Berufe | 5,22 | 5,12 |
| Inproduktive Berufe | 5,49 | 1,09 |
| Militärdienst | 1,07 | - |

Es soll zugegeben werden, daß diese Gegenüberstellung, die für 1897 zirka 1½ Millionen Menschen, für 1920 nur 5500 umfaßt, mit größter Vorsicht auszuwerten ist. Da jedoch die Ergebnisse des Jahres 1919 beim Jüdischen Arbeitsamt ganz ähnliche Ziffern ergeben wie die des Jahres 1920, so scheint es doch, als ob hieraus zum mindesten auf die Richtung, in der die Entwickelung der Berufsumschichtung der Ostjuden geht, geschlossen werden kann. Das will sagen, daß die Anormalitäten, die sich durch die vollkommen einzigartige wirtschaftliche und politische Situation der Juden im Osten mit der Zeit herausgebildet haben, ausgeglichen und überwunden zu werden Den nächsten Schritt hierzu bedeutet die fortschreitende Industrialisierung des jüdischen Proletariats. Die Voraussetzungen hierfür scheinen nach dem Fortfall der wirtschaftspolitischen Hemmungen, die im ehemaligen Rußland mächtig waren, gegeben zu sein. Es ist notwendig, daß diese Entwickelung durch die Arbeit von Institutionen unterstützt wird, die in Erkenntnis der Wichtigkeit einer normalen ökonomischen Schichtung auf eine solche hinarbeiten.

ADRIAN DIETRICH · MOTIV AUS DER LEGENDE DES JOHANNES AUF PATMOS



IE Nacht bricht auf wie aus der Unterwelt,
Die Schatten wandeln vom Gebirge zu mir ein,
Ich bin allein, so grenzenlos allein,
Daß mich die ganze Finsternis befällt
Und mich verführt zum Abgrund aller Welt.

Wo bleibt der Raum, wo bleibt der Sinn, das Licht, Wo ist ein Stuhl, ein Richter, ein Gericht, Wo ist ein Zeichen noch für mein Gesicht, Ein Wort für mein Gehör, für meinen Mund? Es wandelt endlos nur ein Mond in meiner Seele Und weckt dort Täler, Flüsse, eine Felsenhöhle Und weckt die runden, spitzen Kegelberge und Die roten Vögel, die drum schweben.

Und da beginnt ein andres Auge sich zu heben, Ein andres Ohr zu hören, andres Wort zu weben.

O grenzenlos verwandelbares Leben! O grenzenlose Qual und ewiges Wandern Aus einem Traumbewußtsein restlos hin zum andern!

Es stiegen viele Bilder aus der Finsternis Von Heiligen und Engeln, dämmernd ungewiß, Sternbilder auch und Rätselzauberzeichen. Nah um mich sah ich Lamm und Löwen schleichen, Ich fühlte Flügel über mir durch Blätter streichen, Es wurde langsam blauer Schein aus schwarzem Raum, Mein Arm mit meiner Hand wuchs hoch zum Baum, An dessen Wurzeln lag mein ganzer Traum.

Zahllos Gestalten sah das All ich rings durchkreisen Und hörte sie Erlösung mir verheißen.

Am End dann ist das Herz der Welt erklungen, Die Engel haben mit Gesang um den Mond gerungen, Die Sterne sind über alle weißen Gipfel gestiegen, Die Meere wanderten in großen Völkerzügen. Ich sah goldene Vögel durch rote Himmel fliegen.

Ich saß in der Tiefe und starrte in letztem Schweigen, Hörte das heilig-einsame Wort Gottes, vor dem sich alle verneigen, Ab und zu einen Stern oder Kometen sah ich an mir vorüberfahren Voll Gesang, Posaunen, Pauken und Geigen, Ich saß in der Tiefe aller Gefahren Und schrie ohne Mund und tanzte ohne Leib Und zeugte mich selbst in Gott: Mann und Weib. Ich hielt mein Herz in meinen Händen, Ich war im Anfang aus allen Enden, Ich war inmitten der heiligen Scharen.

GUSTAV MÜLLER-WOLF . ZUR ZUKÜNFTIGEN GESTALTUNG DER RELIGION

ELIGIÖSE Bedürfnisse, lange zurückgedrängt durch die Aufklärung, regen sich wieder stärker in unserer Zeit. Das zeigt am deutlichsten unsere Kunst. Ebenso die gesteigerte Bedeutung der Kulturphilosophie innerhalb der Wissenschaft und des philosophischen Elements in allen Wissenschaften. In Deutsch-

land wirkt die erwachende Religion auch auf die Politik ein: Der Sozialismus besinnt sich auf seine religiösen Elemente, und mehrere bürger-

liche Parteien spielen sich als Schutzwächter der Kirche auf, um deren wachsenden Einfluß für ihre politischen Zwecke nutzbar zu machen. Allerdings kommt das lebhaftere religiöse Fühlen im ganzen doch nur wenig den Kirchen zugute, die zu wenig mit der Entwickelung der Lebensinhalte und vor allem der Wissenschaft mitgegangen und daher den Heutigen zu sehr entfremdet sind, um ohne Vergewaltigung des modernen Seelenzustands wieder in den Mittelpunkt der Zeitempfindung zu rücken. Aber während in den letzten beiden Jahrhunderten die europäische Seele sich vom mittelalterlichen Kirchenglauben löste, hat sie nicht zugleich ein neues religiöses Reich errichtet. Vor allem nicht das 19. Jahrhundert. Dagegen liegen im Humanismus und Philanthropismus des 18. Jahrhunderts wohl die Grundlagen, auf denen das 20. Jahrhundert weiterbauen wird, bis der künftige Tempel der Menschheitsreligion errichtet ist.

Heute tritt die Sehnsucht nach einer neuen, unsern ganzen Kulturkreis umfassenden Religion stark hervor. Viele erwarten einen neuen Propheten, einen neuen Mythos, einen neuen Glauben, eine neue allgemeine Kirche. Einer sachlichen Betrachtung aber steigen Bedenken gegen ein solches mittelalterliches oder antikes Religionsideal auf. Unsere Kulturbedingungen sind anderer Art. Übrigens war schon die Entstehung der mittelalterlichen katholischen Kirche und Religion nur durch den Zusammenbruch der spätantiken Kultur und Weltordnung möglich. Weder die Einheit noch die Neuheit der künftigen Religion wird in dem erträumten Maß Wirklichkeit werden. Einmal muß man sich bewußt sein, daß unsere heutige Kultur außerordentlich mannigfaltig ist, daß wir von einem Kultus der Individualität herkommen, der sich durch ein halbes Jahrtausend hindurch (seit der Renaissance) gesteigert hat und auch durch ein noch so starkes Gemeinschaftsgefühl, wie es zweifellos heute erwacht, keineswegs einfach ausgelöscht werden kann. Dies wäre auch kein Gewinn. Denn wie der Reichtum, so beruht auch die Verfeinerung unserer Kultur auf der vielfältigen Ausgestaltung der menschlichen Möglichkeiten, der Empfindungen und Strebungen der verschiedenartigen Exemplare der Gattung Mensch innerhalb der Gemeinschaft. Es kann sich auch bei erhöhter Bedeutung der Menschengemeinschaft nicht um eine Beseitigung, vielmehr nur um eine für alle fruchtbare Auswertung dieser Verschiedenartigkeit handeln.

Die Einheit der Religion war selbst im katholischen Mittelalter ein bloßer, sehr äußerlicher Schein. Die katholische Kirche stellt ein grandioses Gemenge von Religionen und Religiositäten dar. Da waren jüdische, griechische, asiatische, europäische Elemente, Fetischdienst, Geisterglaube, Vielgötterei, Naturreligion, Zunftreligion, Staatsreligion, Moral und Amoral, Erlösungsreligion, Monotheismus, Pantheismus, Ichvergottung (Mystik), Rausch bis zur Hysterie, Intellektualismus bis zum Skeptizismus, Askese und Sinnlichkeit, straffe Hierarchie und Eigenbrötelei ungestört beisammen, und jeder nahm sich, was ihm paßte. Daß trotzdem das Einheitsgefühl meist so stark war, ist bewunderungswürdig; es lag wohl im ganzen Kulturzustand der Zeit. Wir erleben heute das allmähliche Wiedererstehen eines solchen Einheitsgefühls in der Kultur, trotz aller nationalen Verhetzung. Wird sich dieses Gefühl in einer gemeinsamen Religion einen Ausdruck schaffen? Ist das der Fall, so bleibt zu bedenken, daß auch dann, infolge der unvermeidbaren Bildungsunterschiede und Seeleneigenart, neben einander Fetischgläubige, Moralisten,

Intellektualisten, Mystiker, Materialisten und Spiritualisten, Monisten, Dualisten, Pluralisten, Genießer und Büßer ihren mannigfaltigen Göttern dienen Ist es heute denkbar, daß man diese vielen Götter für einen und den selben Gott hält? Die Bewußtheit, die sich unserer Kultur seit dem zu Unrecht als rationalistisch verschrienen 18. Jahrhundert nach der Verworrenheit des Mittelalters bemächtigt hat, und der wir im Grund die moderne Wissenschaft und Technik und damit unsere ganze Fähigkeit die Erde zu beherrschen und zu genießen verdanken, dieser Wille zur Erkenntnis dessen. was ist, wird unsere Kultur doch wohl vor einer solchen Selbsttäuschung Auch wenn ein religiöser Kernwert sich allgemein durchsetzen sollte, wie der der Persönlichkeit, der Menschheit, des Menschentums, wird man sich schwerlich verhehlen, daß dieser Begriff für die einzelnen und für die verschiedenen Gruppen der Menschen sehr Verschiedenes bedeutet. Daneben aber werden umfangreiche Reste von Aberglauben aller Art fortbestehen wie bisher; denn niemandem kann es einfallen sie mit Gewalt beseitigen zu wollen; das wäre auch vergeblich. Unter diesen Umständen ist es durchaus fragwürdig, ob es wieder zu einer umfassenden gemeinsamen religiösen Organisation kommen wird und nicht eher zu losen Verbänden Gleichgesinnter, zwischen denen wieder Fühlung in praktischen Dingen und Grundideen bestehen könnte. Kunstgemeinden, Volkshochschulgruppen usw. zeigen bereits in unseren Tagen schüchterne, immerhin deutlich bemerkbare Ansätze zu solcher neuartigen Gemeindebildung.

Damit ist indessen noch keineswegs ausgeschlossen, daß unser Kulturbewußtsein wieder zu religiöser Einheitlichkeit kommt. Vielmehr scheint sich diese moderne Kulturreligion unwiderstehlich durchzuringen. Doch als Stimmung und Idee, nicht als Organisation (wofern man nicht die politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation unserer Kultur dafür nehmen will, die sich wohl allmählich durchsetzen wird), nicht als eine Kultusgemeinde, nicht als Kirche. Ebenso vorsichtig wie die Allgemeinheit, die Einheit der künftigen Religion muß ihre Neuheit angefaßt werden. Die großen geschichtlichen Religionen, deren Entstehung oder Stiftung wir kennen, sind lehrreiche Beispiele. hat bekanntlich keine neuen religiösen Ideen noch Empfindungen gebracht, er fand alles, was er lehrte, bereits bei den israelitischen Propheten vor, ienen stärksten Gottes- und Menschheitskündern, die die alte Welt kannte, und deren machtvolle Mahnung noch heute, und gerade dem Sozialisten, zum religiösen Erlebnis werden muß. Ins Christentum ist dazu noch eine Reihe von Gedanken aus der griechischen Philosophie und Bräuchen aus den anderen orientalischen Religionen mit eingeflossen. diesen verhältnismäßig jungen Bestandteilen hat die mittelalterliche Kirche viele Reste alten europäischen und sonstigen Heidentums verarbeitet, so daß in ihr älteste und jüngste religiöse Bedürfnisse ihre Befriedigung finden konnten. Es hat sich also zwar wohl in der Grundstimmung des christlichen Zeitalters ein anderer Geist durchgesetzt als der in der heidnischen Antike vorherrschende, aber dieser neue Geist paßte sich in die Verkleidungen alter Symbole, Bräuche, Vorstellungen, Erzählungen ein, vermischte sich mit andersartigen Stimmungen und ließ selbst für entgegengesetzte alte Religiosität verhohlen Raum genug. Das Neue setzt sich nicht unbedingt und vor allem nicht in schlechthin neuer Gestalt durch; es lehnt sich an Altes an, verwendet dessen Stimmungsgehalt und Symbolschatz. Nichts ist zäher als religiöse Tradition, denn nichts ist weniger mit dem bloßen Verstand zu erfassen.

Was beim Christentum offenkundig ist, wäre beim Islam und beim Buddhismus ebenso leicht nachzuweisen.

Über den Kerngedanken der künftigen Religion kann nun eigentlich kaum ein Zweifel bestehen: Der Mensch ist ihr Mittelpunkt, der Mensch mit seinen seelischen Kräften, von denen wir alles Gute und Böse hoffen und fürchten: während frühere Religionen das Schicksal göttlich verehrten, teils in der Gestalt der einzelnen Naturkräfte (Naturreligionen) oder der Gesamtnatur (Pantheismus), teils in der Hypostatierung potenzierter Menschenideale, gemäß der Genialität oder Brutalität einzelner Propheten oder Despoten, die ihrem Menschenumkreis zum launischen, guten oder bösen, Schicksal wurden. Während früher Moral und Religion immer irgendwie zweierlei Richtung hatten, jene auf den Menschen, diese auf die außermenschliche Macht zielend, verschmelzen heute beide immer mehr mit einander, nur dadurch geschieden. daß Religion im Gefühl, in Sehnsucht wurzelt, Moral aber aus Trieb und tätigem Streben wächst.

Der Mensch als Mittelpunkt neuer Religion, ja neuen Mythos, hat im letzten Jahrhundert immer deutlicher aufgeleuchtet. In den beiden naheliegenden Grundformen: als Einzelpersönlichkeit am wirksamsten in Nietzsches Idee vom Übermenschen, als Organisation der Menschheit in dem weniger politischen als religiösen Ideal des Zukunftsstaats. Aber bei genauerm Zusehen erweisen sich diese Gedanken als noch weit älter. Die Höchstwertung der Persönlichkeit läßt sich in die Renaissance, zu Jesus, ja bis zu einzelnen Propheten und ebenso in die griechische Philosophie zurückverfolgen. Das Gemeinschaftsideal, im Prophetismus lebendig, findet sich dann etwas verschwommen und unorganisch in christlichen Grundgedanken, sehr straff in der griechischen Philosophie. Neu ist dieser Gedanke also nur insofern, als er sich an die Stelle alter Schicksalsgötter drängt, als die Religion aus einer fatalistischen zu einer aktivistischen zu werden beginnt, als der Mensch nicht mehr erwartungsvoll um sich sondern fordernd in sich blickt. Neu ist das Zurücktreten der alten Religion, in die sich der neue Gedanke längst eingeschlichen hat. Denn die alte Religion hat ihre fatalistische Grundrichtung längst umgebogen, und ein Ludwig Feuerbach konnte bereits den Menschen als den heimlichen Gott der herrschenden Religion aufdecken. Kurz, hiesind Übergänge vom Alten zum Neuen seit langem, seit Jahrhunderten schon vorhanden und zum Teil auch bereits betreten.

Aber heute leben wir in einer Krisenstimmung, als wollte das Neue eben jetzt festumrissene Gestalt gewinnen. Und hier eben heißt es klar bleiben. Auch wenn die alte Religion langsam verfallen, wenn sie selbst aus Unfähigkeit zur innern Wandlung zum Köhlerglauben herabsinken, auch wenn eine neue Religion sich im Gemeinbewußtsein gegenüber allen Verschwommenheiten, all dem unvermeidbaren Mischmasch als herrschend durchsetzen sollte, auch dann wird das Neue keineswegs die Sinnbilder, Vorbilder und Bräuche des Alten ausschalten können, es wird sie vielmehr umwerten, umformen müssen. Die modernen Dichter gebrauchen die Formel Gott in einem völlig andern Sinn als die alten Kirchenlieder, aber sie gebrauchen sie fleißig. Die proletarischen Freidenker haben das Bedürfnis Osterfeiern, Jugendweihen, Begräbnisfeierlichkeiten an Stelle der kirchlichen zu setzen. Wir werden noch viel weiter gehen müssen. In dem alten (nicht nur christlichen) Schatz religiöser Erzählungen, Vorstellungen, Bilder ist eine Fülle von

Stoffen, die auch für die werdende Religion verwertbar sind, wenn ihr Grundton umgestimmt wird. Diese mit Gemütserlebnissen gesättigten Schätze kann kein Bildersturm verbrennen, ja die Zukunft kann gar nicht auf sie verzichten. Ist es da nicht richtig bewußt an ihrer Umwertung zu arbeiten, statt diesen doch unabwendbaren Prozeß den still wirkenden Gesetzen der Geschichte zu überlassen?

Man mag einwenden, solche Umdeutung führe zur Verwaschenheit. Solche Verschwommenheit dürfte bei geistigen Umwälzungen in komplizierten Kulturen naturnotwendig sein. Indessen lassen sich allzu verheerende Wirkungen gerade bei bewußter Kulturleitung mindestens verringern. Dazu helfen zwei Ideen, zu denen die Bildungsfähigen erzogen werden müssen und zwar in den breitesten Schichten wenigstens der städtischen Bevölkerung: das Verständnis für das Symbol und das Verständnis für die geschichtliche Entwickelung. Zwar hat man heute (und mit Recht) steigende Bedenken gegen den Historismus. Allein seine Gefahren bestehen vorläufig nur für einen kleinen Kreis von Gebildeten. In der breiten Masse des Volkes beginnt der Entwickelungsgedanke für das geistige Leben sich eben erst durchzusetzen. Wir können ihn nicht missen, um dem Volk Abstand und doch Gerechtigkeit gegenüber der Vergangenheit zu lehren: sowohl auf politischem als auch besonders auf religiösem Gebiet. Der marxistische Gedanke hat vermöge seiner einleuchtenden praktischen Bedeutung und seiner Einfachheit schon wertvolle Grundlagen geschaffen. Es ist gar nicht zu bezweiseln, daß die Anwendung des Entwickelungsgedankens auch auf das geistige Leben der Menschengemeinschaft sich der Breite des Volkes klarmachen läßt.

Schwieriger steht es mit dem Symbolgedanken. Dem Volk gilt wie dem reifenden Jugendlichen das Märchen, die Sage, die Legende immer noch als Lügengeschichte, bestenfalls als altertümlicher Aberglaube. Man vermag nicht, wie das Kind dies auch tatsächlich vielfach tut, einen feinen köstlichen Kern aus der seltsamen Hülle zu schälen, man ärgert sich über die Schale, geschweige daß man in dem phantastischen oder altertümlichen Gewand einen besondern ästhetischen, dichterischen Wert zu empfinden imstande wäre. Gerade in Sachen der Religion steht man (begreiflicherweise) nicht genug über den sachlichen Problemen, um alte Anschauungen bewußt als Formen für neue Gehalte verwerten zu können. Dazu muß unser Volk unbedingt erzogen werden. Es muß das Erlebnis, den innersten Seelenvorgang als Wesen der Religion erkennen lernen, um ihren Formen die richtige Schätzung zuteil werden zu lassen.

Das ist keine Sache der Entwickelung sondern der Erziehung. Die Spätantike hat diese wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht gehabt, wenigstens nicht verbreitet, deshalb sind die Mischmaschreligionen des Mittelalters entstanden. Auch in Zukunft wird es nicht zu umgehen sein, daß die Naiven am Äußerlichen der Religion haften bleiben. Und Naive wird es immer geben, nicht nur unter Kindern. Daher wird die äußere Form immer wichtig sein, Aber es muß sich heute ermöglichen lassen, daß die Nachdenklichen hinter den zeitlichen Formenwandlungen den Ewigkeitsgehalt des Erlebens entdecken und daraus eine bisher unerhörte Bereicherung und Beweglichkeit des religiösen Ausdrucks gewinnen. Eine Aufgabe, für deren Lösung bisher nur wenig geschehen ist.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN Außenpolitik / Ludwig Quessel

Osteuropas Zusammenschluß

Wer aufmerksam die außen. politischen Vorgänge verfolgt, wird zugeben müssen,

daß Kräfte am Werk sind Europa aus dem gegenwärtigen Zustand staatlicher Zerrissenheit und Verwirrung herauszuführen. Als Helfer und Förderer einer Durchorganisierung Europas sind überall französische Einflüsse nachweisbar, was nicht wenig dazu beiträgt England gegen

Frankreich einzunehmen.

Die Bewegung nahm ihren Ausgangspunkt vom Südosten des Kontinents, wo Jugoslawien, Rumänien und Tschechien sich zu einem Bund, der sogenannten Kleinen Entente, zusammenschlossen. deren Aufgabe es sein soll jeden Versuch Ungarns, Österreichs und Deutschlands das alte Europa wiederherzustellen mit Waffengewalt niederzuschlagen. Militärisch lehnt sich die Kleine Entente an Frankreich an, das zurzeit mit seiner schwarzen und weißen Armee die größte Militärmacht unseres Planeten darstellt. Die Aufgaben der Kleinen Entente beschränken sich aber nicht auf das militärische Gebiet. Auch wirtschaftlich sind die 3 osteuropäischen Staaten einander nähergekommen, so daß ein einheitliches südosteuropäisches Wirtschafts- und Verkehrsgebiet im Werden ist.

Aus Gründen, die zumeist schon der Vergangenheit angehören, stand Polen der südosteuropäischen Union vorerst unfreundlich gegenüber. Jetzt aber sind die Brücken der Verständigung zwischen Polen und Tschechien geschlagen worden. Zwischen diesen beiden westslawischen Staaten ist nach den Erklärungen ihrer Außenminister eine Verständigung militärischer und wirtschaftlicher Natur zustande gekommen, die Polen an die Kleine Entente angliedert. Werden die Bande zwischen Jugoslawien, Rumänien, Tschechien und Polen in Zukunft noch enger geknüpft als sie es jetzt schon sind, so wird man wohl bald von einem osteuropäischen Staatenbund sprechen dürfen, dessen wirtschaftliche Entwickelungsmöglichkeiten recht hoch eingeschätzt werden müssen.

Mit der Angliederung Polens an die Kleine Entente durch das Bindeglied Tschechien haben die Zusammenschlußtendenzen der europäischen Klein- und Mittelstaaten aber noch nicht ihr Ende

erreicht. In Helsingfors traten Ende Juli die Außenminister von Finnland. Estland und Lettland zusammen, denen sich auch Polen beigesellt hatte, um über den Abschluß eines baltischen Bundes zu beraten. Der Tagung in Helsingfors ging eine Wirtschaftskonferenz der 3 Staaten Estland, Lettland und Litauen in Reval voraus, deren Ziel es war aus diesen 3 Staaten einen einheitlichen Wirtschaftskörper zu machen. Nicht nur das Steuersystem, das Münzwesen und die Verkehrsvorschriften will man möglichst einheitlich gestalten, auch die Zollgrenzen zwischen diesen 3 baltischen Staaten hofft man in nicht allzu ferner Zeit beseitigen zu können. Es besteht also bei den Esten, Letten und Litauern das ernste Bestreben möglichst schnell aus dem Zustand des staatlichen Kleinbetriebs herauszukommen und wieder zu dem gewohnten staatlichen Großbetrieb zu gelangen. Die Einsicht, daß der staatliche Kleinbetrieb der modernen Zeit nicht mehr entspricht, ist auch in Finnland lebendig geworden. Es kommt hinzu, daß Finnland sich ähnlich wie Polen allein gegenüber dem bolschewistischen Rußland zu schwach fühlt. Das Bestreben des finnländischen Außenministers Holski war daher darauf gerichtet zunächst eine baltische Entente zwischen Finnland, Lettland, Estland, Litauen und Polen gegen Rußland zustande zu bringen, die später jedoch auch wirtschaftlich zu einem baltischen Staatenbund werden soll. Schwierigkeiten ergeben sich noch aus dem gespannten Verhältnis zwischen Litauen und Polen.

Über das Ergebnis der Helsingforser Randstaatenkonferenz wird Stillschweigen bewahrt. Man nimmt jedoch an, daß man zu geheimen Vereinbarungen gelangt ist, die sowohl militärischer als wirtschaftlicher Natur sind. Militärisch lehnt sich der baltische Bund ähnlich wie die Kleine Entente an Frankreich an. Dieser Umstand bestimmt die Frankfurter Zeitung von einem "Ring kleinerer und mittlerer Staaten vom Agaischen Meer und der Adria bis zur Baltischen See und sogar bis zur Murmanküste« zu sprechen, dessen Zweck eine neue Einkreisungspolitik gegen Deutschland« sei. Wer die Dinge so sieht, überschätzt beträchtlich die Rolle, die Deutschland im neuen Europa spielen kann. Feindseligkeit gegen Deutschland ist keineswegs die treibende Kraft der Zusammenschlußbewegung der Oststaaten. Soweit diese früher dem russischen Imperium angehörten, fühlen sie sich in ihren kleinen Nationalstaaten wie in einem Gefängnis. Die Sehnsucht nach einer übernationalen Zusammenfassung der Klein- und Mittelstaaten Osteuropas in einem großen Staatenbund wird daher immer stärker. Es handelt sich hier also gar nicht um Feindschaft gegen Deutschland sondern um das Streben nach einer wirtschaftlich und politisch unbedingt notwendigen Zusammenfassung zersplitterter Kräfte, ohne die das neue, kranke Europa niemals gesunden kann. Militärisch werden und müssen sich die Oststaaten freilich an Frankreich anlehnen, weil sie von einem England, das nicht einmal 20 000 Mann für Oberschlesien freimachen kann, bei einem Konflikt mit den Bolschewisten so gut wie nichts erwarten können.

Ein gutes Verhältnis zu den vereinigten Oststaaten Europas wird Deutschland allerdings erst erzielen können, wenn es sein Verhältnis zu Frankreich saniert und sich von der europafeindlichen britischen Patronage befreit hat.

Der Politiker und Historiker

Totenliste

Joseph Reinach, der im Alter von 65 Jahren verstorben ist, war 1881 Kabinettschef Gambettas, wiederholt Kammerabgeordneter, ein heftiger Gegner Boulangers. Er erwarb sich Verdienste um die Herbeiführung der Revision des Dreyfusprozesses; er hat auch eine ausführliche Geschichte der Affäre geschrieben. Während des Krieges war er einer der schärfsten politischen Gegner Deutschlands, das er unter Anwendung bedeutender historisch-politischer Kenntnisse und glänzender Stilkunst als Polybe im Figaro bekämpfte.

Der frühere argentinische Minister des Äußern Luis Maria Drago ist in Buenos Aires gestorben. Auf der 2. Haager Konferenz hat er im Namen sämtlicher südamerikanischer Staaten einen Antrag vertreten, es solle ein bewaffnetes Eingreifen fremder Mächte in Südamerika besonders zur Eintreibung von Geldforderungen nur nach Erschöpfung aller Schlichtungsmittel schiedsgerichtlichen zulässig sein. Sein Antrag, der nach dem Verfechter als Dragodoktrin bezeichnet wurde, scheiterte vor allem an dem Widerstand Englands und der Vereinigten Staaten, die erklärten, daß die Monroedoktrin genügenden Schutz gegen unberechtigte Eingriffe biete.

Ubergangspublikationen Wettkampf der Völker und der wirtschaft-

lich-sozialen Krise Europas beschäftigt sich Eugen Schwiedland in seinen Grundzügen der Weltgestaltung (in der Staatsbürgerbibliothek /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/). In geistvoll sachkundiger Weise verknüpft der Verfasser Europas Gegenwart mit seiner Vergangenheit und Zukunft. Scharf wird von dem Autor die Gemeinsamkeit der Lebensbedingungen der europäischen Kontinentalvölker betont, denen er dringend empfiehlt sich auf die gemeinsamen Interessen ihres Weltteils zu besinnen. Das Ziel europäischer Erneuerung sieht Schwiedland in der Bildung eines europäischen Staatenverbands. Die wirtschaftlichen und mo-ralischen Vorteile einer solchen politischen Neugestaltung Europas bezeichnet der Autor mit Recht als unabsehbar. Der Verzicht der europäischen Völker auf eine politische Entwickelung über den Nationalstaat hinaus zu einem übernationalen Staatenverband müßte dagegen zu einer hilflosen Verarmung und tiefen Abhängigkeit Europas von den Imperialstaaten England und Amerika führen, ähnlich der Griechenlands vom römischen Imperium. Der kleinen Schrift sind recht viele aufmerksame Leser zu wiinschen. In seiner Schrift Europa und der nächste

Krieg /Berlin, Verlag Gesellschaft und Erziehung/beschäftigt sich Georg Engelbert Graf in der Hauptsache mit den Vorstoßimperialistischen linien nach dem Weltkrieg. In der Broschüre finden sie sich auf einer Weltkarte eingezeichnet. London schreibt der Autor die Absicht zu den Rhein entlang über Österreich und Italien nach Kairo vorstoßen zu wollen, während New York dies gleichzeitig nach Südamerika und Ostasien zu tun vorhabe usw. Im ganzen haben wir es hier mit einem Erzeugnis uferloser Konjekturalpolitik zu tun, bei der richtige und falsche Beobachtungen kunterbunt ineinanderfließen.

Kuzre Chronik Bei der Neubildung des italienischen Kabinetts, an dessen Spitze Ivanoe Bonomi trat, hat Marchese della Torretta das Ministerium des Auswärtigen übernommen, der parteipolitisch schwer zu katalogisieren ist. Er gilt als guter Kenner der österreichischen Verhältnisse. Der Avanti wirft ihm vor ein Feind der Bolschewisten zu sein. Man nimmt an, daß della Torretta eine schärfere Adriapolitik in dem Sinn einzuleiten gedenkt, daß er Porto Baros für den Freistaat Fiume beansprucht und heimlich den montenegrinischen Separatismus unterstützt.

Am 3. Juli wurde ein polnisch-rumänischer Handelsvertrag unterzeichnet. Er soll zunächst 1 Jahr laufen und dann erneuert werden.

Literatur Als am 4. Mai nach dem kläglichen Zusammenbruch des Fehrenbach - Simonsschen Versuchs Amerika als Schiedsrichter über Deutschland und Frankreich in der Reparationsfrage einzusetzen die Ministerkrise im Zeichen des Ultimatums begann, tauchte auch der Gedanke eines Kabinetts Bernhard Fürst Bülow auf, das von seinen Befürwortern als eine Annahmeregierung gedacht war. Daran, daß sich damals die Augen der Öffentlichkeit wieder auf den schon im 72. Lebensjahr stehenden 4. Kanzler des Reichs richteten, hatte einen gewissen Anteil eine kurz vorher veröffentlichte apologetische Schrift Wilhelm Spickernagels Fürst Bülow /Hamburg, Alsterverlag/, die sich nach einer kurzen Charakterisierung von Bülows Persönlichkeit namentlich mit seiner auswärtigen Politik als Reichskanzler und seiner diplomatischen Tätigkeit als Botschafter in Rom während des Weltkriegs beschäftigt. Von besonderm Interesse, weil viel authentisches Material aus Bassermanns Archiv enthaltend, ist das Kapitel Bülow und Bassermann, in dem uns der nationalliberale Parteiführer als der parlamentarische Vertreter der Bülowschen Politik vorgeführt wird. Wie man sich nun auch zu Spickernagels Apologie der auswärtigen Politik Bülows stellen mag, man wird ihm darin beistimmen können, daß Bülow zu einer so furchtbar falschen Rußlandpolitik wie sie Bethmann Hollweg vor und in dem Krieg betrieb, wahrscheinlich unfähig gewesen wäre. Man wird auch zugeben müssen, daß Bülow nicht so hilflos wie Bethmann in den Weltkrieg hineingeschlittert wäre, weil er den treibenden Kräften der britischen Außenpolitik denn doch nicht ganz so ahnungslos gegenüberstand wie Nachfolger im Reichskanzleramt. Einen kritischen Überblick über Deutschlands auswärtige Politik von Caprivi bis Bethmann Hollweg /Detmold, Meyer/ gibt Karl Keller auf Grund der zurzeit erreichbaren Quellen. Sehr gut ist der 1. Teil der Schrift, die die auswär-^{ti}ge Politik der ersten 3 Kanzler behandelt, wobei jedoch zu bemerken ist, daß

ein Sozialist die Berechtigung einer kontinentalen Expansion Deutschlands, die der Autor verficht, als mit den Inter-essen der europäischen Menschheit absolut unvereinbar wird ablehnen müssen. Bei der Wertung der auswärtigen Politik Bülows und Bethmann Hollwegs begeht der Autor den groben Fehler die Weltlage, aus der heraus die englischen Bündnisneigungen von 1898 bis 1901 entsprangen, unberücksichtigt zu lassen. Keller vertraut hier viel zu viel den Aufzeichnungen des Freiherrn Eckardstein, dessen probritische Einstellung das zulässige Maß so sehr überschreitet, daß seine Angaben, soweit sie nicht mit Urkunden belegt werden können, mit großem Mißtrauen aufgenommen werden müssen. Den schwächsten Teil des Kellerschen Buches stellen seine Betrachtungen über die Schuld Krieg dar. Hier erhebt sich der Autor nirgendwo sichtbar über das Niveau der deutschnationalen Tagespresse. Über die auswärtige Politik der deutschen Sozialdemokratie stellt Keller kritische Betrachtungen an, denen in einigen Punkten die Berechtigung nicht abgesprochen werden kann. Er übersieht aber, daß außenpolitische Sachkunde kein kollektives Erzeugnis der Partei sein kann. sondern immer nur das Resultat individuellen Scharfsinns einzelner Parteimitglieder. Bei der unter dem alten System üblichen Geheimhaltung aller außenpolitischen Tatsachen und der Verschleierung der deutschen außenpolitischen Ziele, soweit solche überhaupt vorhanden waren, konnte aber auch ein begabter und fleißiger Politiker nur sehr schwer zu klaren Anschauungen in der Außenpolitik gelangen. Daß es an Ideen zu einer konstruktiven Gestaltung der deutschen Außenpolitik in der Sozialdemokratie nicht fehlte, davon hätte sich der Autor leicht durch das Studium einiger Jahrgänge der Sozialistischen Monatshefte überzeugen können. Viele seiner kritischen Betrachtungen wurden dort schon zu einer Zeit zum Ausdruck gebracht, als die tatsächlichen Vorgänge noch ein streng behütetes Geheimnis des Auswärtigen Amts waren.

Sozialpolitik / Lydia Eger

Sozialversicherung: Reiorm Sicherungsordnung liegt sicherungsordnung liegt jetzt nach Beratung durch den Reichsrat dem Reichstag vor. Sie bedeutet natürlich noch keineswegs den geplanten Gesamtumbau, der angesichts der noch immer vorhandenen Zersplit-

terung so dringend notwendig ist. Es handelt sich vielmehr lediglich um Neuregelung von Einzelfragen, die keinen Aufschub mehr dulden.

Allgemein ist jetzt die Gewährung des passiven Wahlrechts an die Frauen für die Versicherungsbehörden durchgeführt. Ebenso wichtig ist die Einbeziehung des Hausgewerbes in die Kranken- und Invalidenversicherung. Man schloß sich hierbei an die alte Definition des Erwerbszweigs an, erweiterte den Kreis der Versicherten auch um die bei öffentlicher Verbänden, Körperschaften und gemeinnützigen Vereinen Beschäftigten, soweit sie nicht über 15 000 Mark Einkommen haben. Sie sind den Ortskrankenkassen angegliedert worden. Neu ist die Bestimmung, daß das Statut der Krankenkassen den Arbeitgebern statt ihres Beitrags Zuschüsse bis zu 2 % des Entgelts auferlegen kann, das sie für die gelieferten Arbeitserzeugnisse müssen. Da, wo der Grundlohn für die Hausgewerbetreibenden durchschnittlich niedriger ist als der Ortslohn, kann das Statut diesen als Grundlohn festsetzen. Andrerseits können solchen Versicherten. deren Einkommen hinter der Hälfte des Grundlohns zurückbleibt, Beiträge und Leistungen gekürzt werden. Auch kann der Kommunalverband die Anteile der Hausgewerbetreibenden übernehmen. wenn Bedürftigkeit bei diesen vorliegt. landwirtschaftlichen Zuungunsten der Arbeiter bestanden bisher Unterschiede zwischen diesen und den gewerblichen Arbeitern. Durch die Neuregelung sollen solche Bestimmungen beseitigt werden. Um die vorbeugende Tätigkeit der Krankenkassen immer mehr in den Vordergrund zu stellen, ist den einzelnen Kassen jetzt freigestellt als Mehrleistungen auch Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten bei einzelnen Kranken zu veranlassen. Das bedeutet eine vermehrte individuelle Einstellung des Kassenbetriebs; gewiß ein Zustand, der gegenüber der heute noch vielfach vorhandenen Massenbehandlung nur dringend erwünscht ist, der sich aber bei dem heutigen Umfang eines Kassenbezirks wohl nur mit großen Schwierigkeiten durchlassen wird. Einzelentscheide führen werden in großer Zahl notwendig sein, und der ausgedehnte Instanzenzug steht in nicht allzu weiter Ferne. Auch in die Invalidenversicherung sind die Hausgewerbetreibenden einbezogen worden. Die Versicherungsanstalten haben das Nähere zu regeln, vor allem die Beitragsfrage der Auftraggeber.

Wenn mit diesem Entwurf auch den Grundübeln unserer Sozialversicherung noch keineswegs abgeholfen ist, so bedeutet er doch immerhin einen Fortschritt nach der Seite der Ausdehnung auf versicherungsbedürftige Personenkreise hin. Die Vorschläge der Auskunftsstelle für Heimarbeitsreform und des Bureaus für Sozialpolitik sind dabei weitgehend berücksichtigt worden.

Arbeiterschutz Das Internationale Arbeitsamt gibt von Zeit zu Zeit Mitteilungen über die Durchführung der Washingtoner Vorschläge heraus. Aus diesem Überblick ist es verhältnismäßig leicht, das Fortschreiten sozialpolitischer Maßnahmen in den verschiedenen Ländern zu verfolgen.

folgen. Gesetzentwürfe über Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit, Kinderarbeit und Nachtarbeit von Jugendlichen sind dem dänischen Parlament unterbreitet worden. Der Vorschlag über Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und das Phosphorverbot sind in Dänemark bereits durch bestehende Bestimmungen erledigt. Die Vorschläge zu dem Schutz der Frauen und Jugendlichen gegen Bleivergiftungen und zur Schaffung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes werden durchgeführt. Das schwedische Gesetz über den Achtstundentag soll mit den Washingtoner Entwürfen in Einklang gebracht werden.

Auf größere Schwierigkeiten stößt die Durchführung der Washingtoner Entwürse in Holland, weil hier die bestehende Gesetzgebung erst vor nicht langer Zeit ausgearbeitet worden ist, und eine Neuregelung nach so kurzer Zeit noch nicht angebracht erscheint.

In Österreich sind dem Nationalrat die Entwürfe über den Achtstundentag, Arbeitslosigkeit, Nachtarbeit der Frauen empfohlen worden. Dagegen hat der Entwurf für Einführung eines Mindestalters für gewerbliche Beschäftigung der Kinder zurückgestellt werden müssen.

In Tschechien wurden die Entwürse über den Achtstundentag, die Nachtarbeit der Frauen und das Mindestalter bei Zulassung von Kindern zur gewerblichen Arbeit ratifiziert. Auch die Einführung des Schutzes der Frauen vor und nach der Niederkunft sowie die Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit dürsen als gesichert angesehen werden.

In Polen ist das Phosphorverbot bereits durchgeführt. Wegen der anderen Vorschläge schweben Unterhandlungen. 6 Übereinkommen vollständig gleichen Inhalts sind von Bevollmächtigten Frankreichs und Belgiens unterzeichnet worden; sie liegen jetzt den Parlamenten zur Ratifikation vor. Der Vorschlag betreffend Einstellung ausländischer Arbeiter ist durch Übereinkommen mit einzelnen Staaten bereits in Kraft getreten, ebenso das Phosphorverbot. Der Entwurf betreffend Arbeitslosigkeit und Nachtarbeit der Frauen fand in Luxemburg Verwirklichung, ein weiterer über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft soll demnächst durchgeführt werden. Auch das Phosphorverbot gilt dort bereits.

Der schweizerische Bundesrat plant ein eigenes Gesetz über die Arbeitszeit in Gewerbe und Handel, das von den Washingtoner Beschlüssen abweicht. Der Entwurf über das Mindestalter von Kindern in gewerblicher Arbeit ist angenommen worden, ebenso der über Nachtarbeit von Frauen und Jugendlichen. Die Einführung einer Mutterschaftsversicherung wird geprüft. Das Phosphorverbot ist durch den Beitritt der Schweiz zum Berner Übereinkommen bereits durchgeführt worden.

In Großbritannien ist eine Ratifikation zunächst nur für die Entwürfe über Arbeitslosigkeit, Nachtarbeit der Frauen und Kinder und das Mindestalter der Kinder zu erwarten, während der Entwurf über den Achtstundentag und die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten begegnet. Auch in Indien ist man zu neuen Maßnahmen gekommen. Es ist der ge-

setzgebenden Versammlung ein Gesetzsetzgebenden Versammlung ein Gesetzentwurf unterbreitet worden, in den die Entwürfe betreffs Arbeitszeit, Mindestalter für Kinder, Schutz der Frauen und Kinder hineingearbeitet sind.

Vernichtung Auch die Sozialpolitik hat lebensunwerten bei der Frage der Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens, die ja nun einmal doch in Deutschland jetzt einer neuen Erörterung und Lösung zuzusteuern scheint, ein Wort mitzureden. Denn durch die Notwendigkeit der Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Unterhalt solchen Lebens, durch die Erhaltung öffentlicher Anstalten, in denen solches unselbständige Leben Aufnahme findet, werden die Mittel, die für sozialpolitische Zwecke zur Verfügung stehen, stark in Anspruch genommen. Um nun aber zu verhüten, daß die ganze Frage in ein utilitaristi-

sches Fahrwasser gerät, wie es leider heute bereits vielfach der Fall ist, muß betont werden, daß alle volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte in dieser Hinsicht nicht maßgebend sein dürfen. Denn es handelt sich hier nicht darum neue Wege zu finden, um das überlastete deutsche Sozialohnehin budget zu entlasten sondern darum einen Begriff der Humanität, der schon seit langem keineswegs unumstritten ist, neu herauszustellen und ihm die Gesetzgebung so oder so anzupassen. So richtig alle die Hinweise auf die Kosten der Erhaltung lebensunwerten Lebens sind. so ernstlich die Rücksicht auf die zur Pflege bestimmten Personen zu erwägen ist, so muß doch diese rein sittlich-humanitäre Frage von allen wirtschaftlichen rationellen Betrachtungen freigehalten werden. Sie darf ihre Lösung nur auf Grund des Prinzips der sittlichen Autonomie des Menschen, also der freien Selbstbestimmung der Persönlichkeit, finden. Auch die juristische Betrachtungsweise ist durchaus sekundär, das heißt die rechtliche Formulierung hat sich dem neugewonnenen Sittlichkeits- und Humanitätsbegriff anzupassen, nicht in ihrer jetzigen Gestalt diesen zu beeinflussen. Damit ist die Stellung der Sozialpolitik zu der genannten Frage eine ganz besondere: nicht die der Einmischung sondern des Fernhaltens. Aber auch das muß (gerade angesichts der schon beginnenden Verquickung aus utilitaristischer Einstellung heraus) einmal mit allem Nachdruck betont werden.

Informationsmittel
tagschen Sammlung deutscher Reichsgesetze
/Berlin, Vereinigung wissenschaftlicher
Verleger/ erschienen, von E. Lippmann
herausgegeben, Ergänzungen zum 2. Buch
der Reichsversicherungsordnung. Sie enthalten alle Bekanntmachungen, Gesetze
und Verordnungen, die auf dem Gebiet
der Krankenversicherung von 1916 bis
1920 veröffentlicht worden sind.

Auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf wurde die Frage der Bleiweißverarbeitung im Malergewerbe besprochen. Dazu ist jetzt eine lesenswerte kleine Schrift erschienen: Verbot der Bleiweißverarbeitung im Malergewerbe, herausgegeben vom Verband der Maler /Hamburg, Otto Streine/. Die Angaben über Ursachen und Art der Bleivergiftung verdienen wohl ein bedeutend größeres Interesse als man der Frage bisher zu schenken geneigt war.

Kurze Chronik Die unselige Zersplitterung, die noch immer in un-Versicherungswesen serm herrscht, hat zu den übelsten Mißständen vor allem in Berlin geführt, wo die verschiedenen Krankenkassen mit verschiedenen Beiträgen und Leistungen arbeiten, und die Verrechnung unter einander dadurch ungemein erschwert wird: ganz abgeschen von den Unsicherheiten. denen die Versicherten dadurch ausge-setzt sind. Es sind deshalb Bestrebungen im Gang, vor allem von seiten des Verbands Großberliner Krankenkassen aus, zu einer Vereinheitlichung zu gelangen. Leider stellen sich diesen Bemühungen erschwerende Momente entgegen, ohne Rücksicht auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses Eigenbrötelei in den Vordergrund stellen. Die gründliche gesetzliche Reform erscheint also dringender denn je. - Nachdem bisher in Pommern sämtliche Versuche tariflicher Abmachungen in der Land-wirtschaft gescheitert sind, ist jetzt in Mecklenburg ein Tarifvertrag zwischen dem Landesverband mecklenburgischer Landwirte und dem Zentralverband der Landarbeiter abgeschlossen worden. Er gilt für die gesamte Land-wirtschaft Mecklenburg-Schwerins mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe. Auch neueintretende Arbeiter sind ihm unterworfen. Die tägliche Arbeitszeit ist der Jahreszeit entsprechend verschieden festgesetzt; für die Sommermonate beträgt sie 10 Stunden. Überstunden sind ebenfalls tariflich geregelt. Der Lohn zerfällt in Barlohn und Deputat: Naturalien, Wohnung, Garten usw., wofür die Einzelheiten gleichfalls durch den Tarifvertrag festgelegt sind. Abweichungen von diesem Vertrag sind auch für nichtorganisierte Arbeiter nicht zulässig. In Preußen wurde am 1. Juli dem Minister für Volkswohlfahrt ein Landesgesundheitsrat beigeordnet, dem gutachtende Tätigkeit in allen Fragen der sozialhygienischen Fürsorge zusteht. Außerdem hat er das Recht eigener Vorschläge, um die Arbeit der Medizinalabteilung zu fördern.

Literatur Das Soziologische Institut in Brüssel gibt eine wertvolle Zeitschrift, die Revue de l'Institut de Sociologie, herorterungen, die wissenschaftlich tief schürfen, als auch chronologische Übersichten. Sie sollte in Deutschland nicht übersehen werden.

Staatssozialismus / Edmund Fischer

In Südslawien wurde im Siidslawien: Landeselektri-Auftrag des Ministeriums fizierung von einer aus Sachverständigen bestehenden Kommission ein Ge-setzentwurf ausgearbeitet, der die Versorgung des ganzen Landes mit elektrischer Energie durch den Staat vorsieht. In der Vorlage wird der Regierung die Pflicht des Baus aller einschlägigen Anlagen zur Erzeugung und Fortleitung des elektrischen Stroms nach den Bestimmungen des Gesetzes auferlegt. Der Bau aller solcher Anlagen auf trockenem Boden oder im Wasser bleibt im allgemeinen das Vorrecht des Staats, und zwar soll er zur Befugnis des Bautenministeriums gehören. Den Privaten ist aber das Recht vorbehalten an Plätzen, die der Staat nicht mit elektrischer Energie versorgt, nach Einholung einer gesetzlichen Genehmigung Anlagen zu erbauen. Sollen solche Anlagen ausschließlich dem Eigenbedarf dienen, so ist nur eine ministerielle technische Zustimmung erforderlich. Für die Erbauung und den Betrieb elektrischer Anlagen ist der Staat berechtigt Immobilien zu enteignen oder Eigentums- und Ausnutzungsrechte autonomer Verwaltungen oder Privater, alles gegen entsprechende Entschädigung, in Anspruch zu nehmen. Wo zu diesem Zweck durch den Staat oder durch Private Immobilien oder Rechte anderer beansprucht werden, ist der Unternehmer verpflichtet die Betreffenden an der Gründung und Ausnutzung der Anlage, und zwar im Verhältnis des festgesetzten Anteilswerts, zu beteiligen. Für ausschließlich dem Alleingebrauch Privater dienende Anlagen besteht kein Recht des Eingriffs in die Rechte anderer. Der Staat ist befugt, wenn nötig, autonome oder private elektrische Anlagen gegen Entschädigung zu übernehmen, sofern sie nicht allein zum Selbstgebrauch dienen. Der Minister hat auf Grund des Gesetzes durch Verordnung vorzuschreiben, wie das Bautenministerium, dem die Ausarbeitung des Generalplans zur staatlichen Landeselektrifizierung und Sorge für seine Verwirklichung zufällt, diesen Plan technisch und wirtschaftlich auszusühren hat. Für die örtlichen Leitungsnetze (unter Nieder- oder Mittelspannung) hat die Gemeindeverwaltung des Orts aufzukommen: der Betrieb aller staatlichen bestehenden oder noch zu erbauenden Anlagen ist Sache der Staatsregierung, und zwar des Ministeriums für Handel und Industrie, entsprechend der

Verordnung des Ministers, Der Lokalverschleiß (Großverkauf) der elektrischen Arbeit ist Pflicht der Ortsgemeinde, kann aber auch einem Privaten übertragen werden, falls dieser günstigere Angebote macht, das heißt Verkaufsverpflichtungen auf günstigere Strom-mengen abgibt. Als oberste Beratungs-instanz für bau- und betriebstechnische wird der Elektrotechnische Staatsrat geschaffen, dem der Bautenminister wie der Minister für Handel und Industrie jedes irgend wichtigere Projekt zur Begutachtung einzureichen haben. Bei Meinungsdifferenzen hat der betreffende Minister eine Gegenbegründung an den Rat zu geben. Faßt der Rat zum zweitenmal über eine Angelegenheit mit Zweidrittelmehrheit einen Beschluß, so hat ihn der Minister zwecks Entscheidung dem Ministerrat vorzulegen. Der Elektrotechnische Staatsrat besteht aus 15, alle 3 Jahre auf Vorschlag des Ministers für Handel und Industrie durch königliche Verordnung ernannten Mitgliedern und ebenso vielen Vertretern, und zwar je 1 Mitglied [und Vertreter) als Delegierten der Ministerien für öffentliche Bauten, Handel und Gewerbe, Landwirtschaft, Verkehr, Forstund Bergbau und Volksgesundheit, je 1 Mitglied (und Vertreter) der Kammern für Industrie, Gewerbe, Ackerbau und Arbeiter, ferner der Elektromaschinenabteilung der technischen Hochschulen in Belgrad, Zagreb und Ljubljana und des Ingenieur und Juristenvereins. Unter den Mitgliedern und deren Vertretern müssen mindestens 8 hochschultech. nisch ausgebildet sein, und zwar je 2 als Maschinen-, Elektro- und Wasserbau-ingenieure. Der Rat gibt sich seine Geschäftsordnung selbst, hat sein eigenes Hilfspersonal und fällt dem Budget des Ministeriums für Handel und Industrie zur Last. Er ist befugt den betreffenden Ministern auch eigene Vorschläge zur Landeselektrifizierung zu unterbreiten, die als Gutachten des Rats zu betrachten sind. Er stellt das Appellationsgericht für Angelegenheiten der Landeselektrisizierung in Streitfragen zwischen einem der beteiligten Ministerien und irgendeiner andern Partei dar. Für die Urteile des Rats bildet der Große Staatsrat das Kassationsgericht, Das Bautenministerium ist berechtigt für die Zwecke der Elektrifizierung Staatsschuldscheine Golddinars lautend und mit solchen einzulösen) auszugeben, die das Ministe-rium für Handel und Industrie nach einem im voraus festzustellenden Plan zu

tilgen hat. Als Kontrollorgan für die Verwendung der Einnahmen aus der verkauften elektrischen Kraft wird im Ministerium für Handel und Industrie der Elektrotechnische Finanzausschuß geschaffen, der aus Delegierten jeder Kre-ditorengruppe besteht; die Finanzgruppen eines und des selben Staats, ebenso die interessierten Ministerien entsenden gemeinschaftlich nur je 1 Delegierten. Die Kosten des Ausschusses, der sich ebenfalls selbst verwaltet, trägt das Ministerium für Handel und Industrie. Dem Ausschuß fällt die Verteilung der Einnahmen aus der verkauften elektrischen Arbeit in Höhe aller Vertragsansprüche der Delegierten, an erster Stelle der Delegierten des Auslands zu. Reichen die Einnahmen dazu nicht, so muß das Finanzministerium durch Kredite die nötigen Vorschüsse leisten. Die Forderungen und Beschlüsse des Ausschusses sind nach Genehmigung durch den Elektrotechnischen Staatsrat unverzüglich auszuführen, eventuell hat der Ministerrat zu entscheiden. Bei Vorschlägen zur Änderung dieses Gesetzes haben der Bautenminister oder der Mi. nister für Handel und Industrie der gesetzgebenden Körperschaft vorher das Gutachten des Elektrotechnischen Staatsrats über die betreffende Angelegenheit einzureichen.

Die Vorlage soll im Herbst dem neugewählten Parlament unterbreitet und dürfte mit unwesentlichen Änderungen angenommen werden.

Spanien: Eisenbahnver-In der spanischen Kammer hat der Minister der öfstantlichung fentlichen Arbeiten Mitte Mai einen Gesetzentwurf angekündigt, der den Staat zur Übernahme des Eisenbahnbetriebs ermächtigen soll. Solange er den Zeitpunkt hierfür nicht als ge-kommen erachtet (die Entscheidung hierüber bleibt ihm überlassen), soll er mit den bestehenden Gesellschaften eine Betriebsgemeinschaft bilden. Bei der Verstaatlichung soll der Staat alle Aktien erwerben und alle Hypotheken und sonstigen Schulden übernehmen. Die Aktien der Eisenbahngesellschaften sollen mit dem Durchschnittswert der letzten 10 Jahre berechnet werden. Die Tarife sollen unter Mitwirkung eines Beirats von Staat und Gesellschaften bei der Betriebsgemeinschaft so festgesetzt werden, daß die Betriebskosten gedeckt werden; doch soll der Staat auch berechtigt sein niedrigere Tarife einzuführen, nur muß er dann den Fehlbetrag der Eisenbahngesellschaften decken. Die Eisenbahngesellschaften sollen anscheinend auch dann noch den Betrieb weiterführen, wenn sie selber bereits als verstaatlicht gelten. Die Reineinnahmen werden zwischen Staat und Gesellschaften geteilt. Die Angestellten werden an den Betriebsüberschüssen beteiligt. Alle Betriebsmittel sollen in Spanien beschafft werden.

Kurze Chronik Um einheitliche Bezeichnungen bei den Reichs-

eisenbahnen zu reichen, hat der Reichsverkehrsminister den Zweigstellen des Reichsverkehrsministeriums, den Eisenbahngeneraldirektionen, und den zentralen Amtern mitgeteilt, daß die Fahrzeuge der Reichseisenbahnen künftig die Aufschrift Deutsche Reichsbahn erhalten sollen. Dementsprechend ist auch sonst zur allgemeinen Bezeichnung des gesamten Unternehmens auf Kursbüchern, Fahrplänen und sonstigen Drucksachen sowie auf Frachtbriefstempeln diese Bezeichnung anzuwenden. 🗢 Die Pläne zur Errichtung von Talsperren im obern Nahetal, an denen seit Jahresfrist ein besonderes staatliches Talsperrenbauamt in Kirn arbeitet, haben jetzt greifbare Formen angenommen. Danach soll eine der Sperren unmittelbar oberhalb Enzweiler-Hammerstein als voraussichtlich erster Plan verwirklicht werden. zweiter Plan sieht eine Talsperre im Hahnenbachtal bei Rudolfhaus unmittelbar vor der preußischen Grenze vor. die die größte dieser Anlagen werden soll. Der preußische Staat beabsichtigt an der Fulda 4 neue Wasserkraftwerke zur Ergänzung der Eddertal-sperre zu errichten und zwar bei Guxhagen, Freienhagen, Wahnhausen und Münden. Eine Ausstellung für Wasser- und Energiewirtschaft ist in München eröffnet worden. Sie umfaßt Abteilungen für Wasserstraßen, Wasserkräfte. Wärmewirtschaft, Torfwirtschaft.

Literatur

Das umfangreiche und verdienstliche Werk Heinrich Ströbels Die So.

zialisierung, ihre Wege und Voraussetzungen /Berlin, Firnverlag/könnte auch heißen: Der Siegeszug des reformistischen Gedankens. In seiner Kritik der bisherigen Sozialisierungskonfusion bleibt Ströbel zwar auf halbem Weg stehen, und auf dem zum Sozialismus führenden Weg findet er sich stets nur unsicher und tastend zurecht. Aber er hat jedenfalls nun die Bahn betreten, die in den

Sozialistischen Monatsheften Jahren gewiesen wurde. Es ist nicht ganz zutreffend, wenn er vom »Fehlen eines Sozialisierungsplans« spricht. Der Plan zur Sozialisierung ist lange vor der Revolution dargelegt worden; es wurde jedenfalls gezeigt, wie sich die Sozialisierung vollziehe und vollziehen muß. Aber diejenigen Revolutionäre, nach denen die Sozialisierung erst am Tag nach der Revolution in Angriff genommen werden sollte, deren sozialistische Überzeugung sich, wie Ströbel bekennt, »in eine Art von historischem Fatalismus und ökonomischem Mechanismus« verwandelt hatte, standen nach dem politischen Sieg den wirtschaftlichen Notwendigkeiten allerdings ratlos gegenüber. Die Irrungen und Wirrungen seit der Revolution, die Ströbel eingehend darstellt, der bolschewistische Bluff wie die vielen So-zialisierungsphantasieen in Deutschland und anderwärts, können wesentlich zur Klärung des Problems beitragen. Aber damit und mit dem entschiedenen Wollen allein wird auch nichts erreicht. Man muß auch wissen, was man will. freilich ist aus dem Buch Ströbels noch nicht mit voller Klarheit ersichtlich. Wertvolle exakte Forschungen läßt Ströbel unbeachtet, aber Ballod und Wil-Neurath und Horten zieht er heran. Immerhin ist das Buch ein wertvolles Dokument der fortschreitenden Klärung und verdient gelesen zu werden.

Genossenschaftsbewegung / August Müller

Kapitalismus Das von Franz Oppenheiund Genossenmer so genannte Gesetz schaften der Transformation Genossenschaften, das darin besteht, daß erfolgreiche Genossenschaften sich zu privatkapitalistischen Unternehmungen umwandeln, gilt zwar in der Hauptsache für gewerbliche Produktivgenossenschaften, von seiner Wirkung sind aber auch andere Genossenschaftsarten nicht frei geblieben, insbesondere Kreditgenossenschaften, von denen im Lauf der Jahre eine größere Zahl zu Filialen von Privatbanken umgewandelt wurde. Auch jetzt wieder übt dieses Streben eine gewisse Wirkung aus. Der Drang zum Fusionieren, der die Privatindustrie beherrscht, scheint auch nicht ohne Einfluß auf die Genossenschaften bleiben zu sollen.

Die ostpreußischen Unternehmungen der Firma Hugo Stinnes haben eine große Maschinenein- und -verkaufsgenossenschaft, die für die ostpreußische Landwirtschaft von großer Bedeutung war, in ihren Bann gezogen. Die Generalversammlung der Genossenschaft beschloß ihren Übergang an Stinnes. Der Generalversammlungsbeschluß wurde aber angefochten und von dem zuständigen Gericht aufgehoben. Dieser in der Tagespresse viel erörterte Fall der Umwandlung einer Genossenschaft in ein Privatunternehmen ist also noch nicht entschieden. Es ist möglich, daß das hier in Betracht kommende Unternehmen schließlich doch noch seinen genossenschaftlichen Charakter wahrt.

Ein anderer merkwürdiger Fall hat sich in Berlin abgespielt. Vor einiger Zeit ist, wie hier in der Rundschau Gewerkschaftsbewegung, 1921 I, Seite 245, berichtet wurde, ein Bankunternehmen entstanden, der Bankverein für deutsche Arbeit, der von den christlichen Gewerkschaften zusammen mit dem Reichsverband deutscher Konsumvereine ins Leben gerufen wurde. Es handelt sich hier um ein Bankunternehmen von Gewerkschaften und Genossenschaften christlicher Färbung, das sich der Form der Aktiengesellschaft bedient. Diese Vereinsbank wollte sich nun die alte und angesehene Genossenschaft des Stralauer Stadtviertels angliedern und die Verhandlungen waren, soweit die Verwaltungsorgane der Genossenschaftsbank in Betracht kommen, bereits zu einem Abschluß gelangt. Die Übernahmebedingungen waren nicht ungünstig. Die Vorstandsmitglieder der Genossenschaftsbank waren durch Einräumungen langfristiger Verträge für den Plan günstig gestimmt worden. Die Generalversammlung der Genossenschaft lehnte aber mit überwältigender Mehrheit ihre Umwandlung in eine Filiale der Vereinsbank für deutsche Arbeit ab. Das ist erfreulich. Denn wenn auch das Unternehmen der christlichen Gewerkschaften und Konsumvereine mit einem andern Maßstab gemessen werden muß als eine reine Privatbank, so ist doch nicht zu verkennen, daß zwischen der Stralauer Genossenschaft und der Vereinsbank für deutsche Arbeit nicht die Gemeinsamkeit der Anschauungen in wirtschaftlicher und sozialer Art zu vermuten ist, die den Zu-sammenschluß aus allgemeinen Gründen rechtfertigen könnte. Es scheinen also doch in der Hauptsache rein geschäftliche Erwägungen gewesen zu sein, die in beiden Lagern für den Versuch einer Umwandlung der selbständigen Genos-senschaft in eine Filiale der Vereinsbank verantwortlich gemacht werden müssen.

Und da ist es schon richtiger, wenn die Vereinsbank ihr Unternehmen aus eigener Kraft weiter ausbreitet, als daß sie Kreditgenossenschaften ihrer Selbständigkeit beraubt. Man kann daher den Blättern für Genossenschaftswesen zustimmen, wenn sie den Befürwortern der Verschmelzung bei der Stralauer Genossenschaft den Vorwurf genossenschaftlicher Untreue machen.

Im übrigen scheinen derartige Fusionsneigungen bei den Kreditgenossenschaften auch noch an anderen Orten vorhanden zu sein. Denn die Blätter für
Genossenschaftswesen halten es für notwendig am 21. Mai einen sehr begründeten und wirkungsvollen Appell an die
Kreditgenossenschaften zu richten, der
diesen Tendenzen entgegenwirken will.
Im Interesse des Genossenschaftswesens
ist zu wünschen, daß ihm der Erfolg
nicht versagt bleibt.

Tagungen Wie stets so hielten auch in diesem Jahr die briti-

schen Genossenschafter zu Pfingsten ihre Jahrestagung ab; diesmal in Scarborough. Die Tagung war von Kampfesstimmung gegen Lloyd George erfüllt, den man beschuldigte der Lloyd »verschlagene Anwalt der Privilegierten« zu sein. Die Eröffnungsrede des Präsidenten proklamierte neben dem Kampf gegen den Premierminister den um die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft, die aber nur auf dem Weg der Entwickelung herbeigeführt werden könne. Vorgänge in Irland wurden zum Gegenstand einer Resolution gemacht, die sich gegen die Politik der britischen Regierung wandte und Ersatz der Schäden forderte, die den irischen Genossenschaften durch Maßnahmen der englischen Regierung zugefügt worden sind. Eine andere Resolution verlangte die Auf-rechterhaltung des Freihandelssystems. Die Hauptfrage, die den Kongreß beschäftigte, war die Verbindung mit der Labour Party. Die Genossenschaftsleitung hatte eine Resolution vorgelegt, die den Abschluß einer Allianz zwischen Arbeiterpartei und Genossenschaftsbewegung aussprach und den Kongreß verpflichten wollte alles aufzubieten, um die wirtschaftlichen und politischen Ziele der organisierten englischen Arbeiter zu erreichen. Nach sehr heftiger Aussprache wurde sie aber mit 1686 gegen 1682 Stimmen abgelehnt. Ferner wurde mit 754 Stimmen Mehrheit ein Antrag verworfen, der den Genossenschaften die Einrichtung einer direkten parlamentarischen Vertretung empfahl. Der Beschluß des Kongresses zu diesem Punkt zeigte klar, daß die britischen Genossenschafter im Begriff sind die Praxis der unbedingten politischen Neutralität aufzugeben. Es ist das aber vielleicht mehr ein Kennzeichen für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die soziale Gärung, die Großbritannien erfüllt, als für eine grundsätzliche Wandlung in den genossenschaftlichen Überzeugungen.

In Lyon fand am 6. und 7. Mai der 8. französische Genossenschaftskongreß statt. 385 Delegierte vertraten 2198 Genossenschaften. Aus dem Ausland hatten sich Vertreter aus der Schweiz. England, Belgien, Rußland und Tsche-chien eingefunden. Neben der Berichterstattung über die geschäftlichen Ergebnisse der französischen Genossenschaftsbewegung, über die dem Berichterstatter noch kein abschließendes Material vorliegt, waren es insbesondere die Bestrebungen der Kommunisten, die auch in Frankreich die Genossenschaftsbewegung für ihre Parteizwecke zu gebrauchen versuchen, die die Debatte beherrschten. Mit 58 gegen 3786 Stimmen lehnte der Kongreß es aber ab den kommunistischen Lockrufen zu folgen. Ein Vorschlag besondere Kreditkassen innerhalb der Konsumvereinsbewegung, aber ohne deren materielle Beteiligung, zu errichten soll weiter geprüft und später entschieden werden.

Vom 21. bis zum 23. Juni hat der Genessenschaftstag der tschechischen Genossenschaften in Prag stattgefunden, Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Umsatz 984 Millionen Kronen betrug, bei 574 000 Mitgliedern der Genossenschaften, gegenüber 66 Millionen Kronen und 108 000 Mitgliedern im Jahr 1918. Der Aufschwung, den diese Zahlen illustrieren, ist also sehr erheblich. In Tschechien haben die Genossenschaften neuerdings eine Allgemeine Genossen-schaftsbank gegründet und eine Volksversicherungsgenossenschaft, von der man hofft, daß sie binnen kurzem zur größten Volksversicherungsanstalt werden wird. tschechische Großeinkaufsgesellschaft hat ihre Eigenproduktion durch Ankauf industrieller Großbetriebe ausgedehnt.

Die 32. ordentliche Delegiertenversammlung der schweizerischen Konsumvereine fand am 18. Juni in Luzern statt. Die Delegiertenversammlung beschäftigte sich mit der Schaffung eines Tarifamts, Verschmelzungsfragen, Ferienheimen, Einfuhrbeschränkungen und Zollerhöhungen, wobei die Verbandsvereine ersucht wurden den Zollerhöhungen entgegenzuwirken. Nach dem Bericht über die Tätigkeit des Verbandes betrug der Umsatz im Jahr 1920 172 Millionen Franken gegenüber 141 Millionen im Vorjahr. Die Zahl der Verbandsvereine hat sich von 476 auf 493 vermehrt. Millionen des Umsatzes entfallen auf Waren, die von der Schweizerischen Großeinkaufsgesellschaft, die mit dem Verband schweizerischer Konsumvereine identisch ist, bezogen worden sind, übrigen läßt der Verbandsbericht die Vielseitigkeit und Unternehmungslust aufs neue erkennen, die die schweizerischen Konsumvereine auszeichnet. Am 8. Juni hielt die Großeinkaufsgesellschaft dänischer Konsumvereine ihre Generalversammlung in Aarhuus ab. Der Umsatz, der 1919 131 Millionen Kronen betrug, ist auf 203 Millionen Kronen im Jahr 1920 gestiegen. Die däni-Großeinkaufsgesellschaft besitzt sche eine größere Anzahl von Eigenproduktivbetrieben, die allerdings, den Verhältnissen entsprechend, nicht immer Großbetriebe nach deutschen Vorstellungen Ihr Eigenkapital beträgt 26 Millionen Kronen, Gebäude und Grundstücke stehen mit 8% Millionen Kronen zu Buch. Die Generalversammlung war zugleich eine Jubiläumstagung. Nestor der dänischen Genossenschaftsbewegung, Severin Jörgensen, hielt einen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag über 50 Jahre Großeinkaufsge-

Kurze Chronik Auf dem deutschen Studententag, der Anfang Juli in Erlangen stattfand, wurde auf die Wirtschaftshilfe der Studentenschaft hingewiesen, die genossenschaftliche Grundsätze benutzt, um durch Selbsthilfe die wirtschaftliche Notlage der Studenten zu mildern. Studen-tenspeisungen, Bücherbezug, Schaffung von Wohngelegenheiten und ähnliches sucht man in genossenschaftlicher Form zu verbilligen. An einer Reihe von Untversitäten sind eingetragene Genossenschaften entstanden, die diesen Zwecken dienen. Es ist beachtenswert, daß politische und nationale Gegensätze, die bedauerlicherweise auf anderen Gebieten die Studentenschaft spalten, auf dem Gebiet der Wirtschaftshilfe nicht hervorgetreten sind. Die sozialdemokratische Partei in Österreich hat die Genehmigung zur Gründung einer Bank mit einem Aktienkapital von 300 Mil-

sellschaftsarbeit.

lionen Kronen nachgesucht. Ihr Zweck ist der Ausbau und die Finanzierung der Arbeiterkonsumvereine. Zum Generaldirektor wurde der frühere Bundeskanzler Karl Renner bestimmt. Vom deutschen Standpunkt aus erscheint an diesem Projekt die enge Verbindung einer politischen Partei mit dem Genossenschaftswesen bedenklich.

Literatur Die in Deutschland erscheinenden genossenschaftlichen Zeitschriften stehen in engem Zusammenhang mit den genossenschaftlichen Verbandsorganisationen. Hier und da ist zwar der Versuch gemacht worden genossenschaftliche Organe außerhalb der Genossenschaftsverbände, von den Organisationen unabhängig, ins Leben zu rufen. Diese Versuche sind aber alle gescheitert. Ihr Ergebnis waren meistens nur ganz kleine Blättchen, die es nie zu Einfluß und Bedeutung bringen konnten. Es mag dahingestellt bleiben, ob eine das gesamte Genossenschaftswesen kritisch behandelnde und über das nötige Sachverständnis verfügende Zeitschrift, die nicht in engem Zusammenhang mit einer Genossenschaftsorganisation steht, gerade ihrer Unabhängigkeit halber von einer gewissen Bedeutung sein könnte. Es bestehen jedoch keine Existenzmöglichkeiten für eine solche Zeitschrift, und man braucht sich daher den Kopf nicht darüber zu zerbrechen, ob ihr Fehlen zu bedauern ist, oder ob man es begrüßen soll. Die wichtigsten Organe der deutschen Genossenschaftsverbände seien nachstehend genannt: 1. Die Blätter für Genossen-schaftswesen sind das Organ des Deutschen Genossenschaftsverbandes, des frühern Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Sie sind die älteste deutsche Publikation für Genossenschaftswesen, erscheinen jetzt im 68. Jahrgang und behandeln der Tradi-tion entsprechend Vorgänge von allgemeiner Bedeutung, die alle Genossenschaftsarten betreffen. Die Zeitschrift, die von Schultze-Delitzsch begründet wurde, war auch schon durch die Zusammensetzung des Allgemeinen Verbandes, der die verschiedensten Genossenschafts. arten umfaßte, genötigt über die Vorgänge im gesamten Genossenschaftslager zu berichten; das Vorwiegen der Kreditgenossenschaften im Allgemeinen Ver-band hat dann aber dazu geführt, daß sie mit der Neigung zur universellen Betrachtung der Genossenschaftsentwicke-

lung die Eigenschaft als Spezialorgan städtische Kreditgenossenschaften vereinigte. So sind die Blätter für Genossenschaftswesen sowohl für die Betrachtung der allgemeinen Entwickelungstendenzen im deutschen Genossenschaftsleben als auch für die Beurteilung der Kreditgenossenschaften unentbehrlich. Auch über die Baugenossenschaften, die noch eines besondern Organs ermangeln, orientiert man sich am besten in ihnen. Ihr Erscheinungsort ist Berlin: sie werden von einem besondern Deutschen Genossenschafts- und Handwerkerverlag herausgegeben. 2. Die Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftspresse ist das Organ des Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Sie erscheint im Verlag des Reichsverbandes in Berlin im 48. Jahrgang, Der Generalverband der deut. schen Raiffeisengenossenschaften läßt gleichfalls in Berlin als Hauptblatt der Raiffeisenorganisation das Landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt erscheinen. Das Organ der Raiffeisenverbände erscheint im 43. Jahrgang. Die beiden Genossenschaftsorgane haben ein gemein sames Arbeitsgebiet: die Betrachtung des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in all seiner Bedeutung und Mannigfaltigkeit. Sehr erhebliche Unterschiede zwischen beiden Organen sind nicht vorhanden. Daß die Beurteilung einzelner Fragen vom Organisationsstandpunkt aus erfolgt, ist selbstver-ständlich. 3. Das Hauptorgan der Konsumgenossenschaften ist die im 18. Jahrgang erscheinende Konsumgenossenschaftliche Rundschau, die in Hamburg von der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine als Organ des Zentralver-bands und der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine herausgegeben wird. Der Reichsverband deutscher Kon. sumvereine in Düsseldorf-Reisholz gibt im eigenen Verlag die Konsumgenossen. schaftliche Praxis heraus, die im 10. Jahrgang erscheint. Von beiden Organen ist das in Hamburg erscheinende das nach Umfang und Inhalt bedeutendere, Fragen des Konsumgenossenschaftswesens sind es, die vorwiegend von beiden Organen behandelt werden, wobei ein starkes, wenn auch nicht in jeder Hinsicht erfolgreiches Bemühen erkennbar ist die Konsumvereinsentwickelung der allgemeinen Wirtschaftsentwickelung und als deren Bestandteil darzustellen. 4. Als Spezialorgan für die kaufmännischen Genossenschaften ist die Deutsche Handelsrundschau zu bezeichnen, die als

Organ des Verbandes deutscher kaufmännischer Genossenschaften und der Zentraleinkaufsgenossemschaft des Verbandes im 14. Jahrgang in Berlin im Eigenverlag der Organisation erscheint. Sie beschäftigt sich in erster Linie mit den Fragen des kleinhändlerischen Genossenschaftswesens. Von den vorstehend genannten Verbandsorganen der genossenschaftlichen Zentralverbände erscheinen die Blätter für Genossenschaftsdie Konsumgenossenschaftliche Rundschau und die Deutsche Handelsrundschau wöchentlich, die beiden Organe für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen und die Konsumgenossenschaftliche Praxis erscheinen 2mal im Monat.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Ernst Lau

Ather

Wer ein wenig in der neuern physikalischen Literatur zu Hause ist, wird zunächst über ein Thema wie Äther und Uräther verwundert sein. Neuerdings hat Philipp Lenard einen außerordentlich wichtigen Aufsatz dieses Titels im Jahrbuch für Radioaktivität und Elektronik veröffentlicht. Er beschwört da eine große Hypothesendämmerung herauf. Seine Polemik gegen die Einsteinsche Relativitätstheorie sei hier jetzt beiseite gelassen. Versuchen wir einen historischen Über-

blick zu gewinnen.

Noch vor 100 Jahren glaubten viele Physiker an die Theorie der Emission des Lichts; das Licht war ihnen eine korpuskulare Strahlung, ähnlich wie wir sie heute etwa bei Kathodenstrahlen anneh. men. Weitere Fortschritte machten diese Annahme unmöglich; das Licht wurde als Ätherwellenerscheinung betrachtet. Die Transversalität der Ätherwellen ließ den Gedanken aufkommen, daß der Äther in Vergleich mit elastischen festen Körpern zu stellen sei, bis durch die Entdeckung der Faraday-Maxwell-Hertz der elektromagnetische Charakter der Lichtwellen klar wurde. Damit ist eine große Entwickelungsreihe abgeschlossen. Dann geriet man zunächst ins Stocken. Es gelang nicht sich irgendwelche genauen Vorstellungen über das Wesen des Athers zu bilden. Die beiden Bjerkues versuchten vergeblich den Äther als kontinuierlich den Raum erfüllenden Stoff darzustellen. doch »es gelingt nicht die Maxwellschen Gleichungen als Bewegungserscheinungen eines kontinuierlich verbreiteten Stoffes darzustellen«. Ferner gelang es nicht

Bewegungen der Erde gegen den Äther nachzuweisen; Michelson, Röntgen, Lodge haben hierüber wesentlich negativ verlaufende Versuche unternommen. Man wurde durch diese Ergebnisse vor Probleme gestellt, die man mit den damaligen Mitteln nicht recht lösen konnte, Michelson versuchte die Deutung, daß der Äther von der Erde mitgenommen würde, Es wurde zur Erklärung die Lorentzsche Kontraktionshypothese geschaffen. diese Versuche hinterließen den Eindruck der Willkür, des Mangels an einer aus-reichenden Erfahrungsgrundlage. Die Folgerungen sind von ungeheurer Tragweite, aber die Versuche, auf die sie sich stützen, sind dabei im wesentlichen ohneErgebnis geblieben. Es schien an den Fragestellungen etwas falsch zu sein. Einstein kam darauf den ganzen Äther für eine überflüssige Hypothese zu erklären. Es galt dabei eine Relativitätstheorie aufzustellen, bei der alle Bewegungen nur als relative aufgefaßt wurden, die Lichtgeschwindigkeit aber an der allgemeinen Relativität nicht partizipierte; sie mußte auf allen bewegten Systemen als gleich gemessen werden, das entsprach der Erfahrung. Das große, hierauf aufgebaute Lehrgebäude mit seinen Folgerungen über Raum und Zeit steht zurzeit im Mittelpunkt des Interesses.

Inzwischen ging die Forschung ihren Gang. Ein wichtiges neues Moment, das durch die neueren Erfahrungen in die Diskussion geworfen wurde, war die Erkenntnis von der quantenhaften Struktur der Energie. Dieser Gedanke, der Planck vor den von Lummer gemessenen Strahlungsverteilungskurven zum erstenmal aufdämmerte, hat etwas ungemein Revolutionäres. Gerade bei der Lektüre des Lenardschen Aufsatzes wird das deutlich. Lenard bringt eine ausgeführte Synthese der alten, längst verlassenen Emissionstheorie und der Undulationstheorie zustande. »Das Lichtquant selbst«, so schreibt Lenard. »der kohärente Ätherwellenzug von bestimmtem Energiegehalt, besteht in unserer Vorstellung aus so vielen von einander gleich abstehenden elektrischen und zugehörigen magnetischen Kraftlinienringen, als halbe Wellen in ihm vorhanden sind, wobei je 2 benachbarte Kraftlinienringe von entgegengesetzter Richtung sind. Das ganze so beschriebene Gebilde, das Lichtquant, trägt seinen eigenen Äther mit sich, während es mit Lichtgeschwindigkeit läuft.« Dieser Äther läuft nun nach Lenard durch den Uräther. Jeder Körper ist von einer Wolke von von ihm selbst ausgehendem

Äther umgeben; diese Wolke hat die Eigengeschwindigkeit des betreffenden Körpers im Gegensatz zu dem Uräther, der sich an den Bewegungen der Körper nicht beteiligt und sich erst in großer Entfernung befindet. Es ist ersichtlich, daß durch solche Überlegungen die Geschehnisse auf den einzelnen Gestirnen eine relative Selbständigkeit erlangen, so daß es zum Beispiel unmöglich wäre mit Lichtwellen, die auf der Erdoberfläche entstehen, die Bewegung der Erde gegen den Äther zu beurteilen usw.

Die Ausführungen Lenards erstrecken sich nicht nur auf die Entwickelung dieser Äthertheorie sondern geben einen kurzen historischen Überblick über die Entwickelung, eine ausführliche Diskussion des Michelsonschen Versuchs und verwandter Versuche. Besonders bemerkenswert ist auch die Bestätigung der Lenardschen Anschauungen durch den Sagnacschen Versuch, der im allgemeinen ähnlich wie der Michelsonsche ein positives Resultat ergab. Damit noch nicht genug, bekommen wir von dem Boden dieser Anschauungen aus eine neue Deutung des Lichtdrucks, des Brechungsexponenten und anderes mehr.

Welche Aufnahme dieser Gedankengang im Kreis der Physiker finden wird, ist noch nicht zu übersehen. Eins aber scheint gewiß: Wir haben hier ein Symptom einer bestimmten geistigen Situation in der Physik vor uns. Es könnte noch eine Reihe physikalischer Aufsätze des letzten Jahrs aufgezählt werden, die sich mit neuem Mut an die großen Probleme der Ätherphysik wagen, Lenards Versuch ist der interessanteste. Es fehlt jedoch eine eingehende Darlegung des Verhältnisses zwischen Äther und Atomen.

Astronomische Der Jahresbericht der Mount Forschung Wilson-Sternwarte gibt uns einen Einblick in die günstigen Verhältnisse, unter denen die amerikanischen Astronomen jetzt arbeiten. Das Personal dieser Sternwarte ist sehr groß. Auf 20 Wissenschafter kommen 15 Hilfsrechner und etwa 30 Mechaniker sowie anderes Hilfspersonal. Es gibt in Europa wohl keine Sternwarte, die damit konkurrieren kann. Die Zahl der dort Beschäftigten ist so groß, daß damit ein großer Teil der deutschen Sternwarten besetzt werden könnte. Auch die instrumentellen Hilfsmittel sind immens; jedoch dürften im Bau befindliche Anlagen in Europa und auch in Deutschland ähnlich leistungsfähig werden. Das Entscheidende an dieser Sternwarte ist vielleicht

ihre günstige Lage; die Witterung gestattet etwa 300 Beobachtungstage im Jahr, in Deutschland meist nur ein Drittel oder ein Viertel davon.

Die wichtigsten Arbeiten sind wohl die astrophysikalischen Untersuchungen an der Sonne. Die Sonnenflecken wurden ihre magnetischen Eigenschaften untersucht, die Umdrehungszeit Sonne um ihre eigene Achse wurde auf 31,52 Tage bestimmt; ferner ist ein großer Atlas des Sonnenspektrums in Arbeit. Das Sonnenspektrum ist dabei auf eine Strecke von 27 Meter ausgebreitet. Mit ähnlichen Mitteln ist auch der Einsteineffekt am Sonnenspektrum untersucht worden. St. John und Babcock haben ihn nicht gefunden. Ihre Messungen sind nach dem Urteil der Fachgelehrten auf diesem Gebiet sehr zu beachten. Man darf gespannt sein, wie die neuen Messungen in dem Einsteinobservatorium zu Potsdam ausfallen werden. Die Franzosen Pérot und Fahry sollen neuerdings ein positives, den Einsteineffekt bestätigendes Resultat bei ihren Untersuchungen gehabt haben.

Interessant ist eine Untersuchung von Seares, der nach neuen statistischen Methoden die Helligkeit des gesamten Milchstraßensystems, gesehen von einem Punkt des Systems aus, festgestellt hat. Sie beträgt, wie er fand, nur den hundertsten Teil der Helligkeit der bekanntesten Sternnebel.

Von Bedeutung für die Astronomie ist eine Untersuchung des Engländers F. E. Ross über Bildkontraktionen und Verzerrungen auf photographischen Platten. Bekanntlich arbeiten die Astronomen und Spektroskopiker heute ungeheuer viel mit der photographischen Platte. Die meisten Messungen worden erst an der photographischen Platte gemacht. Ross weist darauf hin, daß stark belichtete Stellen auf andere weniger belichtete in dem Sinn wirken, daß sie an die stark belichtete Stelle heranrücken. Diese Erscheinung muß leider auch die Sternaufnahmen zur Bestätigung des Einsteineffekts bei den bekannten Sonnenfin-sternisbeobachtungen störend beeinflußt haben. Man wird demnach annehmen müssen, daß auch über diesen Essekt noch kein abschließendes Urteil zu fällen Auch eigene Untersuchungen des Verfassers dieser Rundschau deuten darauf hin, daß die Fehlerquellen der photographischen Platte sehr groß sind. Ehe man dazu übergeht die Optik zu verbessern, dürfte es notwendig sein die Aufmerksamkeit der photographischen

Platte zuzuwenden und deren Fehler zu beseitigen. Am einfachsten scheint es zu sein die Aufnahmen recht groß zu machen. Damit fällt eine große Zahl von Schwierigkeiten fort.

Gemeinver-In 6. Auflage erschien das ständliche Büchlein Otto Hartmanns Schriften Astronomische Erdkunde /Leipzig, Teubner/. In gedrängter Form wird hier ein Überblick über die wichtigsten Grundbegriffe der Astronomie und die Methoden der Beobachtung gegeben. Für jeden, der eine Einführung in dieses reizvolle Gebiet braucht, wird es in seiner klaren Darstellungsweise viel Gewinn bringen. Besonders zu erwähnen ist, daß in dem Text eine große Anzahl von Übungsaufgaben eingestreut ist. Von A. Ehringhaus erschien in der Sammlung Aus Natur und Geisteswelt ein Büchlein über das Mikroskop, seine

Büchlein über das Mikroskop, seine wissenschaftlichen Grundlagen und seine Anwendung. Es »verfolgt den Zweck in leichtfaßlicher Weise, dabei aber auf wissenschaftlicher Grundlage in Theorie und Praxis des Mikroskops einzuführen«. Der reichhaltige und gedrängte Inhalt bietet jedem, der ernsthaft in die Materie eindringen will, willkommene Hilfe.

Kurze Chronik Die Physik hat mehr und mehr praktische Bedeutung gewonnen; es hat sich heute um sie in ähnlicher Weise eine Technik kristallisiert wie bereits früher um die Chemie. Infolgedessen ist man bestrebt technische Physiker auszubilden. Die dazu notwendigen Vorbereitungen sind im Gang, Amerikanische Gesellschaften haben Frankreich 1 Gramm Radium als Ehrengeschenk überreicht. Es ist Marie Curie, die eigens zu diesem Zweck nach New York reiste, in besonders kostbarer Packung übergeben worden. 🗢 Der ordentliche Professor der Physik an der Universität Greifswald Adolf Bestelmever legte sein Lehramt nieder, um in den Vorstand der Aktiengesellschaft Hartmann & Braun in Frankfurt am Main einzutreten. Über ähnliche Fälle ist hier schon in der Rundschau Hygiene (in diesem Band, Seite 629) berichtet worden. Die außerordentliche Professur für theoretische Physik an der Technischen Hochschule in Stuttgart ist dem Privatdozenten Paul Ewald von der Universität München übertragen worden. 🗢 An der Berliner Universität habilitierte sich Karl Hettner; seine Antrittsvorlesung gab einen Überblick über die Grundlagen der Relativitätstheorie. Literatur Ein außerordentlich verdienstvolles Unternehmen ist die von Hugo Stintzing Herausgabe einer deutschen besorete Übersetzung der Abhandlungen Atombau aus den Jahren 1913 bis 1916 von Niels Bohr /Braunschweig, Vieweg/. Auf die Bedeutung des Bohrschen Atommodells für die heutige Physik ist in dieser Rundschau (1921 I, Seite 568 f.) hingewiesen worden. Wenn man auch annehmen muß, daß damit die Entwickelung dieses Gebiets keineswegs abgeschlossen ist, so wird doch niemand die große Fruchtbarkeit der Bohrschen Gedankenreihen leugnen. Es ist nun von höchstem Interesse die weiteren Fortschritte auf diesem Gebiet, zum Teil in Wechselwirkung mit Arbeiten von Arnold Sommerfeld, zu sehen. Ein Geleitwort kennzeichnet den heutigen Stand-

KUNST

Bildende Kunst / Ludwig Hilberseimer

punkt des Verfassers.

Indien Eine der Früchte des das Jahrhundert so lastenden Historizismus ist die Erkenntnis der Gleichwertigkeit der verschiedenen Kulturen. Alle sind sie das selbe: Auswirkungen des Metaphysischen. Ihre Unterschiede sind bedingt durch Rasse, Geistesrichtung und Temperament. Einseitige Betonung Wertschätzung der griechisch-römischen Kultur ist Ursache der Unkenntnis der Schöpfungen des Mittelalters und vor allem der nichteuropäischen Völker. Goethe verstand es in die Gedankenwelt Indiens einzudringen. Trotzdem lehnte er die indische Plastik als verzerrtgrotesk ab. Heute aber hat man erkannt, »daß den tiefsten Spekulationen der indischen Philosophie, den erhabensten Gedanken der buddhistischen Sutras, den gewaltigsten Teilen der großen Epen und Puranas, den zartesten und glühendsten Stellen aus den Dramen Kalidasa und Kunstgedichten eines Werke der bildenden Kunst von gleientsprechen«. chem Ewigkeitswert William Cohn versucht auf hervorragende Weise und mit seltener Sachkenntnis in dem 2., Indische Plastik betitelten Band der von ihm herausgegebenen Sammlung Die Kunst des Ostens, in die Formenwelt dieses märchenhaften Landes einzuführen, und er unterstützt seine Ausführungen durch zahlreiche Abbildungen. Die indische Kunst ist, wie alle große

Kunst, durchaus Baukunst. Aber sie durchbricht dauernd das Tektonische, überwuchert es mit plastischen Bizarrerieen, macht aus dem architektonischen Gebilde ein plastisches. Denn der Inder ist vor allem Plastiker, architektonische Bindung ist ihm fremd. »Freies, hemmungsloses Ausdrucksstreben bedeutet ihm alles.« Seine skulpturalen Bildungen sind atemlos leidenschaftlich, stürmisch bewegt. »Die Gebundenheit Wischnu- und Buddhadarstellungen darf nicht als tektonisch aufgefaßt werden, sie soll der Ausdruck höchster Erhabenheit sein oder jener gewaltigen götter-stürzenden Willenskraft, die man in Indien Yoga nennt, die Haltung schärf-ster geistiger Anspannung und Sammlung.«

Alle indischen Gestaltungen haben irgendeinen Bezug auf die Religion. Das Volk tut keinen Schritt in seinem »Erdendasein ohne Aufblick zur Gottheit und ohne religiöse Vorbereitung«. Auch Gestaltungen, die uns nur weltlich er-scheinen, haben einen Bezug zum Religiösen. »Es gehört zur Eigentümlichkeit indischer Plastik und Malerei, daß in ihnen nicht nur höchste Geistigkeit und Göt**ne**chkeit, sondern auch glühendste Sinnlichkeit und erdhaftes Menschentum zu Worte kommen.« Selbst die krassesten sexuellen Darstellungen sind ihnen nie anstößig, denn der Inder hat nicht, wie der europäische Mensch, Einheit und Totalität des Lebens verloren. »Und wie dem indischen Menschen Geistigkeit und Sinnlichkeit keine Gegensätze bedeuten, so vermag er auch keine scharfen Grenzlinien zwischen der Welt der Wirklichkeit und der Phantasie zu ziehen.« Was uns überaus phantastisch erscheint, ist für ihn unbezweifelte Wirklichkeit. In jede irdische Szene reicht das Übernatürliche unmittelbar hinein. Wie alles künstlerische Ringen gilt auch das Indische dem Ziel »den überirdischen, unbekannten, gewaltigen Kräften, die in Welt und Menschheit verborgen schlummern, anschauliche Formen zu verleihen«. Der Westen begnügte sich bei seinen Gottdarstellungen mit idealisierten Menschen. Anders der Inder. »Die Wesen aller Arten und Gattungen werden zu neuen Geschöpfen umgebildet.« Eine unerschöpfliche Phantasie erfindet neue Gestaltungen, mit vervielfachten Köpfen, Armen und Beinen: zur Heraushebung über das Menschliche, um das Wesen des »Göttlichen und Allmächtigen zum packendsten Ausdruck« zu bringen.

Aber auch in die indische Kunst drang zersetzendesWirklichkeitsbestreben. Auch Indien entrann nicht dem "weltallge-meinen Kunstschicksal . . . die Wirklichkeit schließlich als Norm anerkennen zu müssen«.

Eingehend behandelt William Cohn die Entwickelung der Kunst Indiens von den ältesten Denkmälern der Asokazeit bis 232 vor Christus/ bis zu ihrer letzten Periode, »der Zeit, wo Madura nach Er. oberung von Vijayanagar /1565' durch die Araber die wichtigste Stadt Sudindiens ware. Daneben wird in gedrängter Übersicht die Kunst der indischen Kolonialländer, Kolonialländer, Ceylon, Kaschmir. Nepal, Burma, Champa. Kambodscha. Kaschmir, Siam und Java, behandelt

Im Gegensatz zu William Cohn, der eine allgemeine Übersicht über die gewaltige indische Kunst gibt, behandelt Kar. With in seinem Werk über Java /Hagen. Folkwangverlag/ eines ihrer Sondergebiete: die brahmanische, buddhistische und eigenlebige Architektur und Plastik auf Java. Auch dieses Buch ist mit vielen instruktiven Abbildungen versehen. Es gehört als 1. Band eine: Schriftenserie Geist. Kunst und Leben Asiens an, die in Verbindung mit dem Institut für indische Forschung in Hagen von Karl With herausgegeben wird. With versucht »dem riesenhaften Koloß der indischen Kunst von einer peripherischen Stelle aus näherzukommen, die großen Hauptprobleme innerhalb eines begrenzten, doch abgeschlossenen Teils zu erfassen«. Von dem Sondergebiet Java ausgehend kommt er zu einer ein. dringlichen Darstellung der Antriebs-kräfte der gesamten indischen Welt, in der im Teil das Ganze enthalten ist wie im Ganzen der Teil. Weitläufig bringt er die philosophischen Grundlagen und die Mythologie zur Darstellung, deren Ideen und Vorstellungen die Kunstwerke manisestieren. Er behandelt die Form-probleme der Architektur und Plastik und kommt zu dem Schluß, »daß der Typus des Entwickelungsablaufs der javanischen Kunst nicht ein allgemeingesetzlicher ist wie in der ägyptischen. indischen und chinesischen Kunst, auch nicht ein sekundärer wie in der griechtschen, frühchristlichen, mittelalterlichwesteuropäischen und japanischen, sondern ein, sagen wir: lokalbedingter, unter Wechsel der rassenmäßigen Träger. Die javanische Kunst ist eine Grenzerscheinung . . . im Anfang indische Ko-

lonialkunst auf javanischem Boden, am Ende malaiisch-javanische Volkskunst auf indischem Boden . . . Und so ist es zu verstehen, daß das Entwickelungsgesetz der künstlerischen Gestaltung auf Java in umgekehrter Reihenfolge erscheint als etwa in Griechenland oder in China; hier steht das vollplastische, freimodellierte, universalempfundene beobachtungsmäßig entwickelte Gottbild am Anfang, und das blockhafte, analytisch zerlegte, isoliert empfundene und vorstellungsmäßig erfundene Götter- und Geistersymbol am Ende der Entwickelung.«

Berliner Ausstellungen Keine Endbetrachtungen« nennt Rudolf Bauer

seine im Sturm zu einer Ausstellung vereinigten Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen. Er will mit Farben so arbeiten wie ein Musiker mit Tönen, er will Musikalität der Farb-klänge verwirklichen wie sein Vorbild Kandinskij. Doch tragen seine Bilder Grunde akademischen Charakter. Gleichzeitig stellte Wjera Biller Sturm aus. Sie ist Infantilistin. Mit Bewußtsein möchte sie die Naivevon Kinderzeichnungen erreichen, Elementen kindlicher Phantasie gestalten. Mit dieser gemachten Kindlichkeit muß es aber endlich ein Ende nehmen. Was soll uns die bewußte Unbewußtheit, der rationalistische Anti-rationalismus? Einige Zeichnungen von Iwan Puni im gleichen Raum waren von intensivster Bewegtheit und planvoller Konstruktivität, einige kubi-stische Bilder von Louis Marcoussis von raffinierter Primitivität. Jacoba van Heemskerck war dort ein Bild aus farbiger Phantasiewelt. Eine gemeinsame Ausstellung veranstalteten Karl Schmidt-Rottluff, E. L. Kirchner, Erich Heckel und Max Pechstein bei Gurlitt. Alle gehörten sie einst der Vereinigung Brücke an, einer der Hauptinitiatoren des deutschen Expressionismus. diese Künstler sind heute mehr oder weniger in den Zustand der Stagnation geraten; als hätten sie sich in ihren Frühwerken ausgegeben. Frappanter und trotz dem Schwarz-Weiß auch farbiger wirken die Holzschnitte der genannten Künstler, die gleichzeitig in der Galerie Möller zu sehen waren. Der Holzschnitt ist ihre eigentliche Stärke. Er entsprach am meisten ihrem primitiven Empfinden. Seine technischen Beschränkungen wurden ihnen, wie sich Kirchner ausdrückt, zu Helfern, nicht zu Hemmungen.

Kurze Chronik Die jetzt vielfach vorgenommene Besteuerung von Kunstwerken bringt gewöhnlich nur dem Künstler Nachteil; denn Käufer und Kunsthändler bringen ihm die so entstehenden Kosten in Abzug. Der wirtschaftlich schwer ringende Künstler ist aber ein ungeeignetes Steuerobiekt. Daher ist es erfreulich, daß man den Mut zu einem neuen Lösungsversuch dieses wichtigen Problems gefunden hat. Nach einer Verordnung des deutschen Finanzministers werden in weitem Umfang Verkäufe von Originalwerken lebender oder innerhalb der letzten 5 Jahre verstorbener deutscher Künstler von einer Besteuerung befreit, wenn sie in Ausstellungen stattfinden; und zwar nicht bloß in Ausstellungen von Künstlerverbänden, wie nach dem alten Umsatzsteuergesetz, sondern auch in Ausstellungen von Behörden, Kunstund Museumsvereinen, ja sogar in Ausstellungen bei Kunsthändlern. Das Pradomuseum in Madrid ist um einen Greco bereichert worden: ein Geschenk Cesar Cabanas. Es handelt sich um ein Werk aus der Spätzeit des Künstlers. Der Gegenstand der Darstellung ist der Evangelist Johannes: die Halbfigur eines Jünglings in grünem Gewand mit rotem Mantel, die rechte Hand hält einen Kelch. In Wiesbaden wurde eine französische Kunstausstellung eröffnet, die hervorragendes Interesse bietet; können wir doch gerade jetzt gar nicht genug die Kunst unseres Nachbarlandes und ihre Neu- und Umgestaltungen studieren Die deutschen Zeitungen, die über jede Gleichgültigkeit berichten, glaubten diese Veranstaltung ignorieren zu sollen. Daß dieser kindliche Boykott niemanden schädigt außer uns selbst, kam ihnen anscheinend nicht zum Bewußtsein. Die Galerie Heinemann in München veranstaltete eine Ausstellung Münchener Malerei unter König Ludwig I., die einen Überblick über die Münchener Kunst dieser Epoche von 1825 bis 1850 bot. 🗢 In der Galerie für moderne Kunst in London wurden Holzschnitte und Radierungen österreichischer Künstler ausgestellt, 🔷 In Madrid wurde eine Ausstellung prähistorischer Kunst veranstaltet, die einen Überblick über alles gewährte, was an Höhlenzeichnungen in der Art der Altamirafunde seit 1879 bekannt geworden ist. 🗢 An die Kasseler Akademie wurde Ewald Dülberg berufen, um die Meister-klasse für Graphik zu übernehmen.

Literatur

Als 1. Band der von Paul Ferdinand Schmidt herausgegebenen Sammlung Künstler der Gegenwart /Dresden, Rudolf Kaemmerer/ erschien Was-Kandinskii silii von Zehder. In einem kurzen, eindrucksvollen Vorwort charakterisiert der Herausgeber Paul Ferdinand Schmidt Kandinskijs Lehre der absoluten Farbe, die nicht ohne Vorläufer ist. Es fügte sich, »daß an einem so hervorragenden Problem deutsche, französische und russische Geistestätigkeit beteiligt war«. An der Hand der im Sturmverlag 1913 veröffentlichten Selbstbiographie (Kandinskijalbum) und der in russischer Sprache 1918 veröffentlichten Monographie, deren Text gleichfalls von Kandinskij herrührt, versucht Zehder ein Bild der Person und Wirksamkeit Kandinskijs zu entwerfen, seine Stellung in der neuen Kunst zu skizzieren und vor allem in das Verständnis seiner Werke, in die absolute Malerei einzuführen. Das 7. der Wasmuthschen Kunsthefte /Berlin, Ernst Wasmuth/ ist den ältesten Christusbildern gewidmet, die einer der besten Kenner dieses Gebiets, Joseph Sauer, ausgewählt und eingeleitet hat. Zur Abbildung gelangen Christusdarstellungen aus dem 2. bis zum 6. Jahrhundert; einer Zeit, die kunsthistorisch überaus interessant ist. Die römische Kunst geht wie die römi-sche Welt zu Ende. Das werdende Christentum ringt nach einem, ihm adäquaten formalen Ausdruck. Der Zeit griechischrömischer Schönlebendigkeit folgt eine Zeit struktiver Symmetrie des figuralen Aufbaus, die etwa in dem abgebildeten Apsidalmosaik von San Vitale in Ravenna ihren vollendeten Ausdruck findet. Abgebildete Fresken der Katakomben, Goldgläser, Mosaiken und Skulpturen zeigen Wandel und Festlegung der Erscheinung Christi in der Vorstellung. Dadurch wird das Heft auch kulturhistorisch bedeutungsvoll. Eine mit zahlreichen Abbildungen versehene kleine Islamik von Hans Much /Hamburg, Friedrichsen/ versucht in die Kunst des westlichen Islams einzuführen. »Die Kunst des Islams ist durch alle Jahrhunderte ihrem Sinn nach die selbe geblieben.« Sie berührte jedoch viele, zum Beispiel die Normannen in Sizilien, die wieder mit den Normannen in Nordfrankreich eng verbunden waren. Wenn wir dies bedenken, haben wir die leinen Fäden in der Hand, die vom Islam zur Gotik ziehen.« (Wie diese richtige Erkenntnis bei Much durch seinen germanischen Nationalismus verdunkelt

wird, ist in dem Artikel Behnes Wem gehört die Gotik?, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 III, Seite 1126 ff., gezeigt worden. Das Verbot Menschen und Tiere abzubilden hat die Kunst des Islams nicht verarmt. Im Gegenteil. Sie hat eine Ornamentkunst ersten Ranges hervorgebracht. »In klarer Linienphantastik oder wunderbarer Farbensymbolik ist das Mittelreich des Traumes gestaltet . Das Ornament mit der Unend-lichkeit der Muster wird Sinnbild der Menschlichkeit. Es wird unpersönlich. überpersönlich, befreit also von der plumpen Herrschaft des Erscheinungsichs, in melodischen überwirklichen Rhythmen, in lieblichen oder erstaunlichen Schwingungen. Hier schwingt zugleich rhythmisch die Harmonie des Gemeinschaftsideals, der Brüderlichkeit: dieser Gemeinschaft, die der Muslim verwirklicht, der Christ aber nur dem Namen nach kennt.«

KULTUR

Kolonisation / Fritz Naphtali

Britisches Im- In London fand Mitte Juli perium: Land- eine Landwirtschaftskoneine Landwirtschaftskonkonferenz ferenz statt, die von der Organisation der landwirtschaftlichen Produzenten des britischen Imperiums einberufen war, und auf der Delegierte zahlreicher Organisationen aus Canada, Australien, Südafrika, Rhodesien, Neuseeland, Neuguinea, Indien, Ostairika. Malayen, Borneo und aus Großbritannien selbst vertreten waren. Die Konferenz, auf der der australische Ministerpräsident Hughes das einleitende Referat hielt, war eine große Kundge-bung für die Idce des sich selbst versorgenden britischen Imperiums und die Entwickelung seiner produktiven Kräfte durch Zusammenarbeit und durch Vorzugszölle für den Warenaustausch in-nerhalb des Imperiums. Hughes wics darauf hin, daß Großbritannien zum Beispiel zwei Drittel seines Weizenverbrauchs von Übersee beziehen müsse. und daß in erster Linie Australien und Canada ihre Produktion so entwickeln können, daß sie diesen Bedarf voll decken. Das britische Imperium gleiche in seiner Wirtschaft heute noch einem Farmer, der es duldet, daß fruchtbarer Boden seines Gebiets, von Unkraut über-wuchert, unbestellt bleibt, während er von seinem Nachbarn kauft, was er an Feldfrüchten gebraucht. Das britische Imperium werde nur weiter blühen, wenn es mit den Eriordernissen der Zeit Schritt halto und seine Produktion so

steigere, daß es sich unabhängig von der andern Welt für Lebensmittel und Rohstoffe selbst versorgen könne.

Die Ziele der Konferenz wurden in der folgenden von Lord Clinton eingebrachten und einstimmig angenommenen Re-

solution zusammengefaßt:

v1. Die Sicherheit des Imperiums hängt von der Fähigkeit ab sich selbst mit allen wichtigen Nährstoffen zu versorgen, die, mit Ausnahme von Fischen, alle auf der Agrikulturkraft beruhen.

2. Die Wohlfahrt des Imperiums hängt davon ab, daß ein größerer Teil der Rohstoffe für die Industrie innerhalb des Imperiums erzeugt wird als bisher. Die meisten Rohstoffe, außer den Mineralien, sind Produkte landwirtschaftlicher Arbeit, so daß man sagen kann, daß Handel und Gewerbe auf landwirtschaftlicher Produktion beruhen. Blühende Landwirtschaft ist daher die Grundlage alles Wohlstands.

3. Alle notwendigen Lebensmittel und fast alle notwendigen Rohstoffe, die im Imperium verbraucht werden, können auch im Imperium erzeugt werden, wenn eine wirksame Organisation und gute Bedingungen für den Austausch ge-

schaffen werden können.

4. England ist gegenwärtig, wegen der größern Dichte und Zahl seiner Bevölkerung und wegen seiner größern Kapitalansammlung, der Hauptpartner in der Familie der Nationen, die das britische Imperium bilden. Seine insulare Lage aber setzt seine wichtige Versorgung Angriffen aus, sei es durch eine feindliche Nation sei es durch fremde Trusts oder sonstige Vereinigungen. Die Sicherung seiner Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen muß deshalb das erste Ziel einer Produktionspolitik des Imperiums sein. Die Organisation der Landwirte des Imperiums erscheint daher als eine Lebensnotwendigkeit.

5. Zu diesem Zweck erscheint die Errichtung einer Zentralaustauschstelle von Informationen wesentlich, um die Produktion im ganzen Imperium in Übereinstimmung mit einander zu bringen. Ohne solche Organisation wird für manche Produkte sich eine Überproduktion ergeben, während es an anderen mangeln wird, was mit schweren Gefahren für die Wohlfahrt der Länder verbunden sein kann. Bessere Kenntnis der Bedürfnisse im Verein mit der Schaffung von freien Assoziationen werden den Produktionsausgleich sichern, ohne Anwendung von Zwang in irgendeiner Form.

6. Wenn es in Zukunft für notwendig gehalten werden sollte irgendeinen Schutz der Produktion, sei es auf den britischen Inseln sei es in einem andern Teil des Imperiums, einzuführen, so soll eine solche Politik auf dem System der Vorzugsbehandlung innerhalb des Imperiums beruhen.«

Die Ideen des britischen Zollschutzes sind hier zu einer planmäßigen Produktionspolitik weitergeführt, die in einer Entfaltung der produktiven Kräfte der Kolonialgebiete gipfelt. Langsam, aber mit Zähigkeit werden diese Grundsätze der Verwirklichung nähergebracht. Je mehr damit die wirtschaftliche Ge-schlossenheit des britischen Imperiums wächst, desto wichtiger wird für die außerhalb seiner und der amerikanischen Sphäre stehenden Völker das Problem Behauptung weltwirtschaftlicher Unabhängigkeit und Mitarbeit an der Kolonisationsarbeit. Großen zusammengefaßten Wirtschaftsimperien gegenüber werden europäische Einzelstaaten sich nicht behaupten können. Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Bündnisfähigkeit werden davon abhängen, daß sich das heute noch zerklüftete konti-nentale Europa zusammenschließt, um neben und in Zusammenarbeit mit dem sich neubildenden russischen Imperium von dessen Westgrenze über das ganze Festland bis zu dem französischen, belgischen und früher deutschen Afrika eine Produktionsgemeinschaft zu errichten, die neben und deshalb auch mit den angelsächsischen Wirtschaftsreichen existieren und arbeiten kann. So weit der Weg auch bei dem gegenwärtigen politischen und Geisteszustand Europas erscheint, so muß doch eine Politik, die nicht gegenüber den weiten Zielen des britischen Imperiums auf selbständige Kolonialarbeit ganz und gar und endgültig verzichten will, immer diese Vor-aussetzungen einer kontinentalen Ar-beitsgemeinschaft zu schaffen suchen.

Baumwolle Die internationale Baumwollkonferenz, die im Juni in Manchester tagte, hat die Deutschen, die früher in erster Linie als Konsumenten, daneben aber auch als Anfänger und Förderer kolonialer Baumwollproduktion (Deutsch Ostafrika) eine Rolle spielten, noch nicht wieder eingeladen. Die unter englisch-amerikanischer Führung stehende Internationale Baumwollföderation hat damit einen Mangel an Verständnis für wirtschaftlichen Internationalismus bewiesen, den

wir bedauern können, der uns aber nicht hindern darf auch den Problemen der Baumwollproduktion unser Interesse weiter zuzuwenden, trotz den gegenwärtig geringen deutschen Betätigungsmöglichkeiten auf diesem Gebiet. Moritz Schanz weist in einem Artikel über den heutigen Stand der Baumwollfrage in der Kolonialen Rundschau darauf hin, daß. vielleicht neben Portugiesisch Afrika, die Gebiete Südamerikas heute die einzigen sind, in denen eine deutsche Betätigung zur Hebung der Baumwollproduktion in Frage kommt. So hofft denn auch eine Reihe deutscher Kolonialgesellschaften im Baumwollanbau dort ein Feld für die Fortsetzung ihrer Tätigkeit zu finden. Brasilien und Peru sind Baumwollausfuhrländer; nördlich vom 30. Breitengrad etwa bieten aber auch alle anderen Staaten Südamerikas die klimatischen und Bodenvorbedingungen für Baumwollbau respektive für seine starke Ausdehnung. Überall freilich bilden die dünne Bevölkerung und vielfach die noch mittelalterliche Transportlage eine bislang ernste Erschwerung, und die Einführung neuer Exportkulturen bedeutet in bisher schlafenden Ländern, kaufmännisch ausgedrückt, einen Wechsel auf lange Frist. Moderne Verkehrsmittel werden sich aber auch hier den Bedürfnissen entsprechend einstellen, und die wichtige Arbeiterfrage könnte ein wesentlich anderes Gesicht bekommen, wenn die Einwanderung aus Japan anhalten und sich noch verstärken sollte. Die Internationale Baumwollföderation hat jetzt eine Expedition nach Brasilien entsandt, um die Produk-tionsfrage zu studieren. Bereits im Jahr 1911 lagen 2 an Deutsche erteilte Konzessionen auf je 100 000 Hektar Baumwolland in den Staaten Rio grande do Norto und Maranhao vor, die aber da-mals weder in Deutschland noch bei der Internationalen Baumwollföderation In-teresse fanden. Wohl möglich, daß nunmehr die Engländer diese verfallenen deutschen Konzessionen aufgreifen und ausnutzen werden. Einen ganz über-raschenden Aufschwung in Menge und Güte hat der Baumwollanbau neuerdings in Argentinien genommen, und die sich hier bietenden Zukunftsmöglichkeiten werden von berufener Seite sehr hoch eingeschätzt. Von landes- und sachkundiger deutscher Stelle sind zurzeit Bestrebungen im Gang, um den Baumwollanbau in Argentinien in Verbindung mit deutscher Siedelung zu fördern. Die Pläne sind ausgearbeitet,

und es handelt sich nun darum die zu ihrer Durchführung nötigen Gelder in Deutschland aufzubringen. Neben allen politischen Hemmungen deutscher kolonialer Arbeit spielt natürlich die Kapitalarmut, die im Stand der deutschen Valuta sich ausprägt, eine ungeheuer schwer zu überwindende Hemmung fur die Verwirklichung derartiger Projekte.

Totenliste In München ist Anfang Mai der Ethnograph, Forschungsreisende und ehe-

malige Konservator des Ethnographischen Museums Max Buchner, 75 Jahre alt gestorben. Sein Name ist mit wissenschaftlichen Erforschung Afrikas und der Erwerbung des deutsch. westafrikanischen Kolonialbesitzes un-lösbar verknüpft. Von besonderer Wichtigkeit war die Forschungsreise, die er im Auftrag der deutschen Regierung mit Nachtigal im Jahr 1884 nach Afrika unternahm, und die zur Erwerbung der Kolonie Togo führte. In der 1. Hälfte des Juni starb in Dresden im 75. Lebensjahr der frühere deutsche Gesandte in Chile und Norwegen Oskar Stuebel, der 1901 bis 1906 der letzte Direktor der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts war (diese wurde dann bekanntlich zu einem selbständigen Reichsamt umgebildet).

Ubergangspublikationen Als das 75. Heft der Finanz- und volkswirtschaftlichen Zeitfragen Stutt-

gart, Ferdinand Enke/ veröffentlicht der frühere Straßburger Professor A. Sartorius von Waltershausen eine Untersuchung über die Vereinigten Staaten als heutiges und künftiges Einwanderungsland. Die lehrreichen Ausführungen kommen zu dem Schluß, daß die Vereinigten Staaten zwar noch für eine lange Zukunft viele Menschen brauchen, daß aber für Deutsche in unseren Tagen dort wenig gute Aussichten bestehen.

Braucht Deutschland Kolonieen? ist der Titel eines Vortrags des frühern Gouverneurs von Deutsch Ostafrika Heinrich Schnee /Leipzig, Quelle & Meyer, in dem die Bedeutung der Kolonieen fur : e Lebensfähigkeit Deutschlands dargetan und das Recht auf koloniale Betätigung vertreten wird.

Kurze Chronik Die Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei in Brighton nahm eine Resolution an, die die mit der Arbeiterpartei

verbundene englische Föderation der Poale Zion vorgelegt hatte. In dieser Resolution wird das Recht des jüdischen Volks auf eine nationale Entwickelung in Palästina anerkannt und den jüdischen Kameraden Glück zu ihrem Werk gewünscht. 🗢 Nach dem Bericht des New Yorker Einwanderungs. amts sind im Monat Juni 1920 etwa 70 000 Einwanderer in den Vereinigten Staaten angekommen; das ist um 100 % mehr als im Juni 1919. Der größte Teil der Einwanderer sind Juden. Vom 1. Juli 1919 bis zum 30. Juni 1920 sind 600 000 Einwanderer in die Vereinigten Staaten gekommen. Übrigens wanderten andrerseits in dem Berichtsjahr 1919-1920 400 000 Personen nach Europa zurück, ODie Statistik des argentinischen Einwanderungsamts zeigt für das Jahr 1920 neben 58 000 eingewanderten Spaniern 45 000 Italienern an 3. Stelle 6340 deutsche Einwanderer: doppelt so viel wie 1919. Insgesamt umfaßte die argentinische Einwanderung des Jahres 1920 155 332 Personen, gegen 70 000 im Jahr 1919 und je 50 000 in den Jahren 1918 und 1917, je 82 000 in den Jahren 1916 und 1915, 182 000 im Jahr 1914, 364 000 im Jahr 1913 und 379 000 im Jahr 1912, dem bisher stärksten Einwanderungsjahr. 🗢 Im ehemaligen Deutsch Südwestafrika sind die Diamantenminen der Lüderitzbucht wegen Absatzschwierigkeiten geschlossen worden. Neun Zehntel aller Angestellten müssen entlassen werden und, da sie bei der herrschenden Wirtschaftsdepression im Land kein Unterkommen finden, in die Heimat zurückkehren. 🗢 Die unbekannte westliche Sahara ist jetzt von dem französischen Hauptmann Augières erstenmal durchquert worden. Augières war im Herbst 1920 von Algier abgereist und traf im April nach einer Reise von 4500 Kilometer in Dakar ein. Der Kustos beim Museum für Völkerkunde in Berlin Bernhard Ankermann ist zum Direktor der afrikanischen und ozeanischen Sammlungen dieses Museums ernannt worden.

Die Vernichtung des deutschen Kolonialreichs in Afrika nennt der namhafte Breslauer Kolonialgeograph Erich Obst eine Untersuchung der politisch geographischen Struktur Afrikas nach

dem Versailler Frieden /Berlin. Flemming & Wiskott/. Er zeigt, wie nach Größenziffern eine Aufteilung Afrikas zwischen England und Frankreich stattgefunden, wie aber überall, wo es sich um die wirtschaftlichen Werte handelt. Großbritannien die Vorherrschaft seiner Interessen rücksichtslos durchzusetzen verstanden hat. In einem Ausblick betont Obst, daß die gegenwärtige Struktur Afrikas keinen Dauerzustand darstellen kann. Die Entwickelung geht weiter, und in ihrem unabsehbaren Lauf wird auch Deutschland sein Recht auf Mitarbeit in Afrika wiedergewinnen. 💠 Die Probleme der Erbpacht, ihre Geschichte, Wesen und Reform untersucht Nathan ben Nathan /Berlin, Weltverlag/. Die Studie, die im Hinblick auf die Anwendung der Erbpachtform für die Kolonisation in Palästina geschrieben ist. stellt einen wertvollen Beitrag zur Erkenntnis der Erbpacht als Rechtsform in ihren historischen Wandlungen dar. In einer Periode wie der unsrigen, in der das Kennenlernen fremder Länder den Mitteleuropäern so erschwert ist, Reisebeschreibungen sind besonders wertvoll, die uns durch Eindrücke künstlerischer Augen einen Blick in andere Welten tun lassen. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß Harry Graf Keßlers Notizen über Mexico aus den Jah. ren 1896-1897 jetzt in 2. Auflage erschienen /Leipzig, Inselverlag/. Die gute Ausstattung macht die Lektüre noch angenehmer. > In der Schriftenreihe der Preußischen Jahrbücher /Berlin, Stilke/ veröffentlicht Gerhard von Mu-tius unter dem Titel Ostasiatische Pilgerfahrt Tagebuchblätter einer Reise nach China und Japan 1908-1909. Im Verlag der Evangelisch-lutherischen Mission in Leipzig ist eine Afrikanische Charakterköpfe betitelte Sammlung, von Missionaren geschrieben, erschienen. Auch für den Leser, der die Maßstäbe der Missionare nicht für die allein entscheidenden hält, ist die Schrift, die »unseres Heilands schwarze Handlanger« beschreibt, von Interesse, weil sie das Menschtum der Neger würdigt, im Gegensatz zu jenem verwerflichen Rassendünkel, der sich, nach angelsächsischem Muster, im ganzen germanischen Europa breitmacht, und der es bewirkte, daß die unwahrhaftige Agitation gegen die schwarze Schmach bei uns Boden fassen konnte.